# BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

November 1962 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

## INHALT


- Chronik des Monats Oktober 1962 S. 801
- Erklärung der Redaktion der „Blätter" zur „Spiegel"-Affäre S. 805

---

- Die Lage:
  Manfred Pahl-Rugenstein:
  Zwischenbilanz der Krise S. 808

---

- Dr. Hermann Rauschning:
  Heil im Schrecken? S. 818
- Prof. Dr. L. L. Matthias:
  Titanenkampf um Kuba S. 829
- Dr. Günther Anders:
  Zur Kuba-Krise S. 834
- Die Bonner Rüstungsausgaben-Lawine S. 836
- Rechtsanwalt Heinrich Hannover:
  Zum Entwurf eines „Gesetzes über den Zivildienst im Verteidigungsfall" S. 839
- Wolfgang Baranowsky:
  Demokratie ein Lügenmärchen? (I) S. 849
- Prof. Dr. Ragnar Frisch, Oslo:
  Warum ich den Gemeinsamen Markt ablehne S. 854

---

- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 857

---

- Buchbesprechungen S. 860

---

- Dokumente zum Zeitgeschehen S. 866


---

**HERAUSGEBER:**

**Hilde Bentele**
**Franz Beyer**
**Hermann Etzel**
**Gerhard Gollwitzer**
**Manfred Pahl-Rugenstein**
**Hermann Rauschning**
**Hans Rheinfelder**
**Robert Scholl**
**Karl Graf von Westphalen**

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VII. Jahrgang Heft 11

**Vorgesehen sind u. a.:**

Heinz Abosch:
Entwicklungsländer zwischen Abhängigkeit und Freiheit

Kanonikus Collins, London:
Die britische Anti-Atom-Bewegung

Dr. Rudolf Hilf:
Dynamik des Friedens

Helga Koppel:
Die Grund-Torheit.
Über den Antikommunismus.

Dr. Lily E. Marx, Rom:
Italiens Außenpolitik nach der „Öffnung nach links"

Prof. Dr. Mitsuo Miyata, Tokio:
Friede als bürgerlicher und christlicher Auftrag

Pastor Herbert Mochalski:
Zur Geschichte der Entstehung der Bundesrepublik

Rudolf Rolfs:
Bemerkungen zum politischen Kabarett

H. C. N. Williams, Probst der Kathedrale von Coventry:
Überwindet den Völkerhaß

**In den letzten Heften u.a.:**

Prof. D. Helmut Gollwitzer:
Die Kirche in der deutschen Situation (5/62)

Prof. Dr. Albert Rasker:
Erwägungen zur deutschen Frage (5/62)

Außenminister
Dr. Adam Rapacki:
Zur Kritik an den polnischen Plänen für eine atomwaffenfreie Zone (6/62)

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder:
Von Ursachen und Folgen föderalistischer Mißverständnisse (7/62)

Dr. Hermann Rauschning:
Kontinuität des Irrtums (8/62)

William L. Shirer:
Zur dt. Kritik an „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches" (9/62)

Peter Lust, Montreal:
Kanada und Kuba (10/62)

---

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK
Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Tel. 21 53 36; Postscheckkonto: Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank Köln.
Erscheinungsweise: Um den 10. jeden Monats. Preis DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

# BLÄTTER

## FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

**HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen**

**VII. Jahrgang** **November 1962** **Heft 11**


# Chronik des Monats Oktober 1962

*1. 10. — K u b a. US-Vizepräsident Johnson bezeichnet die „Beseitigung des Castro-Regimes" als eines der Ziele der Vereinigten Staaten. — Maßnahmen gegen Kuba fordert das State Department auf einer Konferenz vom 2.—3. 10. in Washington von seinen lateinamerikanischen Verbündeten. Die Bemühungen um ein vollständiges Wirtschaftsembargo gehen weiter.*

*1.—5. 10. — G r o ß b r i t a n n i e n. Mittelpunkt der politischen Diskussionen auf dem Labour-Parteitag ist der geplante britische Beitrag zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Der Konferenzvorsitzende Harold Wilson nennt die aus Brüssel bekanntgewordenen Beitrittsbedingungen „miserabel" und fordert darüber eine Entscheidung des Volkes durch Neuwahlen. Ein Antrag des Exekutivkomitees, Mitglieder wegen der Unterstützung bestimmter von der Parteiführung „verbotener" Veranstaltungen und Kongresse auszuschließen, verfällt der Ablehnung. Die Vorlage sollte Disziplinarmaßnahmen gegen Lord Russell ermöglichen, der am Moskauer Weltfriedenskongreß teilgenommen hatte. — Auf dem Jahreskongreß der Konservativen vom 11. bis 14. 10. erhält Premierminister Macmillian die Vollmacht für weitere Verhandlungen mit der EWG.*

*3. 10. — W e l t r a u m. Nach sechsmaliger Erdumkreisung landet der amerikanische Astronaut Walter Schirra im vorgesehenen Zielgebiet des Pazifischen Ozeans. — Eine am 19. 10. in Cap Canaveral gestartete Mondsonde verfehlt den vorausberechneten Kurs.*

*— J u g o s l a w i e n. Zum Abschluß eines mehrtägigen Besuches des sowjetischen Staatspräsidenten Breshnew bei Präsident Tito heißt es in einer gemeinsamen Deklaration: Die beiden Politiker unterstützten „die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, auf dem Balkan, in Afrika und anderen Räumen der Welt" und „vertreten die Auffassung ... mit den Überresten des 2. Weltkrieges Schluß zu machen, den deutschen Friedensvertrag zu unterzeichnen und die Lage in Westberlin zu normalisieren".*

*4. 11. — J e m e n. Mit Unterstützung der Monarchen von Saudi-Arabien und Jordanien versucht Prinz Hassan, ein Verwandter des gestürzten Imam, die Macht wieder zu erlangen und den Bürgerkrieg zu entfachen. — Oberst Abdullah as-Sallal, der Premier der Revolutionsregierung, verkündet als sein Programm: Abschaffung der Monarchie; Beseitigung sozialer und politischer Ungerechtigkeit; Ausrufung der „Arabischen Jemenitischen Republik".*

*5. 10. — F r a n k r e i c h. Durch Annahme eines Tadelsantrages führt die National-*

*versammlung den Sturz der Regierung Pompidou herbei und beschuldigt de Gaulle des Verfassungsbruchs. Der Präsident erläßt ein Auflösungsdekret und setzt Neuwahlen an. In- und außerhalb des Parlaments verhandeln einige Parteien über ein gemeinsames Vorgehen bei der bevorstehenden Volksabstimmung.*

*6. 10. — Deutschlandfrage. Am Rande der UN-Vollversammlung werden die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Berlin und Deutschland fortgesetzt. Außenminister Gromyko konferiert mit Staatssekretär Rusk. — Am 19. 10. empfängt Präsident Kennedy den sowjetischen Diplomaten.*

*8. 10 — UNO. 109 Mitglieder zählt die Weltorganisation mit der Aufnahme der Republik Algerien. — Am 25. 10. wird Uganda als 110. Mitglied aufgenommen.*

*9. 10. — Bundestag. Die Absicht zur Fortsetzung der bisherigen Innen- und Außenpolitik läßt die Regierungserklärung des Bundeskanzlers und die anschließende Debatte im Plenum erkennen. In der Wirtschaft, so erklärt Adenauer, gehe die „Periode stürmischen Aufbaues" jetzt zu Ende.*

*— Uganda. Als 33. Staat auf dem afrikanischen Kontinent erlangt das bisherige britische Protektorat (343 410 qkm — 6,8 Mill. Einw.) seine Unabhängigkeit.*

*— Venezuela. Den Ausnahmezustand und die Annullierung verschiedener Verfassungsartikel verfügt die Regierung. Bei der Verhaftung von fast 200 Personen sollen „aufrührerische Materialien" und Waffen gefunden worden sein.*

*10. 10 — Berlin. Das Foreign Office wendet sich gegen alle Spekulationen, Westberlin könne als „elftes Land" in die Bundesrepublik einbezogen werden. — In Kiel spricht sich der soeben in das Exekutivkomitee seiner Partei wiedergewählte Labour-Abgeordnete Richard Crossman für die Anerkennung der DDR als einer „tatsächlichen Gegebenheit" aus, um auf diese Weise zu versuchen „die Situation zu verbessern".*

*11. 10. — Vatikan. Im Petersdom beginnt in Anwesenheit von 2500 kirchlichen Würdenträgern das von Johannes XXIII. einberufene Zweite Vatikanische Konzil.*

*14. 10. — Belgien. Bei einem „Marsch auf Brüssel", der den innerbelgischen „Sprachenstreit" erneut verschärft, muß die Polizei in die Auseinandersetzungen zwischen Flamen und Wallonen eingreifen.*

*15.—19. 10 — DDR. Eine polnische Regierungsdelegation unter Leitung von Parteisekretär Gomulka und Ministerpräsident Cyrankiewicz besucht die DDR. Gomulka nennt die Deutschlandfrage den „Schlüssel zur Sicherheit Europas", verlangt die Umwandlung Westberlins „in eine freie entmilitarisierte Stadt" und die Anerkennung der „Souveränität der DDR".*

*16. 10. — Berlin. Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, McGeorge Bundy, bekräftigt im Deutschen Fernsehen die Entschlossenheit seiner Regierung, für die Aufrechterhaltung der westlichen Positionen in Berlin „jedes Gewaltmittel" — wenn nötig bis zu und mit Einschluß von Nuklearwaffen — anzuwenden. — Bei seiner Rückkehr aus den USA wendet sich Außenminister Schröder am 18. 10. gegen den Kompromiß in der Berlinfrage und plädiert für einen „harten Kurs". Schröder war, wie wenige Tage vorher Bürgermeister Brandt, in Washington von Staatssekretär Rusk und Präsident Kennedy empfangen worden.*

*19. 10. — Kernwaffen. Unter Führung Indiens beantragen 30 bündnisfreie Staaten in der UN-Vollversammlung die Einstellung aller Versuche mit atomaren Waffen spätestens bis zum 1. Januar 1963. Die Großmächte sollten auf der Grundlage des Genfer Memorandums der acht Neutralen vom 16. April 1962 und im Geiste der „gegenseitigen Zugeständnisse" eine Lösung aushandeln. — Brasilien hinterlegt am 29. 10. in der Politischen Kommission einen Resolutionsentwurf, der alle UNO-Mitglieder er-*

*sucht, Lateinamerika und Afrika zur atomwaffenfreien Zone zu erklären.*

*20. 10. — Indien/China. Der seit Jahren schwelende Grenzkonflikt wird zur offenen militärischen Auseinandersetzung. Große Truppeneinheiten nehmen auf beiden Seiten an den Kämpfen teil. Die Volksrepublik China, deren Streitkräfte rasch vorstoßen, bezeichnet die noch von der englischen Mandatsverwaltung gezogene MacMahon-Grenz-Linie als „illegal". Indien beschuldigt Peking „aggressiver Handlungen". — Einen Vorschlag der chinesischen Regierung zu Verhandlungen nach vorherigem Rückzug der Truppen beider Seiten um 20 km beantwortet Neu Delhi am 24. 10. mit der Forderung, alle militärischen Verbände sollten zunächst die Ausgangspositionen vom 8. September wieder einnehmen. — Indiens Staatspräsident Radhakrishnan proklamiert am 26. 10. den Kriegsnotstand für das ganze Land. Ministerpräsident Nehru übernimmt am 31. 10. persönlich das Verteidigungsministerium und läßt in London, Washington und Toronto um Waffenlieferungen nachsuchen.*

*21. 10. — Kuba-Krise. Korrespondenten melden militärische Bewegungen an der Südostküste Nordamerikas und im Karibischen Meer, über deren Zweck das Weiße Haus völlige Nachrichtensperre verhängt. — Am 22. 10. ordnet Präsident Kennedy „ein striktes Embargo für alle offensiven militärischen Ausrüstungen, die für Kuba bestimmt sind" an und fügt hinzu: „Nötigenfalls wird dieses Embargo auch auf andere Warengattungen angewendet werden." Durch eine „genaue Luftüberwachung" wissen die USA, so begründet Kennedy die getroffenen einseitigen Maßnahmen, daß auf Kuba „zur Zeit eine Reihe Raketenabschußrampen im Bau sind". Washington fordere die Beseitigung der „offensiven Waffen" von denen eine Bedrohung ausgehe. — Am 23. 10. tritt die Blockade in Kraft. Auf Antrag der USA, Kubas und der UdSSR, die die „de-facto-Blockade" als Verletzung des Völkerrechts bezeichnet, beschäftigt sich der Sicherheitsrat mit den gefährlichen Spannungen. Kuba mobilisiert seine Streitkräfte, in Moskau werden Bereitschaftsbefehle für die Truppen des Warschauer Paktes gegeben. — Am 24. 10. fordert Generalsekretär U Thant eine „Beruhigungspause". 40 neutrale Staaten unterbreiten dem Sicherheitsrat eine gemeinsame Entschließung. Chrustschow telegraphiert an Lord Russell, er halte ein Gipfeltreffen für nützlich und sein Land werde sich nicht provozieren lassen. — Am 25. 10. trifft das erste sowjetische Schiff auf den amerikanischen Blockadering und kann nach Befragung des Kapitäns über die Fracht die Fahrt fortsetzen. Die übrige auf dem Wege nach Kuba befindliche Flotte erhält aus Moskau Weisung, die Insel zunächst nicht anzusteuern, um Kollisionen zu vermeiden. — Am 26. 10. verlangt Kennedy nochmals die Auflösung der sowjetischen Basen. Die US-Marine durchsucht einen unter sowjetischer Charter fahrenden libanesischen Frachter. Aus Florida treffen weitere Meldungen über Truppenkonzentrationen (besonders Luftlande- und Marineeinheiten) auf den Küsteninseln ein. — Am 27. 10. erklärt Chrustschow die Bereitschaft, die sowjetischen Raketenwaffen von Kuba abzuziehen, falls die Vereinigten Staaten die gleichen Waffen aus der Türkei entfernen. Washington lehnt ab. U Thant erhält eine Einladung aus Havanna. Kennedy schreibt an Chrustschow, die USA beabsichtigten nicht, Kuba anzugreifen. — Am 28. 10. teilt der Kreml mit, daß angesichts der amerikanischen Nichtangriffserklärung für Kuba die Notwendigkeit einer Stationierung sowjetischer Raketen auf der Insel entfalle. Es sei Anweisung gegeben, mit dem Abbau und Rücktransport der Einrichtungen zu beginnen. An der Kontrolle könnten die Vereinten Nationen beteiligt werden. Ministerpräsident Castro verlangt als Garantien für die kubanische Unabhängigkeit: Aufhebung der Wirtschaftsblockade durch die USA; Verhinderung „subversiver Unternehmungen" bewaffneter Exilkubaner vom Territorium der USA und Puerto Ricos aus; Beendigung der „Luftüberwachung" Kubas; Rückgabe der US-Marinebasis Guantanamo an Kuba. — Am 30. und 31. 10. verhandelt U Thant in Havanna und erklärt nach seiner Rückkehr, die sowjetischen Ausrüstungen würden in wenigen Tagen demontiert und verschifft sein. Castro erneuert die Forderung nach Aufgabe des US-Stützpunktes Guantanamo. Die amerikanische Blockade, während der Reise U Thants für zwei Tage unterbrochen, dauert ebenso wie die Luftüberwachung an. (Vgl. auch „Dokumente zum Zeitgeschehen".)*

*22.—26. 10. — D G B - K o n g r e ß. Die Delegierten des 6. ordentlichen Kongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes lehnen in Hannover mit eindeutiger Mehrheit (276 : 138 Stimmen), die Einführung jeder Notstandsgesetzgebung ab und fordern mit 2 Gegenstimmen ihren Bundesvorstand auf, bei Gefährdung gewerkschaftlicher Grundrechte zum allgemeinen Streik aufzurufen. Der DGB gibt sich eine neue Satzung, vertagt aber die vom Vorstand beabsichtigte Änderung des Münchener Grundsatzprogramms von 1949 auf einen späteren Zeitpunkt. Die Nachfolge von Willi Richter als Vorsitzender tritt Ludwig Rosenberg an.*

*24. 10. — B e r l i n. Sowjetaußenminister Gromyko hält einen Kompromiß in der Berlin-Frage nur für möglich, wenn der Westen seine Truppen aus der Sektorenstadt abzieht. Gromyko gibt diese Erklärung in Ostberlin ab.*

*25. 10. — F I B A G - A f f ä r e. Mit den Stimmen der CDU/FDP-Koalition billigt der Bundestag einen Bericht seines Untersuchungsausschusses. Damit gelten die Beschuldigungen gegen Verteidigungsminister Strauß im Zusammenhang mit dem FIBAG-Wohnungsbau-Projekt als zurückgewiesen und das parlamentarische Verfahren als abgeschlossen.*

*26. 10. — „A k t i o n S p i e g e l". In den späten Abendstunden löst die Bundesanwaltschaft eine Polizei-Aktion wegen des Verdachts auf „Landesverrat" und „aktive Bestechung" gegen das Nachrichtenmagazin aus. Redaktionsräume werden durchsucht und Akten, Korrespondenzen, Spesenabrechnungen und Telefonverzeichnisse abtransportiert. Die Polizei nimmt „Spiegel"-Herausgeber Augstein und einige seiner Redakteure, darunter einen in Spanien weilenden Mitarbeiter, in Haft. Nachdem die in Vorbereitung befindliche Ausgabe der Zeitschrift einer richterlichen Prüfung unterzogen wurde, bleibt die Zentralredaktion in Hamburg versiegelt. Der „Spiegel"-Verlag legt am 30. 10. in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde gegen die erfolgte „Vorzensur" und die Arbeitsbehinderung ein. — Presse und Öffentlichkeit reagieren heftig auf die „polizeilichen Übergriffe", zahlreiche Zeitungen halten einen Zusammenhang mit der FIBAG-Affäre für möglich. Eine Gruppe von Schriftstellern und Künstlern fordert den Rücktritt von Verteidigungsminister Strauß.*

*28. 10. — F r a n k r e i c h. Das Plebiszit über die angestrebte einschneidende Verfassungsänderung bringt dem Staatspräsidenten nur die relative Mehrheit. Die ausgezählten 62 Prozent Ja-Stimmen repräsentieren nur 46 Prozent der wahlberechtigten Franzosen. Eine große Zahl der Wähler bleibt den Urnen fern. — Vor der Abstimmung hatte de Gaulle mit seinem Rücktritt gedroht, falls keine „eindeutige Mehrheit" zustande komme.*

*30. 10. — C h i n a. Die Einsetzung der VR China in ihre Rechte als Mitglied der Vereinten Nationen wird von der Vollversammlung mit 56 gegen 42 Stimmen bei 12 Enthaltungen abgelehnt. Trotz seiner Meinungsverschiedenheiten mit Peking befürwortet Indien den chinesischen Anspruch.*

*— F r i e d e n s v e r t r a g. Anläßlich der Überreichung des Beglaubigungsschreibens durch den neuernannten Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Dr. Gröpper, im Kreml, betont Staatspräsident Breshnew die Notwendigkeit eines Friedensvertrages, der „die Lage in Westberlin normalisieren" müsse und der „Annäherung beider deutscher Staaten" dienen würde.*

*31. 10. — N o t s t a n d. Zwischen „innerem und äußerem Notstand" und dem „Katastrophen-Zustand" unterscheidet die in aller Eile vom Kabinett verabschiedete „Notstandsverfassung". Die Vorlage soll Einschränkungen der in Abschnitt I garantierten Grundrechte, so der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sowie des Rechts auf freie Wahl des Wohnsitzes und des Arbeitsplatzes erlauben. Über Umfang und Ausrufung des Notstandes könnten nach dem Entwurf mit einfacher Mehrheit der Bundestag und Bundesrat oder ein gemischter Ausschuß aus beiden Gremien oder „äußerstenfalls der Bundespräsident mit Gegenzeichnung des Bundeskanzlers möglichst nach Anhörung von Bundestags- und Bundesratspräsident" entscheiden.*

# *Die Lage*

Manfred Pahl-Rugenstein

## Zwischenbilanz der Krise

Der Oktober hatte es in sich. Krieg im Jemen, Indisch-chinesischer Grenzkonflikt, der Abgrund der Kuba-Krise; im Innern: Regierungserklärung, Parlamentsdebatte, Bundeskongreß des DGB, „Spiegel"-Affäre. All dies waren nicht etwa Erscheinungen eines unerfreulichen Herbstmonats; es sind vielmehr Wetter- und Alarm-Zeichen eines permanent herrschenden politischen und militärischen Klimas in der Welt und in der Bundesrepublik.

Die Kuba-Krise begann nicht etwa mit der Ankündigung militärischer Aktionen durch Präsident Kennedy am 22. Oktober um 18 Uhr; auch nicht etwa mit dem Bau sowjetischer Flugplätze und Raketenbasen in Kuba *). Achtzehn Jahre lang haben die USA in Kuba das Blut-Regime eines Batista unterstützt, weil es ihren Zucker-, Erz-, und Öl-Interessen willfährig war, Elektrizitätswerke, Hotel-Paläste und Spiel-Kasinos sich in amerikanischen Händen befanden. Die USA begegneten zunächst Fidel Castro mit Zurückhaltung, bis zu dem Augenblick, als er aus der Monokultur der Landwirtschaft durch seine Bodenreform national notwendige Konsequenzen ziehen wollte, um den unmöglichen Zustand zu beseitigen, daß Kuba seine sechs Millionen Bevölkerung nur zu 30 % aus eigener Scholle ernähren konnte. Ein Wirtschaftskrieg begann vom Sommer 1959 an, in dem die USA Kubas Zucker nicht mehr abnahmen, Castro den Besitz der USA in Kuba enteignete, Handelsboykott der USA einsetzte. Castro schwenkte nach links. Die amerikanische Wirtschaftshilfe für Kuba, 150 bis 200 Millionen Dollar jährlich, wurde am 27. Mai 1960 durch den damaligen Präsidenten Eisenhower gestrichen. Im Juli 1960 schlossen die Sowjetunion und China einen Vertrag mit Castro, den gesamten Zucker, rund vier Millionen Tonnen jährlich, abzunehmen, 80 % des Gesamtexports von Kuba. Im Februar 1960, beim ersten Mikojan-Besuch, erhielt Kuba eine Anleihe von hundert Millionen Dollar und eine Lieferungszusage für 900 000 Tonnen sowjetischen Öls.

Kennedy trat ein Kuba-Erbe an, zu dessen Erbmasse in Ausbildung befindliche exilkubanische Invasionstruppen gehörten. Er fand weiter eine Situation vor, in der ein beachtlicher Teil der südamerikanischen Bevölkerung Castros Affront gegen die USA-Interessen begrüßte. Er sah, „zum erstenmal in der Geschichte Amerikas, das Vordringen des Sozialismus in die eigene Hemisphäre". In amerikanischen Regierungskreisen entsteht der Plan, das Castro-Regime mit Gewalt zu beseitigen. Am 9. Juli 1960 erklärt Chrustschow: „Sowjetische Artillerie könnte das kubanische Volk, wenn es notwendig ist, mit Raketen unterstützen, falls aggressive Kräfte im Pentagon eine Intervention gegen Kuba wagen sollten." Am 17. April 1961 scheitert das Landungsunternehmen der Exil-Kubaner in der Schweinebucht. Am 1. Mai 1961 ruft Castro den sozialistischen Staat aus. Die nun beginnende enge politische und militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und China wird in den USA mit wachsender Besorgnis angesehen; man fürchtet Auswirkungen auf die Regierungsform anderer südamerikanischer Staa-

* Vgl. dazu die Beiträge in den Heften 9/60, 1/61, 5/61, 8/61 und 1/62 der „Blätter".

ten. In der Tat können mehrer große südamerikanische Staaten, unter ihnen Brasilien, sich mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung der Bevölkerung nicht entschließen, dem von den USA angeregten geschlossenen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba durch alle amerikanischen Staaten zuzustimmen. In USA mehren sich Stimmen hochgestellter politischer Persönlichkeiten, die Blockade und Invasion Kubas fordern. Pläne über die Ausbildung neuer Exil-Kubaner werden bekannt. Kuba wird am 22. Januar 1962 aus der Organisation amerikanischer Staaten, OAS, ausgeschlossen. Am 2. September 1962 wird in Moskau ein Vertrag über wirtschaftliche und militärische Hilfeleistung an Kuba abgeschlossen. „Auf Ersuchen der kubanischen Regierung" liefert die Sowjetunion Waffen und militärisches Material, die „ausschließlich für Verteidigungszwecke bestimmt sind". Militärfachleute werden ebenfalls entsandt. Präsident Kennedy bestätigt auf einer Pressekonferenz im September, daß er diese Waffen als Verteidigungswaffen betrachtet.

Im September und Oktober finden zwischen den USA und der Sowjetunion ständige diplomatische Gespräche auf hoher Ebene statt, die sich mit der Abrüstung, dem Berlin- Problem, der Deutschland-Frage und dem Kuba-Problem befassen. Am 16. Oktober 1962 zeigt Verteidigungsminister McNamara Präsident Kennedy im Weißen Haus amerikanische Luftaufnahmen von auf Kuba befindlichen Raketenrampen für Mittelstreckenraketen. Die Bilder zeigen einen ungetarnten Aufbau der Basen, den man als demonstrativ erkennen mußte. Mit ihrer angenommenen Reichweite von 3600 Kilometern wären diese im Verwendungsfalle imstande, den größten Teil der USA, einschließlich Washington, und Mittelamerikas sowie den nördlichen Rand von Südamerika zu erreichen. In der strategischen Auswirkung berührte ihr Vorhandensein für die USA jedoch nicht nur den Komplex der Verteidigung und Abschreckung von Seiten Kubas, sondern den Lebensnerv des amerikanischen Atomwaffensystems. Während die sowjetischen IKR-Raketen die Flugbahn von ihren Abschußrampen bis zu den für den Fall X angenommenen Zielorten in den USA in der Zeit von ca. 30 Minuten zurücklegten, konnte das amerikanische Fernradarsystem sie etwa 15 Minuten vor dem Aufschlag erfassen; diese Zeit aber genügte sodann, um den totalen Gegenschlag einschließlich des Starts der strategischen Atombomberflotte einzuleiten. Die auf Kuba installierten sowjetischen Boden-Boden-Raketen benötigten nur vier oder fünf Minuten um Washington, Cap Canaveral oder andere Punkte in den USA zu erreichen. Das mußte dem Pentagon als eine gefährliche Durchbrechung des bisherigen gegenseitigen großen Atom-Patts erscheinen. Ebenso wichtig wie die Beseitigung Castros, erschien es nunmehr der Regierung der USA, zu verhindern, daß diese Raketenbasen aktionsbereit würden. Mindestens war in den Überlegungen hierzu der Gesichtspunkt von Bedeutung, daß das Vorhandensein dieser nahen Raketenbasen sich als politisches Druckmittel bei kommenden Abrüstungs- oder Berlin- und Deutschland-Gesprächen auswirken könne.

Die USA erlebten vor der eigenen Haustür, was die Sowjetunion seit Jahr und Tag sehen konnte, wenn sie aus dem eigenen Lande auf Nachbargrundstücke und Nachbarinseln schaute, und woraus in ihrer Regierung und in ihrem Volk ein tiefes Mißtrauen gegen den Westen resultierte. Diese Frage berührt den Kern der heutigen Weltstruktur. Es sind dieselben Atomwaffen, die mit der Marke V oder A, Verteidigung oder Angriff, gestempelt werden. Die Entscheidung über das eine oder das andere liegt bei den Generalstäben und nicht in spezifischen Eigenarten der Waffen. So kam es zu der heutigen Entwicklung der gegenseitigen Kompensierung der Atomsysteme. „1956 übernahm Rußland die Führung auf dem Gebiet der Langstreckenraketen", formuliert Liddell Hart *), „Sputnik und Mondrakete

* Aus: „Frieden! Und was kommt nun?", „Quick" Nr. 45.

demonstrierten die überlegene Genauigkeit der sowjetischen Raketen-Lenksysteme." Wie auch die weitere Entwicklung der beiden gigantischen Rüstungssysteme verlaufen mag, das Gleichgewicht der Macht, die Fähigkeit zum totalen Gegenschlag wird bleiben. Die abschreckende Wirkung des amerikanischen Wasserstoffbomben-Arsenals, stellt Liddell Hart fest — und das dürfte ebenso für das sowjetische Arsenal gelten —, ist „praktisch gleich null geworden — außer, was die Abschreckung eines sowjetischen Wasserstoffbomben-Angriffs" betrifft. Und er stellt fest, daß ein atomares Gleichgewicht in Wirklichkeit nichts anderes bedeutet, als das aus der Atom-Macht eine Atom-Ohnmacht geworden ist, da die Anwendung ja auch die eigene Vernichtung bedeutet. „Das Ergebnis: Zögern in der Politik, Sterilität in der Strategie".

Die Tage vom 22. bis 28. Oktober haben uns in den Abgrund hineinsehen lassen, an dem die Welt ihren ständigen Platz hat. Das Vorhandensein der Waffen führt zum Superrüsten in immer größerem Umfang; das Rüsten blockiert politische Lösungen und verschlingt den Reichtum und die Arbeitskraft der Völker. Die eigengesetzliche Machtauswirkung der Superrüstungen erweist sich zugleich, das hat die Kuba-Krise wieder gezeigt, als Zerstörer der Demokratie: in den entscheidenden Kuba-Tagen standen sich nicht Regierungen und Parlamente als demokratische Organe der Völker gegenüber, sondern zwei einzelne Menschen, Kennedy und Chrustschow, von deren Nerven und Gedanken Tod und Leben der gesamten Menschheit abhing. Wie nahe waren wir einer Kurzschlußhandlung. Einzig die psychologische Möglichkeit für die beiden Beteiligten, ihr „Gesicht zu wahren" mag den Frieden erhalten haben. In einem dramatischen Briefwechsel erreichte Kennedy den Abbau der sowjetischen Raketenbasen auf Kuba und Chrustschow andererseits konnte Kennedys Erklärung entgegennehmen, nicht nur auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kubas zu verzichten, sondern auch die Garantie dafür zu übernehmen, daß keine Gewaltakte gegen Kuba von anderer südamerikanischer Seite erfolgen würden. Beide Seiten konnten sich staatsmännische Weisheit und Klugheit bestätigen. Nicht vergessen werden darf, daß der Generalsekretär der UNO, U Thant, ein nicht geringes Verdienst an dieser Entwicklung hat. Nicht vergessen werden darf aber auch, daß die USA ihre NATO-Verbündeten nicht im geringsten konsultierten, sondern es für richtig hielten, am Vorabend der Proklamation der militärischen Kuba-Aktionen den Sonderberater des Präsidenten, den ehemaligen USA-Außenminister Dean Acheson heimlich nach London, Paris und Bonn zu senden, um den Regierungen lediglich mitzuteilen, was bereits beschlossene Sache war. Im Ost-Block lagen die Entscheidungen ebenfalls allein bei der Sowjetunion. Kann deutlicher aufgezeigt werden, wie sehr die Völker der Erde, eingeschlossen unser eigenes Volk, zum Appendix der beiden Großen geworden sind, wie sehr aber auch Entzündungsherde, die irgendwo in der Welt vorhanden sind, andererseits die beiden Großen tangieren?

Das Letztere zeigt sich soeben am akuten Beispiel des Konfliktes zwischen Indien und China. Seit Jahr und Tag schwelt der Streit um die Grenzlinie im Himalaya-Gebiet. Völkerrechtler sagen, daß es seinerzeit versäumt wurde, die sogenannte Mac-Mahon-Linie eindeutig festzulegen. Wen interessierten auch öde unzugängliche Schneegipfel damals. Heute wird dieser Streit in Ost und West keineswegs als lokales Problem angesehen. Zögernd nur nimmt Nehru die westliche „Waffenhilfe" entgegen, denn er weiß, daß ein Hinüberwechseln aus dem neutralen Lager in den westlichen Teil, und das ist in asiatischer Sicht ein Zusammengehen der farbigen Inder mit den Weißen, die Stellung Indiens in ungünstigstem Sinne beeinflußt. Skurrilerweise nutzt das prowestlich orientierte und durch den Diktator Ayub Khan regierte Pakistan den Konflikt aus, um mit Peking

Vereinbarungen zu treffen. Und, das berührt die Bundesrepublik, das westliche Ende der Luftbrücke zum Schnelltransport amerikanischer und britischer Waffen nach Indien heißt Rhein-Main-Basis der Air Force, Frankfurt. Die Kontroversen zwischen Moskau und Peking wegen Indien und auch wegen Kuba zeigen, wie vielschichtig und differenziert die Probleme sich darstellen. Die Versimpelung, daß es „dem Osten" um die „kommunistische Weltrevolution" geht und „dem Westen um die „freie Entfaltung der kapitalistischen Gesellschaft" stößt in den Realitäten unserer Welt überall auf Widersprüche. Benbella, der kürzlich Kuba besuchte, erklärte auf dem Algerischen Revolutionstag in diesem Monat in Algier, Kuba sei das Modell für den Aufbau in Algerien. Er tat dies bestimmt nicht, weil Castros Vollbart ihm gefiel oder das Studium ideologischer Theorie ihn dazu veranlaßte. Einfach die gleichartige Struktur der Bedürfnisse beider Völker, die Notwendigkeit, den Aufbau des Schul- und Bildungswesens, der Industrie und der Landwirtschaft unter staatlicher Planung in Angriff zu nehmen, führte ihn zu dieser sachlichen Feststellung. Es sind die Rüstungslasten, die die hochindustrialisierten Völker daran hindern, den Entwicklungsvölkern eine wirksame Hilfe zu leisten. Würde, beginnend mit einem geringen Prozentsatz und Jahr für Jahr anwachsend, von den Rüstungsetats sämtlicher Staaten eine Teilsumme jährlich in einen Weltfond eingezahlt, so könnten hieraus bedeutsame produktive Leistungen geschehen. Die Abzweigung dieser Mittel aus den unmittelbaren Rüstungsetats würde bedeuten, daß der Rüstungszuwachs automatisch verringert würde, eine progressive Abrüstung eingeleitet wird. Die im Weltfond zur Verfügung stehenden Summen könnten dazu dienen, von dem System der Anleihen an die Entwicklungsvölker, die naturnotwendig politische und wirtschaftliche Abhängigkeit für diese Völker mit sich bringen, loszukommen. Mittels dieser Gelder wäre es zum Beispiel möglich, den Import von Investitions-Gütern und ganzen Industrie-Anlagen im Lieferland zu subventionieren, und ebenso im Entwicklungsland den Export der Erzeugung, meist Rohstoffe und billige Massengüter, mit einer Zusatzquote auf den erzielten Kaufpreis zu versehen, so daß es diesen Ländern möglich ist, im Rahmen einer ausgeglichenen oder positiven Handelsbilanz allmählich in den Eigenbesitz einer modernen Industrie-Struktur zu gelangen. Ein solcher Weg würde m. E. nicht unbedeutend zu einer Entspannung in der Welt beitragen. Er würde zudem die Wahrheit anerkennen, daß die Abrüstung zumindest nicht allein ein strategisches oder militärisches Problem darstellt, sondern in bedeutsamem Umfange ein wirtschaftliches und vor allem ein politisches Problem ist.

Wir Deutschen sind heute in eine Situation hineingestellt, in der die strategische Blockbindung der beiden Teile Deutschlands die Wiedervereinigung in weite Ferne gerückt hat und ein politisches Übereinkommen über Berlin und im Hinblick auf die Einheit durch eben diese Waffensituation blockiert erscheint. Gerade in diesem Krisenherd, unserem Vaterland, den man in diesen Tagen der abflauenden Kuba-Krise offen als den kommenden Schauplatz von Ost-West-Auseinandersetzungen nennen hörte, besteht aber auch für uns heute eine effektive und ernsthafte Chance, zur Entspannung beizutragen.

Die deutschen Probleme sind heute nicht allein nationale Probleme unseres Volkes. Sie sind Teil der Probleme der Welt. Die hier stationierten Waffen sind nicht allein ein Faktor der Abschreckung, sondern ebensosehr ein Faktor der Unsicherheit und der Gefährdung unseres Lebens. Solange durch irgendeinen Zufall, eine Verkettung unglückseliger Umstände, einen Fehlschluß ziviler oder militärischer Personen, eine außer Kontrolle geratene Aktion es möglich ist, den Zündfunken an dieses Dynamitfeld zu legen, auf dem wir heute leben und wohnen, kann von der Erinnerung einer friedlichen Zukunft für unser Volk keine Rede sein. Als Kennedy seine Präsidentschaft antrat, erklärte er, daß es ihm um frische

neue Ansätze für den Frieden gehe, und bald darauf traten die USA an die Bonner Regierung heran, um sie von ihrer negierenden „Status-quo-Politik" hinweg zu eigenen Vorschlägen in der Deutschland- und Berlin-Frage zu veranlassen. Jahrelang hatte die Bundesregierung es verstanden, durch ihre Junktim-Politik selbst Ansätze zu positiven Deutschland-Verhandlungen zu unterbinden. Immer wieder erklärte Bundeskanzler Adenauer im Parlament und in der Öffentlichkeit, daß wir nur genügend stark sein müßten, um den Anschluß Ostdeutschlands zu erzwingen. Im Zusammenhang damit erklangen seitens der Flüchtlingsverbände und vieler Persönlichkeiten der politischen Öffentlichkeit die Forderungen nach der Wiederherstellung der Reichsgrenzen von 1937. Diese Politik hat die von ihr proklamierten Ziele der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und der Sicherung einer friedlichen Zukunft nicht erreicht; sie hat darüber hinaus nicht vermocht, wesentliche Voraussetzungen unserer neuen staatlichen Gesellschaft, wie das Grundgesetz sie postuliert, in sozialer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht zum wirklich umfassenden und reellen Bestand unseres Alltags zu machen. Millionen von Bundesbürgern, darunter ein großer Prozentsatz der infolge des Krieges verwitweten oder alleinstehenden Frauen, müssen in unserem Wirtschafts-Wunderland heute ohne eigene Wohnung von Beträgen unter DM 300,— monatlich, ja von DM 200,— und darunter ihr Dasein fristen. Niemals hätten die Lohnkämpfe in dieser Form ausbrechen können, wenn die nach den Zerstörungen seit 1945 mit der Arbeitskraft wieder aufgebauten Wirtschaftsgüter wirklich sozial und gerecht verteilt worden wären. Wenn heute die Regierung Adenauer, voran die Minister Höcherl und Strauß, nach umfassenden Notstandsgesetzen ruft, um im Falle eines „inneren Notstandes" — eines Begriffes, dem nur nebelhafte Konturen verliehen werden — mit einem Federstrich die Demokratie ausschalten zu können, so zeigt dieses in aller Deutlichkeit, wie sehr das Handeln und Trachten dieser Regierung den Blick auf militärische Dinge richtet und in wie unverantwortlicher Weise die Erarbeitung einer konstruktiven und realistischen Politik dabei vernachlässigt wird. Unsere Verteidigung liegt heute nicht in den Waffen, weder in konventionellen noch in atomaren; unsere Verteidigung, die Sicherung einer freien und demokratischen Zukunft, liegt heute in einer zielbewußten und realistischen konstruktiven Politik. Diese kann nur davon ausgehen, Vorschläge zur Entspannung und zur Lösung der deutschen Frage zu erarbeiten, die geeignet sind, von West und Ost gleichermaßen als Diskussionsbasis angesprochen zu werden. Wenn wir wie bisher Milliarden über Milliarden in die Rüstungen hineinstecken und Maßhalten nicht nur im Straßenbau, sondern mehr noch auf den Gebieten der Wissenschaft, der Forschung, der Schule und der Fortbildung — und wir sind dabei, hier zu einem sehr unterentwickelten Volk zu werden —, dann bedeutet das ideologisch, daß wir einer echten und freiheitlichen Demokratie das Wasser abgraben, und daß wir uns jene Rüstungen eines friedliche Wettbewerbs versagen, die unsere angemessenen Waffen in der Auseinandersetzung mit dem Osten darstellen. Ob wir das nun wollen oder nicht, wir sind heute, wenn wir leben wollen, nicht nur auf die Koexistenz hingewiesen: wir sind an sie gebunden.

Wir haben oben vermerkt, wie sehr strategische und politische Probleme sich gegenseitig in der heutigen Situation blockieren. Wir wissen, daß es keine dauerhafte Regelung des Deutschland-Problems geben kann, ohne daß West und Ost sich über den militärischen Status eines neuen Gesamtdeutschlands einig werden. Der Gedanke einer militärischen Neutralisierung Mitteleuropas unter Einschluß der beiden Teile Deutschlands ist nicht deswegen schlecht, weil er in einer Variante von dem polnischen Außenminister Rapacki vertreten wird, und man kann ihn nicht einfach damit abtun, daß man ihn mit dem Stempel „Propa-

ganda-Falle zur Kapitulation vor dem Kommunismus" stempelt. Ernsthafte politische Denker des Westens, unter ihnen Eden, Kennan, Jules Moch, und Pierre Cot beschäftigen sich mit diesem Gedanken einer militärischen Entspannung in Europa. Weniger Waffen bringen in der Tat für uns mehr Sicherheit. Weniger Waffen bedeuten Zunahme des Vertrauens. Verkleinerung des militärischen Sektors bedeutet Freilegung eines größeren politischen Handlungsfeldes. Wir können Präsident Kennedy dankbar dafür sein, daß er in seiner Kuba-Erklärung diejenigen Verteidigungswaffen des Ostens genannt hat, die er als Offensiv-Waffen betrachtet. Es sind dieselben Verteidigungswaffen des Westens, die der Osten seinerseits als offensiv einstuft. Diese Waffen befinden sich auf deutschem Territorium in Ost und West. Auch ohne sie — Liddell Hart hat recht — ist das atomare Patt durch die großen Bomben allein gegeben. Offenbar wird schon in nächster Zukunft eine Phase neuer Verhandlungen zur Abrüstung und Entspannung beginnen. Der katholische Christ Kennedy und der Atheist Chrustschow stimmen mit Papst Johannes XXIII. darin überein, daß „ein Krieg heute die Vernichtung der Menschheit bedeutet". Die Mahnung des Papstes, für den Frieden auch Opfer zu bringen, erscheint nur zu selbstverständlich. Die eindringliche Friedensstimme der Evangelischen Kirchen in der Welt gesellt sich hinzu.

Vielleicht stehen wir noch einmal vor einer Sternstunde unserer Zukunft, in der wir mit nüchternem und realistischem Denken eine neue Phase der Deutschland-Politik einleiten können. Eigene deutsche Vorschläge zur Entspannung, zur Sicherung unserer friedlichen Zukunft *) finden bei den kommenden Verhandlungen einen günstigen Boden, da sie nicht allein aus deutscher Sicht und allein für Deutschland Geltung haben werden, sondern zugleich ein Entspannungselement für die Weltsituation darstellen. Jedermann wird es natürlich finden, daß die USA amerikanische Politik machen und die Sowjets sowjetische Politik; aber ist es nicht eben so selbstverständlich, daß wir Deutschen nationale deutsche Politik machen? Und das heißt nicht nationalistische oder gefahrenaufhäufende Militärpolitik.

Wohin wir mit unserer Demokratie gekommen sind, das hat sich in diesen Tagen deutlich gezeigt. Und damit wären wir bei der „Spiegel"-Affäre und bei einem Verteidigungsministerium angekommen, dessen Minister durch seine Methoden, s i c h zu verteidigen, nun auch bei der Masse der sonst politisch uninteressierten Bundesbürger nur äußerstes Befremden erregen konnte. Wenn dies alles o h n e die von der Regierung erstrebte Notstandsgesetzgebung möglich ist, wie leicht können dann solche Notstandsvollmachten mißbraucht werden, um sehr trübe und undemokratische Handlungen zu vertuschen oder die Opposition gegen sie mit dem Anschein legitimen Rechts zu ersticken! Millionen Leser konnten wochenlang von jenen Darlegungen Kenntnis nehmen, in denen der „Spiegel" über ein Nato-Manöver berichtete. Das Fazit dieser Ausführungen, daß eine militärische Auseinandersetzung eine unvorstellbar schreckliche totale Katastrophe für unser Volk bedeutet, wird jedem Deutschen auch ohne ein solches Manöver und seine Auswertung bewußt sein. Insbesondere ist es nicht nötig, Militärfachmann zu sein, um einen solchen Gedankenschluß zu ziehen. Selbstverständlich gehört es zum Prinzip der Rechtsstattlichkeit, daß seine Bürger nicht nur ihre Rechte handhaben und benutzen, sondern sich auch den Rechten unterwerfen, die Staat und Grundgesetz postuliert haben. Aber gerade eine Verletzung dieser Pflichten und Rechte haben in Verteidigung des Rechts und der Demo-

*) In diesen „Blättern" haben die Autoren, die zu Wort gekommen sind, sich mit diesen Problemen vielfach befaßt, hat kürzlich (Heft 8) der Mitherausgeber Dr. Hermann Rauschning in einem viel beachteten Aufsatz unter dem Titel „Kontinuität des Irrtums" auf die Gefahren der Regierungspolitik der CDU hingewiesen.

kratie die Journalisten des „Spiegels" dem amtierenden Verteidigungsminister Strauß vorgeworfen, sich nicht auf bloße Behauptungen beschränkend, sondern nach ihrer Ansicht eindeutige Beweisunterlagen publizierend. Die kritische Behandlung unserer militärischen Situation geschah im „Spiegel" sicherlich nicht um der militärischen Kritik willen, sondern um den politischen Irrweg der CDU-Politik zu entlarven. Wenn „Spiegel"-Journalisten jetzt unter dem dringenden Verdacht militärischen Geheimnisverrats verhaftet wurden, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit sich diesem juristischen Tatbestand zuwendet, so zeigt sich im gleichen Augenblick, wie subjektiv und unkonturiert der Begriff des Landesverrats selbst in unseren Gesetzen definiert ist. Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer sagt dazu in der Spiegel-Nummer 45 vom 7. November:

> „Ein Heer von Juristen — 1900 Staatsanwälte, 12 000 Richter — hielt monatelang, ja im Grunde jahrelang, eine bestimmte journalistische Arbeitsweise für zulässig und rechtens, die nun plötzlich unzulässig und verbrecherisch sein soll? Die Antwort ist einfach: Das Delikt „Landesverrat" bezieht sich auf den Verrat von „Staatsgeheimnissen". Was aber als „Staatsgeheimnis" zu gelten hat, steht nicht fest, sondern wird von Fall zu Fall durch den Staat, der sich geschädigt fühlt, dekretiert. Ist die angeblich verratene Tatsache politischer Natur, so bestimmt ein Sachverständiger des Außenministeriums, ob es sich um ein Staatsgeheimnis gehandelt hat. Dreht es sich um militärische Dinge, so entscheidet ein Sachverständiger des Verteidigungsministeriums über den Geheimcharakter und damit praktisch auch über die Strafbarkeit."

Dr. Bauer stellt fest, daß Landesverrat der einzige Sprachtatbestand unserer Rechtsordnung ist, bei dem der aus ideellen Gründen handelnde Täter ein vorher kaum kalkulierbares Risiko trägt. Sehr subjektiv stellt sich also die Frage, ob eine bestimmte etwa militärische Tatsache, die im In- und Ausland vielerorts publizistisch bekannt gemacht worden ist, als Geheimnis im Sinne des Landesverrats anzusprechen ist. Wir vertrauen darauf, daß die Richter in Karlsruhe den Rechtsgrundlagen des kommenden Prozesses ebenso sehr ihre objektive und unbestechliche Aufmerksamkeit zuwenden werden, wie der Beurteilung des sich ergebenden Tatbestandes, und es ist selbstverständlich, daß wir uns an dieser Stelle jedes Eingriffs in ein schwebendes Verfahren enthalten.

Etwas anderes aber ist es, daß die mit der Aktion der Bundesanwaltschaft verbundenen Umstände gezeigt haben, wie morbide es in Wahrheit um unsere Demokratie bestellt ist. Jahrelang hat eine Regierungspartei es verstanden, dem Volke die Vorstellung einzuträufeln, sie und ihre Regierung seien der Staat persönlich. Jede entschiedene Opposition gegen ihre Politik sei schon so etwas wie ein „Vaterlandsverrat", und wer diese Opposition vertrete, sei ein „vaterlandsfremder Geselle". Seit die Kommunistische Partei in der Bundesrepublik in den Untergrund verbannt wurde, war es zudem noch leichter, Verdächtigungen gegen oppositionelle Bundesbürger glaubhaft auszusprechen.

Die schweren Vorwürfe gegen den Bundesminister Strauß hätten in jeder funktionierenden Demokratie dazu geführt, daß ein so beschuldigter Minister aus freien Stücken zurücktritt und zu seiner Entlastung ein Verfahren gegen sich beantragt. Man lese, was Henri Nannen im Stern Nr. 45 vom 11. November dazu sagt, bedauernd, daß es bis dato vornehmlich dem Spiegel überlassen gewesen sei,

> „diese Wahrheit auszusprechen: in einer durch Tradition gefestigten Demokratie wäre ein Franz Josef Strauß schon lange kein Minister mehr. Ein Mann, der in sinnlos betrunkenem Zustand andere Politiker bedroht und der sich am nächsten Morgen an sein dummes Geschwätz nicht mehr erinnern kann; der sich auf einer Dienstreise zu einem NATO-Partner von einem international berüchtigten Hochstapler begleiten läßt; der es offenbar nicht wagen kann, gegen die verleumderischen Andeutungen des Passauer Verlegers Kapfinger zu klagen, der sich im Gegenteil von diesem ehemaligen Spezi als „Metzgerburschen" betiteln lassen muß; ein Minister

schließlich, unter dessen Amtsführung persönliche Bekannte ohne fachliche Qualifikation zu reichen Leuten wurden, einen solchen Mann hätte eine gesunde Demokratie abgestoßen, wie ein guter Körper einen verfaulten Blinddarm abstößt."

Wird der so beschuldigte Verteidigungsminister noch weiterhin von sich aus im Amt bleiben und wird eine bundesdeutsche Öffentlichkeit, wenn sie das Wort Demokratie für sich in Anspruch nimmt, das hinnehmen? Eine solche Sache ist nicht mit einer Parlamentsdebatte oder mit einem Parlamentarischen Untersuchungs-Ausschuß, von dem man nach dem Fibag-Ausschuß nichts zu erwarten haben wird, abgetan. Die Ereignisse bei der Durchsuchung der „Spiegel"-Räume und die Umstände bei der Verhaftung der Redakteure, insbesondere die Begleitumstände im Fall Conrad Ahlers, ergeben zudem wiederum Verdachtsmomente dafür, daß der Minister Strauß hierbei keineswegs unbeteiligt gewesen ist. Jedenfalls hat der Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß in seiner Verteidigung, daß er mit der Aktion gegen den „Spiegel" nichts zu tun habe, sich selbst dementiert. Eine von ihm hierzu am 3. November vor der Presse abgegebene Erklärung lautet: „Ich machte Herrn Hopf auf unsere prekäre Situation mit den Worten aufmerksam: Wenn wir nichts tun, macht sich das Ministerium unter Umständen der Beihilfe zu dem Verbrechen des Landesverrats schuldig. Wenn wir etwas unternehmen, dann wird es heißen, der Strauß wolle sich an Augstein rächen." Staatssekretär Hopf habe den Standpunkt vertreten, daß das Bundesverteidigungsministerium ohne Rücksicht auf alle Eventualitäten seine Unterstützung dem Bundesanwalt nicht verwehren dürfe. Er, Strauß, und sein Staatssekretär hätten dann beschlossen, daß die ganze „Spiegel"-Angelegenheit allein von Staatssekretär Hopf bearbeitet werden solle. „Für diesen Fall habe ich den Staatssekretär mit allen Vollmachten des Ministers ausgestattet und ihm absolute Entscheidungs- und Handlungsfreiheit zugestanden." Wenn Sie so wollen, sagte Strauß, „dann ist in dieser Zuständigkeit Herr Hopf augenblicklich der Chef meines Ministeriums".

Es gibt Zeitungsmeldungen darüber, daß die Staatssekretäre in Bonn, unter ihnen Dr. Globke, Strauß und Hopf, die „Spiegel"-Angelegenheit miteinander beraten haben sollen, daß Herr Hopf seinem Kollegen Strauß Weisungen erteilte — Hopf selbst hat sich als verantwortlich, als schuldig bekannt. Durch die Presse gingen Äußerungen, daß Minister Strauß bereits zehn Tage vor der „Spiegel"-Aktion im Bergischen Hof in Bonn gesagt habe: Mit dem „Spiegel" gehe es so nicht weiter; bald werde etwas passieren. Und auf dem Staatsempfang auf Schloß Brühl fielen am Mittwoch vor der Aktion aus seinem Munde ebenfalls Worte „unter dem Einfluß von Alkohol ..., daß Zuhörer den Eindruck gewannen, der Verteidigungsminister wisse etwas von einem bevorstehenden Konterschlag" („Spiegel" Nr. 45). Auffallen muß es, daß die CDU-Staatssekretäre einschließlich des Staatssekretärs Adenauer im nordrhein-westfälischen Innenministerium ihre FDP-Minister über die „geheime Staatsaktion" nicht unterrichteten. Und wenn der Bundeskanzler dazu äußerte, das sei aus Gründen der Geheimhaltung telefonisch nicht möglich gewesen, so klingt das seltsam im Falle des Justizministers Stammberger, denn volle zwei Tage saß sein Staatssekretär Strauß mit dem Geheimnis in der Brust im Ministerium Büro an Büro neben ihm.

Die „freiwillige Rückkehr" des Redakteurs Ahlers vollzog sich so, daß spanische Polizei ihn und seine Frau in der Nähe von Malaga nachts drei Uhr im Hotel aus dem Bett holte und in eine Arrestzelle steckte, ohne Haftbefehl, ohne Angabe von Gründen. Es war am gleichen Wochenende, an dem bei Nacht und Nebel die Aktion in Hamburg begann. Die deutsche Botschaft in Madrid ließ sich nicht erreichen. Die „Hilfe" des Konsulats in Malaga bestand darin, daß man dem Ehepaar anbot, es könne schnellstens abreisen, und ein Botschaftsangehöriger der

bundesdeutschen Botschaft beschützte das Ehepaar bis zur Abreise liebevoll vor weiteren Abenteuern in Spanien. Sogar die Sorge für ein vorsorglich mit Schlafanzug und Zahnbürste versehenes Köfferchen, denn inzwischen hatte Ahlers von der „Spiegel"-Aktion erfahren, nahm der diplomatische Beschützer ihm ab und vertraute das Köfferchen während der Flugreise dem Kapitän des Flugzeuges an, der das Gepäckstück, in der Annahme, es enthalte wichtige diplomatische Papiere, sorgsam verwahrte. Der Militär-Attachee in Madrid, Oberst Oster, erklärte, es sei Sache des Verteidigungsministeriums, sich zu den Umständen der Verhaftung zu äußern. Nach rechtsstaatlichen Methoden sieht dieser Vorgang jedenfalls nicht aus.

„Spiegel"-Redakteure berichten, daß die in Vorbereitung befindliche neue „Spiegel"-Nummer einer Vorzensur unterzogen wurde, die Druckfahnen beschlagnahmt und durch Kurier an den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe gesandt wurden. Dazu erklärte der Hauptkommissar dem „Spiegel"-Chef vom Dienst, Matthiesen (laut „Spiegel" Nr. 45, Seite 61): „Der neue Spiegel kann erscheinen unter der Bedingung, daß uns die Druckfahnen sämtlicher Artikel und Meldungen des nächsten Heftes vorgelegt werden. Es muß gewährleistet werden, daß der „Spiegel" im neuen Heft keine weitere Straftat begeht." Gegen diesen offenbaren Grundgesetzbruch haben der Vorstand des deutschen Journalistenverbandes, der Vorsitzende des Schutzverbandes deutscher Autoren sowie MdB Fritz Sänger, früherer dpa-Chef, sofort Proteste eingelegt. Bürgermeister Nevermann richtete einen Brief an den Bundeskanzler, in dem er die Rechtsverstöße bei der „Spiegel"-Aktion darlegte, insbesondere forderte, die Bundesregierung möge dafür Sorge tragen, daß keine Zensur durch die Bundesanwaltschaft ausgeübt werde. Die Antwort bezeichnete Bürgermeister Nevermann als „vollkommen an der Sache vorbei" und „grotesk"; sie enthielt den Hinweis, „der Versuch, den Generalbundesanwalt und sein Vorgehen zu behindern, würde die Unabhängigkeit der Rechtspflege im Sinne der Artikel 92 ff. des Grundgesetzes gefährden und möglicherweise strafrechtliche Konsequenzen für die Verantwortlichen nach sich ziehen, gleichgültig, ob die Behinderung von Bundes- oder Landesbehörden ausgeht. Mit vorzüglicher Hochachtung, Ihr ergebener Adenauer". Vorher hieß es in dem Schreiben: „Es ist nicht ersichtlich, inwiefern durch das Vorgehen des Generalbundesanwalts die Pressefreiheit beeinträchtigt wird; bekanntlich finden die Rechte des Artikels 5, was in dessen Absatz 2 ausdrücklich gesagt ist, ihre Schranken in den Vorschriften der Allgemeinen Gesetze." Das Antwortschreiben des Kanzlers ist im Wortlaut im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 6. November 1962 veröffentlicht. Von dem Schreiben des Hamburger Bürgermeisters Dr. Nevermann findet sich dort keine Zeile. In Artikel 5 des Grundgesetzes heißt es in Absatz 1 unmißverständlich: „Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."

Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer dunkler Punkte in dieser Sache. Die „Blätter" werden darauf noch zurückkommen. Erwähnt sei hier jedoch noch eine Mitteilung aus der Frankfurter Rundschau vom 5. November, daß „Bundesverteidigungsminister Strauß sich bei internen Gesprächen der letzten Tage in Bonn über Einzelheiten der Ermittlungen — wie das Auffinden bestimmter Spesenquittungen — überraschenderweise informiert zeigte. Es gilt in Bonn als ausgeschlossen, daß die Bundesanwaltschaft den Bundesverteidigungsminister informiert hat".

Eine freie Presse und eine funktionierende Demokratie gehören zusammen. Ein wahrhaft demokratisches Parlament und eine von ihm gewählte und von demokratischer Verantwortung getragene Regierung werden einer solchen Presse

jenen Schutz angedeihen lassen, den das Grundgesetz befiehlt. Der Fall „Spiegel", der Fall Strauß sind zugleich ein Fall unserer Demokratie, ein Fall, in dem das vom Volke gewählte Parlament zeigen wird, ob und wie es seinerseits das Grundgesetz verteidigt und alle für die Reinheit der Demokratie nötigen Konsequenzen aus den Vorgängen zieht. Fest steht jedenfalls, daß weite verantwortungsbewußt denkende Kreise unseres Volkes von den parlamentarischen Parteien in Bonn tief enttäuscht sind und ein Gefühl politischer Heimatlosigkeit mit sich herumtragen. Das gilt sowohl für einen großen Teil der Arbeiterschaft, der auf dem diesjährigen Bundeskongreß des Gewerkschaftsbundes so eindeutig und entschieden gegen die Notstandsgesetze und Verordnungen Stellung genommen hat, sich damit in einen offenen Gegensatz zu der neuen regierungsnahen SPD-Linie stellend, als auch für weite Kreise der Wirtschaft, die jetzt die einseitige Bevorzugung der Großindustrie mehr und mehr zu spüren bekommen, als auch für breite Schichten der Intellektuellen. Diese letzteren besitzen Sprachrohre in einer Reihe von oppositionellen Publikationen, zu denen u. a. der „Spiegel", die Wochenschrift „DIE ZEIT" und nicht zuletzt die westdeutschen Illustrierten gehören, in denen Themen des öffentlichen Lebens mehr und mehr ein kritisches Forum der Diskussion erhalten haben. Zu ihnen gesellen sich eine Reihe wirklich freiheitlich gesinnter demokratischer Journalisten an deutschen Tageszeitungen. Wem müßte nicht erfrischend auffallen, mit welcher Freimütigkeit und echten Verantwortlichkeit manche Beiträge der letzten Zeit, z. B. (und dies ist kein Katalog, es sind wirklich nur Einzelbeispiele) in der Frankfurter Rundschau, der Süddeutschen Zeitung, den Nürnberger Nachrichten, dem Westdeutschen Tageblatt, dem Kölner Stadtanzeiger, der Stuttgarter Zeitung, geschrieben sind. Vergessen wir jedoch nicht, daß Millionen westdeutscher Zeitungsleser täglich auf das „Bild"-Niveau abonnieren.

Es scheint an der Zeit, daß alle diese Kreise, denen es um eine neue Politik, die Festigung der Demokratie und die Abwendung einer militärischen Katastrophe geht, die andere Wege der „Verteidigung" für richtig halten, als die, denen die CDU-Regierung in Bonn nachstrebt, mehr als bisher Kontakt miteinander aufnehmen, um ihre Ideen und Vorstellungen über die Zukunft Deutschlands zu gemeinsamer Wirkung zu bringen. Die Stunde des Friedens für unser Volk kommt nicht von selbst und nicht durch militärische Rüstung. Sie kommt, wenn wir bereit sind, in dieser Welt harter Realitäten mit nüchternem Verstand nach den politischen Auswegen zu suchen, die uns vom Abgrund hinwegbringen, an dem wir immer noch stehen, auch wenn wir in der Kuba-Krise noch nicht hineingestoßen wurden. Was der einzelne allein nicht vermag, kann im gemeinsamen, freien und friedlichen Zusammenwirken aller dieser echten oppositionellen Kräfte zu politischer Geltung und zu nationaler Wirklichkeit gelangen. (Abgeschlossen am 6. November)

Dr. Hermann Rauschning

# Heil im Schrecken?

## Weltpolitische Perspektiven nach der Kuba-Krise

Es bedarf keiner Dramatisierung der amerikanischen Aktion gegen Kuba, in Wirklichkeit gegen die Sowjetunion, die zur Überraschung aller mitten aus einem Wahlkampfe um lediglich innerpolitische Probleme die Welt in eine völlig veränderte Lage versetzte. Jedermann empfindet die Größe der damit heraufbeschworenen Krise und die möglichen Folgen einer unwiderruflichen Entscheidung, mit der sich die Vereinigten Staaten bekannten, notfalls bis in den Atomkrieg durchzuhalten. Auch einer Übersicht über die, wie die Sequenzen eines Spannungsfiebers abrollenden, weiteren Aktionen und Reaktionen, Erklärungen und Gegenerklärungen in der ersten Woche nach der Blockadeverkündung bedarf es nicht. Sie sind noch in jedermanns Gedächtnis. Der erste Akt, die Exposition des Dramas ist mit der nicht minder überraschenden Erklärung des Sowjetpremiers Chrustschow beendet, die Basen in Kuba abzubauen. Was im ersten überwältigenden Eindruck als der Anfang vom Ende erschien, als der Beginn jenes verhängnisvollen Automatismus, der, einmal begonnen, von niemandem aufzuhalten, bis in den Abgrund des Schreckens abrollt, läßt auf einmal die Hoffnung erblühen, daß es diesmal nicht nur zu keinem Kriege kommen werde, sondern daß aus dem Schrecken so etwas wie ein Heil erwachsen könne, der Durchbruch aus fruchtlosem politischem Stellungskrieg, dem bloßen Finassieren zu ernsthaften Verhandlungen über die großen Probleme der Krise, über die Beendigung des Kalten Krieges.

Es ist klar, daß nach der Aktion des Präsidenten Kennedy und dem Einlenken Chrustschows der Kalte Krieg in ein neues, in ein entscheidendes Stadium getreten ist. Was immer in den folgenden Akten des großen dramatischen Ringens um Krieg oder Friede noch geschehen mag, eins ist gewiß: ein Zurück in das bisherige Hin-und-Her-Gerede des Kalten Krieges ist nicht mehr möglich. Es kommt entweder zu einer echten Entspannung durch konkrete Fortschritte in der Lösung der großen kritischen Probleme, oder es kommt zum heißen Krieg, der aber dann nicht ein regional begrenzter oder ein auf konventionelle Waffen begrenzbarer sein wird, sondern der „all-out"-Krieg, der das ganze Erdrund ergreifende, mit Atom-Waffen geführte Endkrieg. Die Alternative ist nicht, wie vielfach angenommen wird, daß es entweder Krieg gebe, oder daß einer von den Gegnern klein beigebe, — back down — wie es auf amerikanisch heißt. Die Alternative ist vielmehr unweigerlich Krieg, wenn nicht b e i d e Gegner n a c h g e b e n, wenn keiner klein beigibt, das heißt, daß beide ihren Machtansprüchen von selbst Grenzen setzen und diese Grenzen beiderseits zu respektieren willens sind.

Die Versuchung ist stark, daß mit der Mäßigung Chrustschows alle die Recht behalten zu haben glauben, die von jeher von einem „Bluff" Moskaus mit Atomkriegdrohung gesprochen haben und nun glauben triumphierend feststellen zu können, daß die Sowjets zurückweichen, wenn man ihnen hart kommt. Zwar hat Präsident Kennedy Chrustschows Erklärung, die Kuba-Basen abzumontieren, als einen staatsmännischen Beitrag zum Frieden gewürdigt, aber in einer gewissen Presse und Parteikreisen spricht man nicht nur vom backing down der Sowjets, das sich auch in der Berliner Frage günstig auswirken würde, sondern von der Notwendigkeit, nun „aufs Ganze zu gehen", den Sieg des Präsidenten bis ins Ende zu verfolgen und in keinem Punkt nachzugeben. Bezeichnend für diese Haltung ist des alten, grobschlächtigen Altpräsidenten Harry S. Truman geringschätziges Wort über etwaige Gipfelgespräche, daß sie einen Dreck was wert seien

("don't amount to a damn"). Würde sich eine solche Beurteilung durchsetzen, so könnte das schwierige Werk der Beilegung der großen Konflikte, so weit eine solche überhaupt schon ernstlich gewünscht wird, hintertrieben werden. Was nach dem erfreulichen Beginn der Mäßigung bei aller Festigkeit in gewissen Forderungen auf amerikanischer wie russischer Seite mehr als alles andere für die folgenden Akte notwendig ist, das ist das Ausschalten aller Gefühlspolitik, aller Überschätzung der eigenen Stellung und Unterschätzung des Gegners. Besonnenheit und Vorsicht sind erforderlich statt dem, was man früher im deutschen Sprachgebrauch „Naßforschheit" nannte. Wir bewegen uns auf einem Terrain, das von Minen und allerhand Fußangeln verseucht ist. Daher ist es auch ganz und gar abwegig, schon von Siegen zu fabeln und übertriebene Hoffnungen daran zu knüpfen, wie das offenbar von den politischen Kreisen in der Bundesrepublik getan wird, die nunmehr glauben, in ihrer Ablehnung jedes Nachgebens den Sowjets gegenüber gerechtfertigt dazustehen.

Schließlich ist das, was bisher erreicht ist, nur eine Atempause, ein „Atemraum", wie sich die New York Times ausdrücken. Kein Problem hat eine konkrete Lösung gefunden. Die Situation hat sich überraschend gebessert. Sie kann aber durch einen einzigen falschen Zug auf der einen oder anderen Seite wieder kritisch werden. Die eigentliche Probe der Friedenswilligkeit steht erst bevor, nachdem die USA zunächst einmal bewiesen haben, daß es Grenzen ihrer Friedenswilligkeit gibt, wo diese in Kriegsbereitschaft umschlägt. „Da ist heutzutage ein Geist in diesem Land, der uns leicht veranlassen könnte, denselben Irrtum noch einmal zu begehen", schrieb dieser Tage Walter Lippmann mit Bezug auf den Abbruch diplomatischer Beziehungen in dem Augenblick, in dem die Kanonen zu sprechen beginnen, und mit Bezug auf beginnende Hysterie, die sich auf einen Kurs festgelegt hat und von diesem nicht durch Verhandlungen und Entgegenkommen abbringen lassen will. Ebensowenig sind Anklagen und Proteste am Platz. Sich wie die homerischen Helden vor Troja durch gegenseitiges Beschimpfen in den rechten Kampfmut zu steigern, wie das bisher die Begleitmusik des Kalten Krieges gewesen ist, dient so wenig der Sache wie das Hosiannah-Rufen. Nicht der erste Erfolg zählt. Es ist auch in der Politik so, daß der letzte Sieg ins Gewicht fällt. Was somit von Nutzen ist, das wäre eine besonnene Überprüfung 1. der Motive und Überlegungen, die nicht nur zu der Blockade und Beseitigung der Raketenbasen Kubas geführt, sondern auch die Sowjets veranlaßt haben, die Vereinigten Staaten durch solche Maßnahme offensichtlich zu provozieren; 2. die Gefahren aufzuweisen, die auf dem weiteren Weg zu Lösungen der Krise liegen; und 3. nach Mitteln und Richtlinien zu suchen, die im Rahmen des status quo, d. h. des erreichten Machtgleichgewichtes Elemente dauerhafter Ordnung und des Ausgleichens der bestehenden Spannungen schaffen. Dem sollen die folgenden Bemerkungen dienen.

1.

Sich ein einigermaßen zutreffendes Bild von den hintergründigen Überlegungen und Entscheidungen zu machen, die zu der überraschenden politischen Initiative in der Kuba-Affäre geführt haben, ist insofern von Bedeutung, als es Rückschlüsse auf die im weiteren Verlauf der Krise zu erwartende Politik der USA erlaubt und mögliche Gefahren des nun notwendigen und unvermeidlichen Versuches einer integralen Lösung der großen politischen Probleme erkennen läßt. Der bundesdeutsche Betrachter wird dabei nicht außer Acht lassen, daß der Prozeß der politischen Willensbildung, obwohl die letzte Entscheidung bei dem Präsidenten liegt, in den USA ein überaus schwieriger, vom „advise and consent", dem Rat und der Zustimmung vieler gegensätzlicher Faktoren abhängiger ist, und nicht wie in der Bundesrepublik einem gehorsam im Gleichschritt marschierenden

Bundesvolk von oben herunter kommandiert werden kann. Das trifft auch für überraschende Wendungen in der Politik zu, die scheinbar ausschließlich einer persönlichen Entscheidung des Präsidenten entstammen. Auch hier zieht der Präsident die Quersumme vieler einander widersprechender Tendenzen. Zunächst ist daher festzustellen, daß der Entschluß zur Blockade in eklatantem Gegensatz zu der vom Präsidenten noch wenige Tage zuvor begründeten Politik der Zurückhaltung steht, und daß diese plötzliche Schwenkung nicht allein durch die erst jetzt beweisbare Gefahr in Gestalt von Basen für Atomraketen begründet ist, sondern daß ihr noch anderweitige Überlegungen zugrunde lagen. Welche Art Überlegungen?

Man kann sich die Antwort leicht machen und sie in der Beurteilung des Präsidenten durch seine Gegner im derzeitigen Wahlkampf suchen. Danach hat der Präsident, offensichtlich einer der „schwachen" Präsidenten, endlich dem Drängen der Republikaner nach „action" in der Kuba-Schande nachgegeben, weil er sah, daß mit den von ihm in den Vordergrund gestellten innerpolitischen Problemen kein Hund hinter dem Ofen vorzulocken sei. Hatte nicht der Präsident ursprünglich seinen eigenen Wahlkampf vor zwei Jahren zu einem großen Teil mit der Kritik an der Eisenhower-Dulles'schen „brinkmanship"-Politik bestritten, jener „b i s an den Rand eines Atomkrieges" sich wagenden Politik, und sich auf das Friedensbedürfnis der Massen gestützt? Hatte er nicht den Wählern „frische, neue Ansätze für Bemühungen um den Frieden" versprochen? Um dann nach der Wahl nicht dem Rat seiner Freunde zu folgen, dem Rat Ex-Gouverneur Averell Harrimans, Adlai Stevensons, Senator William Fulbrights, des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, dem Rat, die günstige Stunde zu nutzen und Berlins wegen die Initiative zu ergreifen, sondern dem entgegengesetzten des früheren Außenministers Dean Acheson, des Schmiedes der „Eingrenzungspolitik", und des Ex-Botschafters in Moskau, „Chip" Bohlen. Seine Meinung wie damals wechselnd wie ein Hemd habe auch diesmal der Präsident gehandelt, als er die Unwirksamkeit seiner Wahlparolen und die Zugkraft der Forderung nach „Handeln" erkannte. Hatte doch auf seiner Redetour ihm sogar ein Demokrat entgegengehalten: „Wir bedürfen eines Mannes auf dem Pferderücken, um die Nation zu führen. Viele in Texas und im Südwesten denken, Sie reiten auf Karolinens altem Dreirad — und daß Sie und Ihre Administration weichmütige Schwestern sind". Es hafte der Kampagne etwas Künstliches an, kritisierte auch Joseph Alsop, das Entscheidende scheine zu fehlen. Allerdings hatte Alsop auch das um sich greifende Verlangen der Massen nach sofortigem Eingreifen der USA in Kuba angesichts der über Berlin heraufsteigenden neuen Krise als „haarsträubend", als geradezu verbrecherisch bezeichnet.

Was hatte demnach den Präsidenten veranlassen können, seine noch eben diametral entgegengesetzte Ansicht so plötzlich zu ändern, seine Wahlredetour abzubrechen und sich an die Spitze derjenigen Kräfte zu stellen, die seit langem gefordert hatten, nun endlich die kubanische „Nessel" kräftig anzupacken, wenn nicht die Erkenntnis, daß andernfalls die Republikaner die Wahlen gewinnen könnten? Die ganze dramatische Wendung in der Politik nichts anderes als etwas dem ähnlich, was man in Hollywood publicity stunt nennt? Der Präsident demnach ein Opportunist? Jedenfalls einer der „schwachen" Präsidenten, wie schon Eisenhower ein solcher gewesen sein soll? Das Produkt seiner Umgebung? Ein schwacher Präsident auch dann, wenn die Rücksicht auf die Wahl nicht von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sein sollte; wenn er sich nur seine eigene unpopuläre nüchterne Einschätzung der Lage durchsetzen nicht getraute. Ein vor dem radikalen Nationalismus kapitulierender Präsident?

Etwas Sinisteres, etwas Peinliches haftet der plötzlichen Schwenkung an, etwas,

das an die Geheimniskrämerei und die Überraschung erinnert, mit der seinerzeit England, Frankreich und Israel ihren abortiven Sondervorstoß in der Suezkrise unternahmen. Man wird sich noch einmal der tragischen Figur des britischen Premierministers Anthony Eden erinnern, der, von Natur aus eine maßvolle, ausgleichende und verständigungsbereite Persönlichkeit, sich wider besseres Wissen und die eingeborene Neigung seines Charakters zu einem unzeitigen Sprung in einen zum Scheitern verurteilten Aktivismus verleiten ließ. Präsident Kennedy demnach, wie er, ein dem Druck mächtiger politischer Gruppen nachgebender Politiker? Welche Aussicht für die zu erwartenden schwierigen Entscheidungen, die in der nächsten Zukunft zu treffen sein werden? Denn das Gefährliche einer schwachen politischen Führung liegt darin, daß sie, wider besseres Wissen in den Strom radikaler Tendenzen mitgerissen, versucht, aus der Verstrickung in Widersprüche sozusagen „nach vorne", in die „Aktion" durchzubrechen; komme daraus, was wolle!

Man wird ein wesentlich anderes Bild von dem Präsidenten und den eigentlichen hintergründigen Überlegungen und Entscheidungen, die der Wendung in der Außenpolitik zu Grunde liegen, glaubhafter finden. Danach ist hinter dem Vorhang einer absichtlich kühl abwartenden und nüchternen, ja die wirkliche Lage absichtlich abschwächenden Beurteilung die Aktion in Kuba von langer Hand überlegt und vorbereitet worden, und zwar nicht nur um das dortige Problem allein zu beseitigen, sondern um als Hebel, die ganze im Stellungskrieg erstarrte politische Front aus den Angeln zu heben. Es ist eine seit langem sorgfältig vorbereitete Aktion, mit der die amerikanische Politik hofft, die ihr von den Sowjets entrissene politische Initiative zurückzugewinnen. Was das kubanische Problem selbst anbetrifft, so mußte der Präsident damit rechnen, daß trotz des Geschreis der radikalen Nationalisten eine militärische Aktion gegen die Herrschaft Fidel Castros nicht die Gefolgschaft der Mehrheit der Nation hatte. Eine erst kürzlich unternommene Befragung (Gallup-Poll) erbrachte eine Mehrheit von 69% gegen 19% dafür, daß die USA Kuba nicht militärisch besetzen dürfen. Es bedurfte somit eines beweiskräftigen Nachweises tödlicher Gefahren, die für die Sicherheit Amerikas von Kuba drohten, um die öffentliche Meinung für eine Politik empfänglich zu machen, die das Risiko eines Atomkrieges in sich schloß. Der Präsident bedurfte ferner der Zustimmung mindestens der Mehrheit der latein-amerikanischen Nationen für seine Politik, die ebenfalls erst zu erreichen war, wenn er Beweise in den Händen hielt, daß auch sie — über Kuba — von der Sowjetunion bedroht waren. Es galt auch dem Einwand in den eigenen Reihen zu begegnen. Einer ihrer Wortführer, Walter Lippmann, hatte dringend davor gewarnt, gegen Castro so etwas wie einen Präventivkrieg zu führen. Das würde heißen, die Regel aufstellen, daß auch Präventivkriege gegen die amerikanischen Militärpositionen in Berlin, in der Türkei, im Iran, in Pakistan, Thailand, Süd-Vietnam, Formosa, Okinawa, Süd-Korea und Japan legitim seien, d. h. gegen den ganzen, von den USA um den kommunistischen Orbit geschnürten Gürtel der „Eindämmung". Zwar sei das Eindringen der Sowjets in Kuba eine grobe Verletzung der Monroe-Doktrin, aber die Voraussetzung für sie sei in den zwei Weltkriegen verschwunden, nämlich das in Washingtons „Farewell Address" erklärte Äquivalent des Desinteressements an der Politik Europas. Es galt auch diesem Bedenken Rechnung zu tragen, ehe der Präsident handeln konnte.

Das entscheidende Motiv für seine Aktion und das lange, wie Zaudern aussehende Abwarten der reifen Situation, eine Zurückhaltung, die dem Präsidenten Verkennung und ungerechtfertigte Angriffe eintrug, ist in dem Dilemma zu sehen, in dem des Präsidenten Bemühungen versandeten, einen Widerstand gegen gewisse politische Aktionen der Sowjets glaubhaft zu machen, ohne daß dieses

Glaubhaft-Machen nur der Krieg selbst sein würde, der, einmal begonnen, allen möglichen Zufällen offenstehen würde. War nicht der Widerstand mit dem Einsatz der eigenen Existenz nur dort glaubhaft, wo Leben und Sicherheit der amerikanischen Nation unmittelbar, nicht nur wo sie nur mittelbar bedroht waren? Trotz allen Beteuerungen ist ein Widerstand wegen Berlin bis in die Schrecken des Atomkrieges hinein nicht glaubhaft zu machen gewesen. Es war daher nur in Verbindung mit einer lebenswichtigen Bedrohung möglich, den Widerstandswillen auch für ein Problem wie Berlin glaubhaft zu machen. So war es ein wohlkalkuliertes Risiko des Präsidenten, die drohende Berlin-Krise durch die Antwort auf die Kuba-Krise herauszufordern, in der Erwartung, daß der hier bewiesene Widerstand auch für das zentraleuropäische Problem mit glaubhaft werden würde (Alsop's erwähnte Bemerkung, eine Verbindung beider Krisen sei „haarsträubend" und „verbrecherisch" erweist sich damit als eine gesteuerte politische Irreführung).

Ob hinter dieser Hoffnung einer auf nicht lebenswichtige Probleme übertragbaren Glaubwürdigkeit des Widerstandswillens nicht ein Trugschluß steht, sei hier beiseite gelassen. Doch eine andere Reihe von Überlegungen des Präsidenten dürfte wahrscheinlich und erwähnenswert sein. Es liegt kein Anzeichen dafür vor, daß der Präsident sein Ziel einer Entspannung und eines dauerhaften Friedens und damit „fresh new starts for peace" aufgegeben habe. Vielmehr sprechen manche Anzeichen dafür, daß er sie bis zu einem Termin zurückgestellt hat, an dem die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Versuch geschaffen sein würden. Seine Zurückhaltung, sich auf vorzeitige Verhandlungen einzulassen, geschieht nicht aus grundsätzlicher Ablehnung wie in Bonn, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß solche vorzeitigen Versuche eher Möglichkeiten verderben, indem sie sie zerreden, als den Weg zu Lösungen ebnen. Er hatte nach seiner Wahl und in dem lange nachwirkenden Gespräch mit Chrustschow in Wien erkannt, daß solche „frischen neuen Anfänge" schwerer zu erlangender Vorbedingungen bedürften, als wie er angenommen hatte. Er sah sie an die Grundvoraussetzung geknüpft, daß beide Machtblöcke sich mit dem erreichten Machtgleichgewicht als einem Definitivum abzufinden bereit waren, jede Änderung mit welchen Mitteln auch immer, verläßlich und durch konkrete Abmachungen, aufzugeben sich verpflichteten, und daß notwendige Ordnungsänderungen, wie die Liquidation des früheren Kriegszustandes, nur im Gesamtrahmen dieses Gleichgewichtes erfolgen könnten. Eine Vorbedingung, die nicht ohne eine nochmalige schwere außenpolitische Krise zu erreichen sein würde, weil die Verteidigung des Gleichgewichtes, nicht der einzelnen, ob unmittelbar oder mittelbar lebenswichtigen Positionen, glaubhaft gemacht werden mußte. Solche neuen Friedensversuche erfordern auch innenpolitisch eine starke Position des Präsidenten. Denn so populär der Friede bei den Massen ist, so unpopulär werden viele der Maßnahmen sein, die ihn ermöglichen, so leicht wird es sein, sie als Rückzug, als nationale Niederlage zu verurteilen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß der Präsident eine so starke Position in seiner ersten Amtsperiode erreichen wird, um unpopuläre Maßnahmen durchdrücken zu können. Immerhin hat er in diesen middle-term-Wahlen versucht, seine Autorität durch Stimmenzuwachs seiner Partei zu kräftigen. Insofern kann man einen Zusammenhang zwischen Wahlen und der Behandlung der Kuba-Affäre als tatsächlich vorhanden ansehen, wenn auch nicht in dem Sinne seiner innenpolitischen Gegner.

Was die Berlin-Krise anlangt, so erklären sich die Bemühungen der amerikanischen Regierung während der letzten Wochen vor der Kuba-Initiative des Präsidenten eindeutig als vorsorgliche Maßnahmen gegen eventuelle Repressalien der Sowjetunion in Berlin auf die Kuba-Blockade hin. Man rechnete mit einer

Rückwirkung auf Berlin durch Sperrung der Zufahrtswege, und beabsichtigte, auch hier prompt zu handeln und die Entschlossenheit zu dokumentieren, Gewaltmittel zur Aufrechterhaltung des status quo einzusetzen. Daher auch die Vorsorge, gegebenenfalls sofort, ohne die Alliierten und nur im Einverständnis und unter Mitwirkung bundesdeutscher Truppen, zu handeln. Alles Beweise, daß die Kuba-Aktion von langer Hand für einen innen- wie außenpolitisch fruchtbaren Zeitpunkt vorbereitet worden war.

Aber war die Aktion des Präsidenten eine nur aus eigenen Überlegungen und Entscheidungen erwachsene Initiative? War sie nicht auch eine Reaktion auf eine Aktion, auf eine ausgesprochene Provokation der Sowjets? Man kommt damit zu einer wichtigen Frage, die im Zusammenhang der Hintergründe der Krise nicht verschwiegen werden darf, die Frage nach den Gründen und Absichten des Ausbaues Kubas zur Mittelstrecken-Raketenbasis der Sowjets neunzig Meilen von dem Staatsgebiet der USA entfernt. Niemand wird die Russen für so naiv halten, daß sie annehmen könnten, die USA würden diese Basen nicht sehr bald entdecken. Es handelte sich daher bei dem Ausbau der Basen um eine beabsichtigte Provokation. Man wollte offenbar hier den Widerstandswillen, die Kriegswilligkeit und -bereitschaft von Regierung und Nation unter der Bedingung prüfen, daß die Bedrohung nicht nur eine mittelbare, sondern eine unmittelbar in die Herzgrube greifende war. Nahm Amerika diese Bedrohung hin, so war der Widerstandswille in und wegen Berlins leeres Gerede. Dahinter steht die Überlegung, daß auch die Sowjetunion es sich nicht leisten könne, falsch zu kalkulieren und auf einen Widerstand zu stoßen, wo man keinen erwartet hatte. Es bedarf daher keines großen Rätselratens über Parteiungen in der Sowjetunion und der Annahme, das russische Militär habe den Ausbau Kubas zur Basis wegen der Unterlegenheit in Langstreckenraketen verlangt. Daß es auch in der Sowjetunion eine Richtung gibt, die den Krieg für unvermeidbar hält, ist lange bekannt. Moskau lief auch kein großes Risiko mit der Provokation in Kuba; da in jedem Fall im Zusammenhang mit der Kuba-Krise das Problem der Raketen- und Flugzeugbasen außerhalb des eigenen Territoriums generell würde aufs Tapet gebracht werden können und damit früher oder später Moskau einen Erfolg eintragen würde.

Man sieht daraus, daß es neben und hinter den vordergründigen Akteuren auch einen hintergründigen gibt, der den ersteren die Chance, ihren Widerstandswillen zu erweisen, zugespielt hatte. Chrustschow ist nicht weniger interessiert daran, den „glaubwürdigen" Nachweis des amerikanischen Widerstandswillens zu e r l a n g e n, wie die USA, ihn zu e r b r i n g e n. Eins ist jedenfalls gewiß, daß der Ausbau der Basen in Kuba nicht in erster Hinsicht ein Versuch des Einbruchs in die westliche Hemisphaere ist, sondern ein test case. Andernfalls würde Chrustschow nicht wiederholt und deutlich in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen haben, daß er an den Widerstandswillen der USA nicht glaube. „Wie kann ich glauben", sagte er einem Besucher, „daß Kennedy es ernst mit Berlin meine, wenn er die Niederlage der Invasion in der Schweinebucht in Kuba hinnahm?" Erst unlängst hat er dem greisen amerikanischen Dichter Robert Frost gesagt, die Amerikaner seien viel zu liberal, als daß sie kämpfen würden. Am bittersten sprach er seinen Zweifel mit dem Satz aus: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieser junge Mann in Washington die Entschlossenheit besitze, für das einzustehen, was er sagt". Etwas wie Enttäuschung klingt aus den Worten, wie eine versteckte Aufforderung, doch endlich zu handeln. Vielleicht braucht Chrustschow solchen Widerstand innenpolitisch. Jedenfalls sind solche Bemerkungen nicht recht vereinbar mit „hinterlistig" und geheim durchgeführten Maßnahmen, deren Zweck allein war, die USA vor die vollendete Tatsache tödlicher Bedrohung aus nächster Nähe zu stellen.

Man wird nicht geradezu von Kuba als einer politischen Falle der Sowjets sprechen, aber doch von einer verborgenen Aktion, um die USA zum Handeln zu zwingen. Moskau ist in gewisser Hinsicht fast der geheime Partner Washingtons in einer den Interessen beider dienenden notwendigen Klärung über den Widerstandswillen der Vereinigten Staaten. Das und nicht das Bewußtsein der eigenen Unterlegenheit ist auch der Grund des schnellen Nachgebens der Sowjets. Chrustschow hat den Nachweis erhalten, daß „der junge Mann" nicht nur die Entschlossenheit besitzt, für das einzustehen, was er sagt, sondern auch eine überraschende Aktion, wohlgeplant und gut vorbereitet, völlig überraschend durchzuführen. Das zusammengenommen ergibt ein wesentlich anderes Bild von dem Sachverhalt, als es mit groben Strichen in den Tageszeitungen gezeichnet wird. Man sieht aber auch, welch ein hohes Spiel im Gange ist. Der Welt wäre wohler, wenn es auf beiden Seiten weniger verschlagen gespielt würde, mindestens aber von Amerika, das einst das „power game" als eine der verruchtesten Gepflogenheiten der Alten Welt, von der es sich selbst frei wußte, verachtete. Schließlich ist das tief eingewurzelte Mißtrauen, das im Kern jeder Machtpolitik steckt, nur zu überwinden durch eine einfache Aufrichtigkeit oder auch brutale Offenheit, nicht aber durch tricks und make believe.

2.

Vollkommene Offenheit ist freilich nicht in allen Lagen im Verkehr der Nationen miteinander möglich. Walter Lippmann hat den Präsidenten deswegen kritisiert, daß er die „Diplomatie außer Kraft gesetzt" habe, indem er in den langen Erörterungen mit Gromyko kurz vor der Blockade-Ankündigung davon Abstand genommen habe, ihn mit dem Nachweis der Offensivwaffen-Basen in Kuba zu konfrontieren. Er hätte ihm in privater Unterredung Andeutungen über die beabsichtigten politischen Schritte machen müssen. Kennedy hatte die unrichtigen Erklärungen des sowjetischen Außenministers über den defensiven Charakter der Basen und Waffen hingenommen, obwohl er den gegenteiligen Beweis in Händen hatte. Er beantwortete Heimlichkeit mit Heimlichkeit um des Momentes der Überraschung willen. Damit beschwor er überhaupt erst die Kriegsgefahr herauf. Die Forderung auf Beseitigung der Raketenbasen in Kuba war gerechtfertigt. Eine solche hätte nicht eine unmittelbare Kriegsgefahr zur Folge gehabt. Gefährliche Spannung schuf erst die direkte Aktion, das fait accompli der Blockade ohne diplomatische Vorbereitung, streng genommen ein kriegerischer Akt mitten aus dem Frieden heraus, ein Überraschungsschlag; wenn auch noch kein atomarer.

War der Präsident dazu durch die singulare Situation gezwungen? Ich glaube ja. Nur auf solche Weise konnte er den Beweis erbringen, daß er gewissen Lagen gegenüber nicht zu verhandeln und mit sich handeln zu lassen bereit sei, sondern aktiven Widerstand bis in das Risiko eines Atomkrieges leisten würde. Lippmanns Bedenken ist wohl berechtigt; im vorliegenden Falle hätte jedoch seinem Vorschlag folgen bedeutet, der Aktion das Gewicht einer ernsten Demonstration zu nehmen, einer Handlung, die allerdings und zwar einkalkuliert das Risiko eines Krieges enthielt. Nur dieses Risiko gab der Handlung Gewicht. Der Präsident hatte bereits von drei Möglichkeiten zu handeln die am wenigsten risikoreiche gewählt. Drei Alternativen standen zu seiner Wahl. Die Invasion; sie bot den Vorteil der Überraschung, aber den Nachteil, daß es ein Krieg ohne Kriegserklärung im Charakter des japanischen Angriffes auf Pearl Harbour und eines „preemptive war" gewesen wäre, und daß dabei zahlreiche Russen mit getötet worden wären. Solche Handlung hätte mit Sicherheit Gegenaktionen der Russen ausgelöst und das Ansehen der USA in der Welt aufs schwerste geschädigt. Nicht viel weniger riskant wäre die zweite Alternative gewesen, die Basen durch einen

Luftangriff zu zerstören, was jedoch mit Sicherheit später notwendig gewesen wäre, wenn sich nicht Chrustschow zu seinem historischen Akt der eigenen Beseitigung der Basen verstanden hätte. Die dritte Alternative war die Blockade, die am wenigsten riskant und eine Maßnahme war, die, wie sich dann auch als richtig erwies, Raum für Gespräche offen ließ. Doch war dieser Aktion das Moment der Überraschung nur zu sichern, wenn die Diplomatie nicht vorher zu Worte kam.

Damit wird das Kapital der Gefahren aufgeschlagen. Ohne Einschränkung und vorsorgliche Beseitigung einer Reihe von Gefahren werden die bereits in Aussicht genommenen Gespräche über weitere Krisenherde und ihre Beseitigung in den Anfängen stecken bleiben wie bisher. Als erste dieser Gefahren wird man die Beseitigung der Gefahr eines Überraschungsschlages zu nennen haben, vielmehr schon die Beseitigung des Mißtrauens gegenüber der Möglichkeit einer solchen eventuell drohenden Gefahr, das einem auch jetzt bereits im Gespräch mit der Unterstellung der Absicht der Russen begegnete, ihr ganzes Entgegenkommen laufe nur darauf hinaus, Zeit zu gewinnen, damit ihre U-Boote „battle stations" einnehmen könnten, und was sonst noch für Maßnahmen erforderlich wären, um gelegentlich eines neuen Konfliktes ihrerseits den „vorbeugenden" Vergeltungsschlag auszuführen. Die Tatsache bleibt bestehen, nach der Aktion Kennedys mehr denn je, daß die Möglichkeit eines Überraschungsschlages die größte Gefahr ist. Sie zu beseitigen ist die Voraussetzung dafür, daß die künftigen Gespräche nicht in der Atmosphäre von Angst und ständigem Mißtrauen gegen die eigentlichen Absichten des Gesprächspartners geführt werden. Von englischer Seite ist deshalb mit Recht ein Übereinkommen über Methoden, einen solchen Schlag zu verhindern, als vordringlich bezeichnet worden.

Es können hier nur noch ein paar weitere Gefahren genannt werden, die die künftigen Verhandlungen schon im Beginn bedrohen. Eine davon hat Chrustschow selbst in seinem dritten Brief an Kennedy erwähnt. Er nahm auf eine kürzliche Verletzung des Luftraumes Rußlands durch ein überfliegendes amerikanisches Flugzeug bezug und unterstrich die Möglichkeit, daß es für ein atombombentragendes gehalten werden könnte, insbesondere auf dem Höhepunkt der Krise, da sich auch Rußland in erhöhter Spannung und Kriegsbereitschaft befand. Auf die immer gegenwärtige Gefahr technischer Versager und Interpretations-Irrtümer im amerikanischen Warnsystem ist oft hingewiesen worden, ohne daß die Lage sich gebessert hätte. Darauf hier näher einzugehen besteht kein Anlaß. Ernst ist die gefährliche Rückwirkung der Verhandlungsbereitschaft in Gestalt von übertriebenen Hoffnungen auf die Nachgiebigkeit Moskaus in anderen kritischen Fragen. Die Gegenforderungen für das Nachgeben der Sowjets werden unweigerlich präsentiert werden. Anzunehmen, daß die Kuba-Aktion die vorbereitete politische Offensive Moskaus in Berlin zerschlagen habe, wie das die New York Times äußerte, ist eine Illusion. Auch die Hoffnung, die vor allem in der Bundesrepublik gehegt zu werden scheint, daß der Westen in der Berlin-Frage auf größeres Entgegenkommen Chrustschows werde rechnen können, ist fehl am Platze. Eine isolierte Lösung der Berlin-Krise ohne Regelung des gesamten Deutschland-Problems — und zwar im Rahmen des status quo, des bestehenden Machtgleichgewichtes — ist schwieriger geworden. Denn das Kuba-Exempel hat zu etwas wie einem neuen Prinzip geführt, dem Recht der Großmächte, in der Nähe ihrer Grenze keine bedrohlichen Installationen dulden zu brauchen. Das würde automatisch nicht nur zur Forderung der Liquidation der vorgeschobenen Stützpunkte der USA, wie es z. B. die Türkei ist, führen, die vorübergehend von Moskau fallen gelassen wurde, um das Gespräch nicht im Anfang zu blockieren, sondern auch zu den alten Forderungen, Deutschland beiderseitig aus dem Bündnissystem

zu lösen, es zu neutralisieren, mindestens in Zentraleuropa eine atomwaffenfreie Zone zu errichten, kurzum ein beiderseitiges „Absetzen" der beiden Großmächte von ihrer bisherigen vorgeschobenen Frontstellung auszuhandeln.

Aber solche Erörterung gehört bereits in den Rahmen von Überlegungen über die weiteren Schritte zu einer Entspannung. Die Gefahren, auf die hier hinzuweisen wäre, liegen einmal in der Richtung übertriebener Erwartungen auf ein „backing down" der Sowjets in allen Fragen, die, wenn sie enttäuscht werden sollten, im Westen wieder dahin ausgelegt werden würden, daß man „mit den Sowjets eben nicht verhandeln könne" und daß das einzige Argument, das man ihnen entgegenhalten müsse, die geballte Faust sei. Zum anderen Mal ist mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß sich Bonn ernsthaften, über belanglose Verbesserungen oder „Verschlimmbesserungen" am Rande der Probleme hinausgehenden Verhandlungen versagen wird. Der Bundeskanzler wird den geplanten Besuch in Washington durchführen. Das Gespräch mit ihm ist von Washington als dringender denn je bezeichnet worden. An eine Erfüllung der Atomwaffenwünsche Bonns als ein Ergebnis der Gespräche wird dabei freilich nicht zu denken sein. Im Gegenteil, das ist nunmehr endgültig als abgetan zu bezeichnen. Aber Forderungen nach einer Verstärkung durch konventionelle Truppeneinheiten werden von den USA erhoben werden und vielleicht auch die Forderung größerer Elastizität gegenüber Lösungsmöglichkeiten des Deutschland-Problems, nicht nur des Problems Westberlin; Möglichkeiten, die, nach der Kuba-Verständigung, nur unter Anerkennung des status quo, des Machtgleichgewichtes als Rahmen für die Beseitigung von Spannungselementen bestehen. Es ist fraglich, was für Gefahren damit erneut heraufbeschworen werden, wenn sich Bonn weiteren notwendigen Entspannungsversuchen quer legt. Es wird nicht ausbleiben, daß die Bundesrepublik die Schuld für eine dann wieder anschwellende Verschärfung der Krise den Sowjets in die Schuhe zu schieben versuchen wird. Ob Bonn sich indessen damit nicht politisch isolieren würde, ist angesichts der in Kuba bewiesenen Verhandlungsbereitschaft Moskaus fraglich. Denn die hier und da laut gewordene Ansicht, daß die Sowjets durch ihren Rückzug einen Prestigeverlust erlitten hätten, ist absurd. Die Opferbereitschaft der Sowjets für den Frieden hat ihnen vielmehr bedeutendes Ansehen gewonnen und die Aufrichtigkeit ihrer Friedenspolitik bewiesen.

Im Zusammenhang damit muß nun aber nochmals auf die Bedeutung der Offenheit und auf die Gefahr hingewiesen werden, sich selbst durch eine irreführende Propaganda mit Halbwahrheiten die Möglichkeit zu entscheidenden beiderseitigen gleichwertigen Zugeständnissen vor der eigenen Öffentlichkeit zu erschweren. Selbst solche nahezu offizielle Darlegung, wie sie der amerikanische politische Chefplaner Walt W. Rostow in der Westberliner Universität über die Möglichkeiten des Westens gab, die großen Krisen zu bereinigen, ist, soweit sie Berlin und Deutschland betreffen, nicht frei von Halbwahrheiten und geflissentlichem Verschweigen entscheidender Faktoren. Ob es die Unfähigkeit ist, die Wirklichkeit in ihrem vollen konkreten Dasein zu erfassen, ob es absichtlicher „cant" ist, jedenfalls ist die Verkennung der Realität, auch die der eigenen Bedeutung, das Messen mit zweierlei Maßstäben, die größte Gefahr, die, wie sie zum ersten und zum zweiten Weltkrieg geführt hat, leicht auch zum dritten, trotz allen Bemühungen um den Frieden, führen kann.

3.

Die wirkliche Lage, von der aus allein die deutsche Krise und nicht nur die Berlin-Krise gelöst werden könnte — denn eine isolierte Westberliner Lösung ist nicht möglich —, hat der Herr Chefplaner des amerikanischen Außenministe-

riums seinen Berliner Hörern vorenthalten. Aber Walter Lippmann hat sie in seinem unbestechlichen Wahrheitswillen vor kurzem noch einmal allen, die hören und sehen wollen, ins Gedächtnis zurückgerufen. Die offizielle Ansicht über die Wiedervereinigung, schreibt er, daß Ostdeutschland (in der Bundesrepublik sagt man Mitteldeutschland) die Chance gegeben werden müsse, sich selbst aus dem kommunistischen Weltkreis und dem Bündnis mit den Sowjets herauszuwählen, um sich mit Westdeutschland und der westlichen Alliance zu vereinen, „ist und war immer ein Traum". Es sei undenkbar, daß die Sowjetunion, solange sie die Macht habe, es zu verhindern, einem vereinigten Deutschland von 70 Millionen innerhalb der NATO zustimmen würde. Die offizielle Ansicht über die Wiedervereinigung sei offensichtlich so unmöglich, daß, sofern sie von verantwortlichen Staatsmännern vorgetragen würde, dies Verdacht erregе. „Eine Wiedervereinigung vorschlagen, von der man weiß, daß sie unmöglich ist, heißt sie de facto überhaupt nicht vorschlagen." Weil die offizielle Formel der Wiedervereinigung durch freie Abstimmung kein Mittel sei, sie tatsächlich zu erreichen, so sei dies nur einer der Gründe, warum so viele, die kein großes Deutschland wünschten, ihr „Lippendienst leisteten". Jedenfalls sei, abermals der Meinung Lippmanns nach, der große Verbündete Adenauers, General de Gaulle definitiv nicht für Wiedervereinigung. Nicht günstig sei auch England einer solchen Entwicklung gegenüber, dasselbe gelte für Holland. Was aber Adenauer anlange, so sei es schwierig „mit voller Gewißheit zu sagen, daß er, der ein Anti-Preuße aus dem Rheinland ist, den Wunsch hegt, mit den Preußen und Sachsen vereint zu sein". Walter Lippmann hat sich auch gegen den „schieren Nonsens" gewandt, so zu tun, als ob die DDR nicht existiere, und zu sprechen, als ob es so etwas gegeben habe oder sein könne wie eine absolute Nichtanerkennung. Als eine Täuschung weist er das Gerede zurück, als ob die Anerkennung Ostdeutschlands durch Westdeutschland als besonderer Staat eine Konzession des Westens sei; als ob der Boykott der DDR durch die DBR nicht dem deutschen Volke in das lebendige Fleisch schneide, wie man hinzufügen wird. Denn, so sagt Lippmann, die einzige Möglichkeit, die Deutschen gegebenenfalls friedlich zu vereinen — friedlich nicht im Sinne des Sprachgebrauchs der Bundesregierung, sondern wirklich auf dem friedlichen Wege der wechselseitigen Respektierung, wie man hinzufügen muß —, bestehe allein in wachsenden wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, sozialen und politischen Kontakten. In einem Interview für das Columbia Broadcasting System hatte er noch bemerkt, daß der Tag einer Wiedervereinigung, die nicht Ostdeutschland beseitige, sondern beide Teile zu einer Nation zusammenwachsen lassen würde, nicht kommen würde, solange Dr. Adenauer regiere, und er werde nicht kommen, solange Ulbricht in Ostdeutschland regiere.

Was für Möglichkeiten einer konkreten Lösung des Deutschland-Problems sich daraus ergeben könnten, darauf soll in diesem Zusammenhang nicht noch einmal hingewiesen werden. Wohl aber ist es notwendig hervorzuheben, daß im Bemühen um neue Ansätze zur Lösung der kritischen Probleme, die in Verbindung mit der Überwindung der Kuba-Krise möglich werden, nach realistischeren Vorschlägen gesucht werden müßte, als es die des Herrn Chefplaners Rostow waren. Es wird ein beträchtlicher Friedensbeitrag von dem deutschen Volk beider Staatswesen zu leisten sein, weniger ein militärischer. Wenn nicht anders, wird es Zeit, daß sich Elemente beider deutschen Teile, die sich der Größe der Verantwortung bewußt sind, zu einer Friedensinitiative zusammenfinden.

Was sonst an Maßnahmen notwendig und möglich ist auf dem weiten Feld der Konflikte, um sie zu beseitigen, so sind einige bereits von Kennedy und Chrustschow genannt worden, wie der beiderseitige Wille zu einer detente zwischen der

NATO und dem Warschauer Paktsystem, die Bereitschaft zu neuen Versuchen in der Lösung des Abrüstungsproblems und der Atomwaffenkontrolle. Es ist verfrüht, sich in dem jetzigen Stadium schon mit ihnen befassen zu wollen. Auch auf die Klippen und Untiefen in den gefährlichen Gewässern auf dem Wege zur Durchführung der Beseitigung der kubanischen Basen, und was alles damit noch verknüpft ist (wie das weitere Schicksal Kubas als souveräner Staat, des Castro-Regimes, des freien Selbstbestimmungsrechtes des kubanischen Volkes, des Guantanamo-Flottenstützpunktes der Vereinigten Staaten auf Kuba), auf all dies soll hier nicht eingegangen werden. Hier liegt Stoff für Verhandlungen und Konflikte in Hülle und Fülle; denkbar sind zum Teil für die USA wenig populäre Zugeständnisse, zum Teil auch Vorteile im Sinne eines kräftiger vertretbaren Selbstbestimmungsrechtes. Wenn die Entwicklung weiterhin günstig verläuft, so wird sich dabei auch eine Kräftigung der Vereinten Nationen ergeben.

Alles das wird jedoch nur möglich werden, wenn der Durchbruch durch die Fronten des Kalten Krieges zu einer Verständigungsbereitschaft auf beiden Seiten gelingt, was an drei Voraussetzungen geknüpft ist: 1. die strikte Innehaltung des jetzigen Machtgleichgewichtes, das durch keine direkten oder indirekten Methoden und Versuche, es zugunsten eines der Machtblöcke zu ändern, gestört werden darf; 2. die Erkenntnis, daß alle Probleme unlösbar miteinander verbunden sind und Bezug auf einander haben, so daß in der Richtung auf eine integrale Entspannung nach Lösungen gesucht werden muß; 3. daß die „Glaubwürdigkeit" nicht beschränkt bleibt auf den beiderseitigen Willen, gegebenenfalls Widerstand bis in den Atomkrieg leisten zu wollen, sofern das Gleichgewicht bedroht ist, sondern auch für den Willen zum Frieden und zur Koexistenz oder besser zu einer durch Vereinbarungen geregelten Kooperation gilt.

So weit, kann man mit den New York Times sagen, war die Beseitigung der akuten Kriegsgefahr in der Liquidation der Kuba-Krise ein Sieg der Vernunft. An ihm haben die beiden führenden Politiker der USA und der UdSSR gleichen Anteil. James Reston berichtet, daß Präsident Kennedy auf die vorläufige und, wie man hoffen darf, endgültige Beilegung der Kuba-Krise nicht als auf einen großen Sieg der Vereinigten Staaten blickt. Er ziehe auch keine allgemeinen Schlußfolgerungen aus seiner geglückten Antwort auf die „challenge", die Herausforderung der Sowjets hinsichtlich einer weiterhin zu verfolgenden Taktik gegen Moskau, wie das bereits die traditionellen „hardliners" in USA und, wie man hinzufügen kann, besonders in der Bundesrepublik tun. Dennoch wird man feststellen können, ist nicht nur ein Sieg der Vernunft errungen worden, sondern auch ein persönlicher Sieg Kennedys über seine zahlreichen Gegner, nicht nur die parteimäßig abgestempelten, sondern die überall herumsitzenden, die „aufs Ganze zu gehen" forderten, statt der „halben Maßnahmen" des Präsidenten. Er hat das bewiesen, was den Staatsmann auszeichnet: Mäßigung in der Festigkeit, Nachgiebigkeit im Erfolg. Einseitige Zugeständnisse, wie sie Hitler in München zuteil wurden, führen ins Desaster. Davor warnte bereits Thukydides. Aber er warnte auch, wie es Kennedy nach Restons Bericht wohl gegenwärtig ist, den Krieg nicht am falschen Ende zu beginnen; erst zu handeln, und auf das Desaster zu warten, um dann über den strittigen Gegenstand zu diskutieren.

Nicht verschweigen darf man den bedeutenden Anteil, den Chrustschow an der Erhaltung des Friedens hat. Es ist in der Öffentlichkeit noch nicht gewürdigt worden, daß er damit den Nachweis seines Friedenswillens für seine ganze Politik erbracht hat, den der Westen solange von ihm in einer sichtbaren Tat, statt in bloßen Proklamationen gefordert hatte. Während Präsident Kennedy die Glaubwürdigkeit seines Widerstandswillens erbrachte, hat Nikita Chrustschow die Glaubwürdigkeit seiner Friedensbereitschaft bewiesen. Wir aber, die wir in dieser

Krise die Ohnmacht eines bloßen „guten Willens" des Einzelnen wieder einmal erfahren konnten, sind vor die Entscheidung gestellt, wie wir mittätig, nicht nur nachredend verhindern können, daß es doch noch zu jener „Logik im Schrecken" kommt, zu jenem Automatismus, dem wir, ist er einmal in Gang gesetzt, bis ins allerbitterste Ende folgen müssen, und stattdessen mithelfen, daß aus dem Schrekken ein Heil werde.

Prof. Dr. L. L. Matthias

# Titanenkampf um Kuba

Versuchen wir, uns in dem Chaos von Ereignissen, Kommentaren und Propagandameldungen zurechtzufinden.

Was ist geschehen?

Erste Frage: Haben die Vereinigten Staaten die Absicht einer zweiten Kuba-Invasion verfolgt?

Die Antwort wird lauten müssen: unzweifelhaft. Die USA haben den Verlust Kubas und der damit verbundenen Investitionen in Höhe von rd. 5 Mrd. DM niemals verschmerzen können. Auch sind sie von Anfang an nicht dazu bereit gewesen, sich auf irgendwelche Verhandlungen mit der kubanischen Regierung einzulassen. Das faire Angebot Kubas, die Eigentümer der nationalisierten Industrien durch vierprozentige Staatsobligationen zu entschädigen, wurde abgelehnt, da die Akzeptierung dieses Angebots mit einer Liquidation der ganzen Angelegenheit gleichbedeutend gewesen wäre. Und diese friedliche Liquidation wollte man nicht. Deshalb versuchte man es mit der Gewalt und finanzierte 1961 mit dem stillschweigenden Einverständnis Eisenhowers und später Kennedys die erste Invasion, für die vor allem kubanische Emigranten verwandt wurden. Der Geldgeber war damals eine Regierungsstelle, die Central Intelligence Agency (CIA), die für ihre Tätigkeit vom Kongreß jährlich einen Blanko-Scheck erhält. Die Invasion mißglückte bekanntlich. Aber schon nach wenigen Wochen hatte man sich von der Enttäuschung erholt und begann mit den Vorbereitungen für eine neue. Wie beim ersten Mal wurden mit dem stillschweigenden Einverständnis des amerikanischen Präsidenten und unter dem Mantel des amerikanischen Geheimdienstes Truppen in Guatemala, Nicaragua, Costa Rica, Haiti und Kolumbien ausgebildet. Kubanische Emigranten erzählten das bereitwilligst jedem, der es hören wollte. Die New York Times brachte im September ein Interview mit einem der Gruppenführer aus Mexiko, aus dem sich sogar die Strategie ergab, die von den Invasionskorps verfolgt wurde. Sie bestand anfänglich darin, die kubanische Bevölkerung durch kleine Überfälle zu beunruhigen. Um das zu erreichen, hatte man sich auf eine bisher noch unaufgeklärte Weise in den Besitz einiger Schiffe gesetzt, kubanische Fischerboote und Fischerdörfer beschossen und zehn bis zwanzig Kubaner getötet. Eine zweite Aktion bestand darin, Invasions-Fallschirmtruppen im Osten der Insel abzusetzen. Auch das gelang, und die Guerillas konnten sogar täglich durch Flugzeuge von Guatemala aus verpflegt werden.

Die Invasionsvorbereitungen waren also seit langem im Gange. Es versteht sich, daß sie mit größerer Sorgfalt ausgeführt wurden als beim ersten Mal, denn man konnte sich der Blamage einer abermaligen Niederlage nicht aussetzen.

Parallel mit diesen militärischen Vorbereitungen lief ein Propagandafeldzug sämtlicher Kommunikationsmittel (Wortfunk, Bildfunk, Wochenschriften, Presse), um die anti-kubanischen Affekte der öffentlichen Meinung zu reizen. Dies hatte zur Folge, daß man bereits nach kurzer Zeit Verhandlungen mit gewissen Gewerkschaften aufnehmen konnte, vor allem mit dem Internationalen Verband der Hafenarbeiter, um nach all den Worten zu Aktionen zu gelangen. Durch den Vorsitzenden des Verbandes in New York wurden sämtliche Gewerkschaften der Welt aufgefordert, Schiffe, die Havanna anlaufen, zu boykottieren. Der amerikanische Verband ging mit dem Beispiel voran: Englische Schiffe, die auf der Fahrt von Havanna in amerikanischen Häfen Öl oder Kohle, Wasser oder Nahrungsmittel aufnehmen wollten, mußten den Hafen unverrichteter Sache wieder verlassen.

Zuerst indirekt, später wurde direkt versucht, Kuba auszuhungern. Als man dann militärische Vorbereitungen auf Kuba feststellen konnte, folgte in den letzten Tagen des Oktober dem wirtschaftlichen Embargo die Waffenblockade. Es gab damals gut informierte Stellen, die behaupteten, daß die Invasion nur eine Frage von Tagen sei.

Die Absicht der amerikanischen Regierung, eine Invasion in Kuba vorzunehmen, kann kaum bezweifelt werden.

Zweite Frage: Bestanden auf seiten Kubas bzw. seines Verbündeten, der Sowjetunion, irgendwelche aggressiven Absichten gegenüber den Vereinigten Staaten?

Es wurde das von der gesamten amerikanischen und europäischen Presse behauptet, weil durch die Aufnahmen eines U-2-Flugzeugs über Kuba einwandfrei festgestellt worden war, daß die Russen damit beschäftigt waren, auf dieser Insel Abschußrampen für Mittelstreckenraketen anzulegen. Einen schlüssigeren Beweis für aggressive Absichten, sagte man, könne es nicht geben. Denn wozu braucht Kuba Raketenrampen? Die Kubaner und Russen können mit dem Bau dieser Anlagen nur den Zweck verfolgen, das Territorium der USA zu beschießen.

Es schien sonnenklar. Aber es war eine Hypothese und wir werden besser tun, nicht von Hypothesen, sondern von Fakten auszugehen.

Einige der Fakten wurden bereits erwähnt. Aber damit besitzt man noch kein vollständiges Bild der Anfang Oktober gegebenen Situation. Man erhält das nur durch eine Rede, die von sehr großer politischer Bedeutung ist, was die Presse der Bundesrepublik Deutschland anscheinend für einen ausreichenden Grund gehalten hat, um von ihr keine Notiz zu nehmen. Es war das die Rede des Staatspräsidenten von Kuba, Dr. Dorticos, in der UNO [1]). Seit den Zeiten des Völkerbundes, als Haile Selassie 1935 verzweifelt die Rostra bestieg und den vergeblichen Versuch machte, die Meinung der Welt gegen die Aggression Mussolinis in Abessinien zu gewinnen, hat es keine Rede gegeben, in der ein Staatsoberhaupt sich in gleicher, hilfesuchender Weise an die Weltöffentlichkeit gewandt hat. Mit Worten, die so schicksalsschwer waren wie die Ereignisse, denen Kuba gegenüberstand, gab. Dr. Dorticos ein Bild der Politik, die die Vereinigten Staaten nun seit drei Jahren gegenüber seiner kleinen Nation verfolgten. Er bat um Verständnis dafür, daß Kuba aufzurüsten begonnen habe: Es bleibe seinem Land den Provokationen der Vereinigten Staaten gegenüber nichts anderes übrig, um die Integrität des Territoriums zu wahren. Kuba aggressive Absichten zu unterschieben, sei grotesk. Kuba würde am liebsten seine gesamte Armee abschaffen, wenn das nur ginge: „Würden die Vereinigten Staaten bereit sein, Kuba effektive Gewähr und ausreichende Sicherheiten für die Integrität des kubanischen Territoriums zu geben, und würden die Vereinigten Staaten ihre subversiven und konterrevolutionären

[1]) Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen" in diesem Heft.

Maßnahmen unserer Nation gegenüber einstellen, so würde Kuba nicht gezwungen sein, seinen Verteidigungsaufbau zu verstärken. Kuba würde noch nicht einmal eine Armee benötigen. Und die Mittel, die für diese Zwecke erforderlich sind, könnten in beglückenderer und segensreicherer Weise für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes benutzt werden."

Das wurde zwei Wochen vor den Ereignissen gesagt, die schließlich zur Krise führten. Aber wie der Appell Haile Selassies war auch der des Staatspräsidenten von Kuba vergeblich. Niemand wagte es, die Partei Kubas gegenüber den Vereinigten Staaten zu ergreifen.

Die Reaktion der UNO auf diese Rede wäre eine ausreichende Rechtfertigung für das Gesuch Kubas um sowjetische Hilfe gewesen. Die kleine Republik stand allein. Nur die Sowjets konnten helfen.

Hat die Sowjetunion damit, daß sie dem kubanischen Ersuchen entsprach, eigennützige Zwecke verfolgt? Bestand tatsächlich, wie behauptet wurde, die Absicht, eine Raketenbasis auf Kuba zu gewinnen, um das amerikanische Festland bedrohen zu können?

Man darf es annehmen, wenn man gleichzeitig annimmt, daß die Russen ihren Verstand verloren haben. Wozu benötigen die Russen eine Raketenbasis auf Kuba? Sie verfügen über Fernstreckengeschosse mit einem Radius von fast 11 000 km und können sozusagen von ihrem Bett aus Chicago beschießen. Sie verfügen ferner über wenigstens zweihundert U-Boote mit Abschußrampen und können aus einer Entfernung von 500 km und mehr New York oder San Franzisko und einen großen Teil des Hinterlandes in Asche legen. Sie verfügen über keinen einzigen Flugzeugträger, weil ihre gesamte Strategie auf äußerster Mobilität basiert, und sie sollten nun auf den Einfall kommen, sich einen „festen Flugzeugträger", eine Insel, zuzulegen, die noch weniger als ein Flugzeugträger zu verteidigen ist und sich überdies auch noch in unmittelbarer Nähe des amerikanischen Festlands befindet? Was für ein Nonsens. Und ganz abgesehen von diesen Aspekten: es gibt im europäischen wie asiatischen Teil der Sowjetunion keine Gegend, die für den Bau von Raketenbasen entlegen genug wäre. Es gibt auch kein Gelände, das zerklüftet und wüst genug wäre, um diesen Anlagen zu einer Naturtarnung zu verhelfen. Und da sollten die Russen nun darauf aus sein, unmittelbar vor der Nase der Amerikaner eine Raketenbasis zu bauen?

Aber sie haben es doch getan, wird die Antwort lauten. Wir besitzen doch Bilder von dieser Basis. Gewiß, wir besitzen Bilder, aber Bilder können nicht sprechen. Was sie besagen sollen, wird ihnen sozusagen in den Mund gelegt, und gerade in diesem Fall handelt es sich um eine wilde Hypothese. Denn hätten die Russen tatsächlich die Absicht gehabt, eine Raketenbasis contra die Vereinigten Staaten zu bauen, um das amerikanische Territorium bedrohen zu können, so hätten sie ja wohl großen Wert darauf legen müssen, diese hochpolitischen und militärischen Anlagen zu schützen. Sie hätten gleichzeitig Vorbereitungen für eine Machtentfaltung, falls erforderlich, treffen müssen, so wie das die Vereinigten Staaten im gegebenen Augenblick getan haben, die 2000 Flugzeuge, 400 Schiffe, 20 000 Marinefüsiliere und wer weiß was noch in Bewegung brachten. Aber das ist nicht geschehen. Es war selbst zur Zeit des Höhepunkts der Krise kein einziger russischer Flieger, kein einziges Schiff, nicht ein einziger russischer Soldat sichtbar. Das Schlachtfeld um Kuba (wenn man es so bezeichnen darf) erinnerte an die berühmten Schlachtfelder, die der Phantasie des Cervantes entsprungen sind. Auf der einen Seite stand Don Quijote, der große Romantiker, bis zu den Zähnen in Stahl und mit all seinen Mannen, und auf der anderen Seite stand Sancho Pansa, ohne Stahl und mutterseelenallein. Und eine solche leicht-

fertige Haltung sollten die Russen einnehmen, wenn es für sie um einen Raketenstützpunkt von großer militärischer Bedeutung geht?

Das alles ist sehr unwahrscheinlich. S e h r wahrscheinlich dagegen ist, daß die ganze Rampenanlage ausschließlich den Zwecken der kubanischen Landesverteidigung dienen sollte. Die Insel Kuba ist 1200 km lang (das sind mehr Kilometer als von Hamburg bis Basel). Eine solche Insel ist gegen eine Invasion schwer zu verteidigen, weil sie eine Küstenlinie von mehr als 2500 km hat. Soll eine Verteidigung möglich sein und eine Invasion mißlingen, so müssen zum mindesten Invasionsschiffe daran gehindert werden, Panzer und Artillerie zu landen. Es sind mithin, angesichts der Ausdehnung der Insel, Mittelstreckenraketen erforderlich ... Ich glaube nicht, daß eine andere Interpretation des Bildes möglich sei, es sei denn, daß entscheidende Fakten unberücksichtigt gelassen wurden. Und man darf, denke ich, diesen Worten Glauben schenken, denn, wie sich aus dem Verhalten der Russen ergibt, waren sie zwar bereit, Kuba zu helfen, aber nicht wegen Kuba einen Atomkrieg zu führen.

Wenn sie noch irgend einen anderen Zweck, abgesehen von dieser Hilfe durch Raketen, verfolgten, so war es der, von den Vereinigten Staaten wenn möglich die Gewähr für die Integrität des kubanischen Territoriums zu erhalten, b e v o r ein Schiff landen und ein Schuß abgefeuert werden konnte. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß dieses Ziel durch eine Aktion sui generis erreicht werden sollte, die seltsamerweise vollkommen unbeachtet geblieben ist. Ich meine: die auffallende und ganz unerklärliche Tatsache, daß — wie das U-2-Bild zeigt — die Raketenstellung ohne jedwede Deckung gelassen wurde. Jede Einzelheit ist auf dem Bild so gut sichtbar, daß man nicht nur die säuberlich nebeneinander liegenden Raketen zählen kann, sondern sogar die Geschoßringe. Es würde, glaube ich, die Grenze erlaubter Vermutungen überschreiten, wenn man annehmen würde, daß russische Experten die Tarnung der Stellung „vergessen" haben. Eine Vergeßlichkeit dieser Art könnte als Landesverrat interpretiert werden, und den wollten die braven russischen Experten sicherlich nicht begehen. Was aber könnte dann der Sinn dieser Unterlassung gewesen sein? Wollte man dem U-2-Piloten die Arbeit so leicht wie möglich machen, damit er ein schönes, aufschlußreiches Bild im Hauptquartier abliefern konnte?

Es mag seltsam klingen, aber diese Absicht könnte verfolgt worden sein. Die Russen könnten einen Ball indirekt gespielt haben, im vollen Bewußtsein der Reaktion, die ein solches U-2-Bild auslösen mußte. Es konnte keinen amerikanischen General geben, dem nicht angesichts dieser Aufnahme, die eine Raketenstellung 150 km vor Florida zeigte, die Haare zu Berge stünden. Die Vereinigten Staaten mußten die sofortige Entfernung dieser Raketenbasis verlangen. Taten sie das aber — und wer konnte daran zweifeln? —, so verhalfen sie den Russen dadurch zu einer beneidenswerten Position. Es wurde dann etwas von ihnen verlangt, und also durften sie, wie das üblich ist, etwas fordern. Sie konnten dann sagen, daß sie bereit seien, dem amerikanischen Verlangen zu entsprechen — gesetzt, daß die Amerikaner bereit sind, Kuba in Ruhe zu lassen und die Invasion abzublasen.

Und gleichviel, ob die Russen so geniale Schachspieler gewesen sind oder nicht: der Kampf um Kuba endete mit diesem Vergleich. Kennedy erklärte öffentlich, daß er eine „Invasion nicht vornehmen oder zulassen" würde.

Die Republik Kuba war gerettet. Chrustschow konnte bereitwilligst erklären, daß er seine Rampen auf Kuba abbrechen und seine Geschosse zurückbefördern würde. Er konnte sogar damit einverstanden sein, daß diese Liquidierung der Basis unter den Augen der UNO erfolgt. Es macht immer einen guten Eindruck, wenn man internationale Kontrollen gestattet.

Es schien, als ob Kennedy über Chrustschow gesiegt hatte, und so wurden die Ereignisse in der Presse auch kommentiert. „Da kann man sehen, daß die Russen zurückweichen, wenn nur einer den Mut hat, ihnen auf den Kopf zu schlagen", so lautete ungefähr der Tenor der Weisen. Im Gegensatz zur Bonner Presse waren die Leitartikel der großen amerikanischen Blätter nüchtern und frei von Propaganda. Die New York Times schrieb in einem Editorial vom 31. Oktober von einer „Entfernung der russischen Raketenbasis auf Kuba im Austausch für das amerikanische Versprechen, keine Invasion der Insel vorzunehmen und die Waffenblockade aufzuheben".

Chrustschow hat sein Ziel erreicht: die Gewähr für die Integrität des kubanischen Territoriums. Kennedy aber hat sein Ziel, die Invasion in Kuba, nicht erreicht. Die Situation ist für ihn sogar heute ungünstiger als sie es jemals zuvor gewesen ist. Er muß, wenn er nicht wortbrüchig werden will, auch darauf verzichten, die Emigrantenkorps weiterhin zu unterstützen. Eine Invasion darf nicht nur nicht vorgenommen, sondern auch nicht zugelassen werden.

Ist die kubanische Affäre damit bereinigt?

Es wäre allzu optimistisch, das anzunehmen. Rechtsradikale Gruppen werden mit dem Vergleich nicht einverstanden sein. Sie werden Kennedy die Hölle heiß machen.

Auch kommt noch etwas anderes hinzu: Die psychische Verfassung, in der sich seit einigen Jahren die gesamte amerikanische Nation befindet. Man hatte 1945 alles erreicht, wovon man einhundertundsiebzig Jahre geträumt hatte, aber es war der Nation wie Hans im Glück ergangen. Sie war so sicher gewesen, alles zu besitzen, daß sie gar nicht bemerkte, wie sie alles verlor. Es begann mit Korea, einem Feldzug, den man wahrscheinlich nicht in die Marmorplaketten des Pentagon einmeißeln wird. Es folgten Laos und Süd-Vietnam, über das die Strategen es vorziehen zu schweigen. Und parallel zu dieser Kette zweifelhaften Ruhmes bewegten sich die Minuszahlen der Finanzen. An eine Verringerung der Schulden (rd. 300 Mrd. Dollar) und eine Balancierung des Budgets wagt schon niemand mehr zu denken. Aber selbst die Exportziffern sind gefallen — und, was das Schmerzlichste ist, die Währung auch. Heute ist der Dollar, den sich die Welt noch vor wenigen Jahren als Standard-Währung erkoren hatte, nur noch etwa 40 % (oder allenfalls 45 %) seines Anspruchs wert. Der Dollar würde sogar noch tiefer fallen, wenn sich nicht alle staatlichen und privaten Banken Europas krampfhaft bemühten, ihn zu retten. Selbst als technische Vormacht haben die Vereinigten Staaten versagt. Es mag sein, daß die Kühlschränke und Staubsauger immer noch gut sind, aber was die Raketen betrifft, so könnte man mit den Milliarden, die in der Luft explodiert sind, ganze Städte aufbauen. Am trostlosesten waren die Versuche, den Mond zu erreichen. Wochenlang brachten die amerikanischen Zeitungen Berichte darüber, auf welche Weise es möglich sein wird, selbst auf dem Monde ein normales breakfast zu sich zu nehmen — und dann begannen die Abschüsse. Der erste ging am Mond um 50 000 km oder so vorbei. Der zweite erreichte zwar den Mond, aber auf der falschen Seite (wie man zum mindesten vermutete, da von der Kapsel nie wieder das geringste sichtbar wurde). Und bei dem dritten Abschuß passierte das Mißgeschick, daß die Sonnenantennen bereits nach wenigen Stunden zu arbeiten aufhörten — ein Unglück, das man jedoch nicht übertreiben darf, da auch diese Kapsel ihr Ziel verfehlte und am Mond einige 700 km vorbeiflog. Und alles das geschah in einem einzigen Jahr, 1962. War es nicht Klio, die Muse, die hin und wieder ihr Haupt zu verhüllen pflegte? Sie hatte nun reichlich Anlaß, es abermals zu tun.

Man brauchte in den Vereinigten Staaten seit langem kein Secretary of War oder der Treasury zu sein, um sich in seiner Haut unwohl zu fühlen. Dem „man

in the street" erging es nicht anders. Es grassierte wieder einmal die alte, die uralte Frage: What's wrong with America? Und, wie immer, fand man keine Antwort.

Wo eine Antwort fehlt, werden Ventile benötigt — und Kuba war das Ventil wie es im Buche steht. In Kuba hatte der Mann der Straße den Hund, auf den er losschlagen konnte.

Was wird er nun tun? Den toten Hund laufen lassen oder ihn wieder zum Leben erwecken?

Es ist zu befürchten, daß er sich mit der Auferstehungsfrage beschäftigen wird.

(Abgeschlossen am 31. Oktober)

Dr. Günther Anders

# Zur Kuba-Krise

*Diese pointierten Thesen wurden am 26. Oktober 1962, also zwei Tage vor der Botschaft Chrustschows, daß die sowjetischen Raketen von kubanischem Boden zurückgezogen würden, formuliert.* *D. Red.*

## I

‚Now he killed our issue', ‚Jetzt hat er unseren Wahlschlager hingemacht' — das war die ärgerliche Reaktion der Republikaner auf Präsident Kennedys Aktion, und selbst aus Eisenhowers verquälter Solidaritätserklärung mit Kennedy war dieser Verdruß noch herauszuhören. Bekanntlich hatten die „Republicans" die ‚zu weiche Kuba-Politik' Kennedys zur Achse ihrer Wahlkampagne gemacht; und diesem ‚issue' höchste Popularität zu verleihen, das war ihnen auch gelungen. Machen wir uns nichts vor: Was Kennedy getan hat, gehört in die Chronik der Infamien unseres Zeitalters: Um einen Wahlschlager der Gegenpartei zu töten, hat er es gewagt, den Tod der Menschheit zu riskieren.

Den Beweis für diese furchtbare Anschuldigung hat bekanntlich Walter Lippmann der Öffentlichkeit vorgelegt. Kennedy habe, so schreibt Lippmann, als er vor einer Woche ausführlich mit Gromyko konferierte, die Daten, auf Grund derer er unterdessen die Bombe hat platzen lassen, bereits in Händen gehabt, diese aber seinem Gesprächspartner vorenthalten. Nun ist es aber einleuchtend, daß Kennedy, wäre es ihm in erster Linie auf die Bereinigung des Falles angekommen, die Daten vorgewiesen und auf sofortige diplomatische Behandlung des Falles gedrängt hätte. Da es ihm aber wichtiger schien, die Raketen der anderen als Zeitbombe in seinem Wahlkampf zu verwenden, hat er das nicht getan.

## II

Ob wir den Defekt, der solchen Manipulationen zugrundeliegt, als einen intellektuellen oder als einen moralischen, als Vorstellungsunfähigkeit oder als Skrupellosigkeit ansehen, das läuft auf eines heraus: Denn ob wir von Beschränkten abhängen oder von Verbrechern — beides ist für die Menschheit gleich verhängnisvoll. Machen wir uns keine Illusion: Auch dann, wenn wir durch Zurückhaltung des ‚militärischen Gegners', durch das Eingreifen der neutralen Staaten oder durch

den guten Willen des Sekretärs der Vereinten Nationen auch dieses Mal noch über den Berg kommen sollten, die katastrophale Situation für Kuba und für die Menschheit ist damit nicht behoben. Vielmehr bleibt diese solange bestehen, als wir uns in der Hand derartiger Taktiker befinden. Zu glauben, es stelle bereits einen tröstlichen Fortschritt dar, daß diese Taktiker, im Unterschiede zu ihren Vorgängern, die immense Größe der heutigen Gefahr täglich im Munde führen, das wäre naiv. Da sie aus dieser Immensität Kapital schlagen, da sie diese teils zur Erpressung benutzen, teils dazu, die Größe, Überlegenheit und Immensität ihrer Partei im Parteienkampf zu beweisen, sind sie um nichts weniger bedrohlich als ihre weniger gescheiten Vorgänger; vermutlich sogar, da sie sich sogar intellektueller Hilfskräfte versichert haben, noch gefährlicher als diese.

III

Die Installierung der Raketenbasen in Kuba ist entsetzlich. Aber sie war eine Antwort-Aktion, eine Reaktion auf die Tatsache, daß ein Ring von Raketenbasen auf fremden Territorien um die Sowjetunion gezogen worden war. Ob die Beantwortung der Bedrohung mit Bedrohung gleicher Art die weiseste Reaktion war, kann bezweifelt werden, aber sie ist eine verständliche; das moralische Onus für diese Entwicklung liegt in diesem Falle nicht bei Sowjet-Rußland, und die Scheinheiligkeit der moralischen Empörung über die sowjetische Bedrohung ist penetrant.

Diese Scheinheiligkeit zeigt sich bereits im Vokabular.

1. Die Bedrohung der Souveränität des winzigen Landes, das den Mut zur Selbstbefreiung aufgebracht hat, wird angeblich „im Interesse der Freiheit" durchgeführt. Von der Verletzung der völkerrechtlichen Satzung ‚Freiheit der Meere' gilt das gleiche. Im Zeitalter der Konterrevolutionen ist das allerdings normal, ebenso normal wie daß die Zerschlagung der Demokratie stets „im Interesse der Demokratie" vor sich geht. Grundsätzlich fährt die Weltgeschichte heute nur noch mit dem Wind, den man aus den Segeln derer genommen hat, die man zu vernichten wünscht.

2. Kennedy spricht von ‚offensive missiles', als wenn Waffen ihr entweder offensiver oder defensiver Charakter angesehen werden könnte. Wenn Kennedy in einem Waffenladen fragen würde: ‚Ist diese Pistole defensiv oder offensiv?', er würde als Kauz aus dem Laden gewiesen werden. Inwiefern sind die amerikanischen Raketen in der Türkei defensiv? Sonderbare Tugenden scheinen Waffen zu haben, sofern sie nur aus den Vereinigten Staaten stammen.

3. In Kennedys Texten heißt die Blockade niemals ‚Blockade', sondern stets ‚Quarantaine'. Warum, ist klar. Einmal deshalb, weil das Wort ‚Blockade' an die Berlin-Blockade erinnern könnte; dann, weil Seeblockade in Friedenszeiten einen flagranten Bruch des Völkerrechts darstellt und nie zuvor stattgefunden hat; schließlich, weil das Wort ‚Quarantaine' von vornherein den Gegner als verpestet, die Handlung als hygienisch darstellt.

IV

Daß Machtpolitiker die Maxime haben, die Ressentiments der von ihnen durch harten oder sanften Terror Beherrschten in falsche Richtung zu kanalisieren und zu diesem Zweck winzige Minoritäten zu verteufeln, das sollte seit der Judenpolitik der Nazis bekannt sein. Es ist nicht bekannt. Die Amerikaner sind auf den Anti-Castrismus genau so hereingefallen wie die Deutschen auf den Antisemitismus. Kuba ist den Amerikanern als ihr ‚Jude' geschenkt worden. Und da Juden stets in der Gefahr schweben, vernichtet zu werden, ist die Gefahr für Kuba furchtbar.

V

Es scheint kaum möglich, sich etwas vorzustellen, was noch unwürdiger sein könnte als diese Aktionen. Aber es gibt noch Unwürdigeres. Ich spreche von denjenigen Nichtamerikanern, die in eiligster Gleichschaltung ihr volles und ganzes Einverständnis mit dieser Aktion, also mit der Gefährdung der Menschheit, mit dem Kampf gegen eine winzige Minorität, mit dem Lügenvokabular ausgedrückt haben. Das hat z. B. eine Wiener Schriftstellergruppe getan. Aber es soll ja auch andere Gruppen und Persönlichkeiten geben, die sich der gleichen atemlosen Gleichschaltung befleißigt haben; unter ihnen auch analphabetische; und manche von diesen haben ja sogar gleich pauschal im Namen ganzer Völker gesprochen.

Heute haben wir keine Zeit, uns ihrer zu schämen. Denn heute gilt es zu handeln. Unsere Empörung, unsere Angst, unsere Anstrengung haben so international zu sein wie die Bedrohung selbst. Diese ist e i n e. Und wenn nicht auch unser Nein zur Verneinung unserer Zukunft eines wird, dann sind wir verloren.

# Die Bonner Rüstungsausgaben-Lawine

## I

### „Reptilienfonds" und „Aufklärung über Verteidigungsfragen"

Bundeskanzler Adenauer hat trotz der drastischen Sparmaßnahmen im Bundeshaushalt 1963 keine Abstriche bei seinen Geheimmitteln hinnehmen müssen.

Wie aus dem Einzelplan 04, Bundeskanzler- und Bundespresseamt, für das kommende Rechnungsjahr hervorgeht, ist der umstrittene Titel 300, der sogenannte „Reptilienfonds", wieder mit 13 Millionen Mark angesetzt. Dieser Titel mit der amtlichen Bezeichnung „zur Verfügung des Bundeskanzlers für Förderung des Informationswesens" unterliegt nicht der parlamentarischen Kontrolle. Adenauer ist nur dem Präsidenten des Bundesrechnungshofes Rechenschaft schuldig.

Die Mittel für den Bundesnachrichtendienst sind dagegen um fast sechs Millionen Mark heraufgesetzt worden, sie betragen für das nächste Rechnungsjahr über 58 Millionen. Ein weiterer Geheimfonds des Kanzlers für „allgemeine Zwecke" ist mit 250 000 Mark unverändert geblieben. Für Auslandsreisen stehen wieder 450 000 Mark und für „außergewöhnlichen Aufwand" 140 000 Mark zur Verfügung. Runde 10 000 Mark sind für die Benutzung von Sonderzügen durch den Bundeskanzler eingesetzt.

Neue Wagen können sich Adenauer und das Bundeskanzleramt in diesem Jahr nicht leisten — für diesen Zweck waren im laufenden Haushalt 35 700 Mark bereitgestellt worden. Die Aufklärung der Bevölkerung über Verteidigungsfragen wird sieben Jahre nach Bildung der Bundeswehr immer noch für notwendig gehalten. So sind für 1963 wieder über sieben Millionen Mark für die Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen eingesetzt worden.

Frankfurter Rundschau v. 17. X. 62.

## II

### Flugzeuge und Raketen

Weitere zwei Milliarden Mark will Bundesverteidigungsminister Strauß im kommenden Jahre für die Beschaffung von Flugzeugen und Raketen ausgeben. Im laufenden Jahre standen ihm dafür nur 1,7 Milliarden Mark zur Verfügung.

Der Mittag v. 19. X. 62.

## III

### Doch Steuererhöhungen

Bundesfinanzminister Starke hat gestern abend in München vor der 73. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), der Spitzenorganisation der 81 deutschen Industrie- und Handelskammern, erstmals gewisse Bedenken geäußert, ob es möglich sein werde, Steuererhöhungen auch künftig zu vermeiden.

Über das Jahr 1963 sei man bereits mit der Beschränkung des Bundeshaushaltes auf 56,8 Mrd. DM hinweg, und er hoffe auch, daß dies 1964 gelinge; aber der Minister hat offensichtlich gewisse Befürchtungen wegen finanzieller Auswirkungen der bevorstehenden Reise des Bundeskanzlers nach Washington, verstärkt durch die Tatsache, daß kürzlich ein Brief des amerikanischen Präsidenten an die Bundesregierung über den deutschen Verteidigungsbeitrag eingegangen ist.

Die für 1963 vorgesehene Steigerung des Verteidigungshaushaltes von 14 auf 17 Mrd. DM ist, so meint Starke, „noch nicht das letzte Wort" im Hinblick auf das, was die Verteidigungsbereitschaft erfordert. Der Minister erklärte, die Forderung „keine Steuererhöhung" müsse auch im Zusammenhang mit diesen beiden Ereignissen gesehen werden.

Nürnberger Nachrichten v. 19. X. 62.

## IV

### Luftschutz

Die verstärkten Luftschutzbemühungen der Bundesregierung finden auch im Bundeshaushalt 1963 ihren Niederschlag. Im Haushalt des Bundesinnenministeriums für 1963 sind die Ansätze für die Aufwendungen des Bundesluftschutzverbandes gegenüber 1962 um mehr als fünf Millionen auf 24,6 Millionen Mark erhöht. Für die Errichtung einer zentralen Ausbildungsstätte des Bundes für den Luftschutzhilfsdienst sind 1,5 Millionen gegenüber 0,5 Millionen Mark im laufenden Jahr veranschlagt. Die Ausgaben des Bundesamts für zivilen Bevölkerungsschutz erhöhen sich um rund 23 Millionen auf 128,3 Millionen Mark.

Im Haushalt „Zivile Notstandsplanung" sind 1963 für die Instandsetzung von Luftschutzbunkern und für die Errichtung neuer Luftschutzbauten 39,7 Millionen Mark Bundesmittel vorgesehen. Das sind fast vier Millionen mehr als 1962. Die Zuwendungen zur Errichtung von öffentlichen Luftschutzbauten in Verbindung mit unterirdischen Verkehrsanlagen und Tiefgaragen sind sogar um über neun Millionen Mark höher als 1962. Die Aufwendungen für Luftschutzerprobungsbauten verdoppeln sich gegenüber dem laufenden Jahr auf nahezu 8,3 Millionen Mark.

Auch die Aufklärung der Bevölkerung über die freiwillige Lebensmittel-Bevorratung in den Haushalten soll verstärkt werden. Der Haushalt „Zivile Notstandsplanung" sieht für diese Zwecke 2,5 Millionen Mark vor, 1962 waren es 300 000 Mark.

Der Mittag v. 22. X. 62.

## V

### Notstandsplanung

Die Bundesregierung will im nächsten Jahre für die Notstandsplanung insgesamt 698,3 Millionen DM ausgeben. Das sind 18 Millionen DM mehr als 1962. Der größte Teil davon entfällt auf das Innenministerium, in dessen Bereich der Luftschutz und die Vorsorge für den Notstand fallen. Bundesinnenminister Höcherl hat dafür 358 Millionen DM geplant (44 Millionen mehr als 1962). Die Notstandsplanung auf dem Gebiete des Verkehrs kostet 135 Millionen, die Sicherung von

Nachrichtenverbindungen 112 Millionen DM. Für Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Ernährung sind 61 Millionen DM eingeplant (42,5 Millionen weniger als 1962). Am Schluß rangieren das Wirtschaftsministerium, das 23 Millionen DM ausgeben will, und die Luftschutzbauten für die Zivilbevölkerung, für die 8 Millionen DM eingeplant sind.

Frankfurter Rundschau v. 23. X. 62.

### VI

### Kasernen, Depots, Wehrtechnische Forschung

Das Bundesverteidigungsministerium will im kommenden Jahr wesentlich mehr Geld für den Bau neuer Kasernen, Flugplätze, Marineanlagen sowie Waffen- und Versorgungsdepots ausgeben. Von den 17 Milliarden DM gesamter Verteidigungsausgaben für 1963 sind allein 2,84 Milliarden DM für Bauten aller Art vorgesehen. Gegenüber 1962 sollen diese Ausgaben um 624 Millionen DM erhöht werden.

Neben dem verstärkten Ankauf von Munition aller Art will das Bundesverteidigungsministerium vor allem die Entwicklung und Erprobung neuer Waffen verbessern. Allein der Betrag für die wehrtechnische Entwicklung von Waffen wurde von 222 Millionen auf 527 Millionen DM erhöht. Auch die Mittel für die wehrtechnische Forschung wurden von 52 auf 70 Millionen DM heraufgesetzt. Diese Gelder können auch für die Forschung auf dem Gebiete der Kernphysik verwendet werden.

Frankfurter Rundschau v. 23. X. 62.

### VII

### Neue Waffenkäufe in USA

Die Bundesrepublik wird auch in den nächsten zwei Jahren amerikanische Waffen und Dienstleistungen im Werte von rund 600 Millionen Dollar pro Jahr kaufen. Wie der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Gilpatric vor der Presse mitteilte, ist das bisherige Zweijahresabkommen, das Ende Dezember ausläuft, um weitere zwei Jahre verlängert worden.

Deutsche Zeitung v. 25. X. 62.

### VIII

### Weitere Vorgriffe

Nach den vorsichtigen Andeutungen von Bundesfinanzminister Starke vor dem Bundesrat ist mittlerweile nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Bundeswehr in Anbetracht der Kuba-Krise mit den ihr für 1962 zugestandenen 15 Milliarden DM nicht auskommen wird. Ähnlich wie schon im vergangenen Jahr nach der Errichtung der kommunistischen Sperrmauer in Berlin, dürfte der Finanzminister abermals genötigt sein, im Vorgriff auf den Etat 1963 weitere Mittel bereitzustellen. Ende 1961 hatte der Bundesverteidigungsminister zusätzlich rund 700 Mill. DM erhalten. Davon wurden ihm etwas mehr als 500 Mill. DM auf den diesjährigen Haushalt angerechnet, so daß der Bundeswehr im laufenden Jahr nur knapp 14,5 Milliarden DM für neue Ausgaben tatsächlich zur Verfügung stehen.

Der Umfang des diesjährigen Vorgriffs, der im Etat 1963 abgedeckt werden muß, läßt sich zwar noch nicht konkret übersehen. Er dürfte jedoch mit Sicherheit um mehrere hundert Millionen höher ausfallen als 1961. Um diesen Betrag muß dann der bisher auf 17 Milliarden DM veranschlagte Verteidigungsetat für 1963 aufgestockt werden.

Deutsche Zeitung v. 29. X. 62.

## IX

### Stoltenberg bestätigt „Vorgriffe"

Dieser Tage wurde Strauß vom Bundeskabinett beauftragt, verschiedene Maßnahmen für die Verteidigung der Bundesrepublik zu beschleunigen.

In einer Rundfunkansprache faßte als Mitglied des Haushaltausschusses des Parlaments der CDU-Bundestagsabgeordnete Stoltenberg die dadurch gegebene Situation in einigen knappen Strichen zusammen. Seit einigen Monaten, betont Stoltenberg, verzeichnen wir die erfreuliche Tatsache, daß bestimmte Planungen, bestimmte Beschaffungs- und Bauprogramme der NATO schneller vorankommen, als zunächst erwartet werden konnte. So braucht der Verteidigungsminister bereits gegen Ende dieses Jahres wahrscheinlich einen Vorgriff von einigen hundert Millionen DM auf den Etat 1963. Wenn der Aufbau der Bundeswehr so zügig wie möglich vorangehen soll, wird man diesen Betrag — ob er 700, 800 oder 900 Millionen umfaßt, ist noch genau zu prüfen — 1963 zusätzlich zu den 17 Milliarden bewilligen müssen. Eine solche Steigerung des Verteidigungsetats wird vielleicht teilweise durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen werden können, sie dürfte aber doch zu einer begrenzten Ausweitung des Haushalts über die vielzitierte „magische Grenze" von 6,8 Milliarden hinaus führen.

Christ und Welt v. 2. XI. 62.

Rechtsanwalt Heinrich Hannover

# Zum Entwurf eines „Gesetzes über den Zivildienst im Verteidigungsfall"

Rechtzeitig vor der letzten Bundestagswahl waren zwei Gesetzentwürfe aus der öffentlichen Diskussion gezogen worden, mit denen es dem damaligen Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder gelungen war, Opposition auf den Plan zu rufen: Das Notstandsgesetz und das Notdienstgesetz.

Inzwischen liegt einer der beiden Entwürfe unter neuem Namen wieder vor: Aus dem Notdienstgesetz ist ein Zivildienstgesetz geworden (Drucksache IV/450). Das neue Zivildienstgesetz unterscheidet sich vom Entwurf des Ministers Schröder (Drucksache 1806, 3. Wahlperiode) nur durch geringfügige Änderungen, die peinlich wirken, wenn man die Tendenz durchschaut, dem Bundesbürger nach Möglichkeit den Blick für das Wesen dieses Gesetzentwurfs zu verschleiern. Am peinlichsten vielleicht ist der neue Name, der den guten Klang einer traditionsreichen Institution (des von einem Schweizer Kriegsdienstverweigerer nach dem I. Weltkrieg gegründeten „Internationalen Zivildienstes") und das nicht minder ehrwürdige Wort „Zivil" für eine militante obrigkeitsstaatliche Organisierung und Mobilmachung der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung mißbraucht. Auch Verwechslungen mit dem sog. „zivilen Ersatzdienst" für anerkannte Kriegsdienstverweigerer werden durch den neuen Namen des Gesetzes nahegelegt. Es sollte darum rechtzeitig ausgesprochen werden, daß sich unter dem verharmlosenden Titel „Zivildienstgesetz" eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ankündigt, deren Ausmaße bisher noch nicht allgemein erkannt zu sein

# Erklärung der Redaktion der „Blätter für deutsche und internationale Politik" zur „Spiegel"-Affäre

Die „Aktion Spiegel", begonnen am Abend des 26. Oktober 1962, war im doppelten Sinne des Wortes eine „Nacht-und-Nebel"-Aktion. Offensichtlich hielten die für sie Verantwortlichen „Nacht und Nebel" der weltpolitischen Kuba-Krise für den richtigen Augenblick, ohne allzu großes internationales Aufsehen gegen das unbequeme Hamburger Nachrichten-Magazin vorzugehen. Dieses Vorgehen wurde eingeleitet von einer Behörde, an deren Spitze bis vor kurzem ein Mann gestanden hat, der unter beschämenden Umständen als Helfershelfer der Nazi-Justiz entlarvt worden ist.

Auch das gehört zu den Begleitumständen der „Aktion Spiegel", die, eine einzige chronique scandaleuse, undenkbar in jeder anderen westlichen Demokratie, längst zu einem eigenen „Falle" geworden sind. Von der z. T. bis heute andauernden bürgerkriegsartigen Besetzung der „Spiegel"-Redaktion etc. bis zu der noch immer ungeklärten Verhaftung des Redakteurs Conrad Ahlers auf spanischem Boden, von der in den Redaktionsräumen ausgeübten grundgesetzwidrigen Vorzensur bis zu dem nach einigen Tagen bekannt gewordenen Verhalten der hohen Ministerialbürokratie gegenüber dem Justizminister — eine beispiellose Kette von Verfassungsverletzungen, Verstößen gegen die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik!

Es geht nicht an, hier von den „Begleitumständen" als quasi unerfreulicher Nebensache zu sprechen, von der der „Kern", d. h. der Landesverratsverdacht zu trennen sei. Denn gerade die „Begleitumstände" sind es, die, wie immer es um die Stichhaltigkeit des Verdachtes selbst stehen mag, bei derartigen Aktionen den Rechtsstaat als solchen ausweisen — oder nicht. Damit ist das Urteil über die für die „Aktion Spiegel" Verantwortlichen bereits gesprochen. Denn hier handelt es sich nicht um einzelne Ungeschicklichkeiten untergeordneter Instanzen, sondern um ein System von Übergriffen, deren jeder einzelner für sich schon genügen würde, ernsteste Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik zu erwecken. Und nicht genug damit, daß diese Übergriffe in schnöder Offenheit begangen worden sind, bis heute gibt es keine Anzeichen dafür, daß die für sie wirklich Verantwortlichen gebührend zur Rechenschaft gezogen werden. Schließlich sind die Manipulationen und Verlautbarungen post festum teilweise nicht weniger empörend als die Umstände der Aktion selbst.

Ist die Unrechtmäßigkeit des Vorgehens der Behörden in zahlreichen Fällen schon heute eindeutig erwiesen, so andererseits die Anschuldigung gegen die inhaftierten Redakteure bis heute nur höchst mager begründet. Rudolf Augstein und die anderen Inhaftierten sind bis zur Stunde beschuldigt, aber weder angeklagt, noch überführt, geschweige verurteilt. Und nicht nur das. Ohne daß der zu erwartenden juristischen Anklage und dem Urteil gegen die „Spiegel"-Redakteure vorgegriffen werden kann, muß heute doch bereits das folgende gesagt werden: Die Problematik derjenigen gesetzlichen Bestimmungen, nach denen sie beschuldigt, angeklagt und womöglich verurteilt werden, ist nicht zu bestreiten. Die Erfahrungen der Weimarer Republik wie der Nazi-Zeit und schließlich auch die völlig neuen weltpolitischen und nationalpolitischen Gegebenheiten der Nachkriegszeit haben uns über die Relativität des „Landesverrats"-Begriffs belehrt. Und die ganze Fragwürdigkeit der heute noch geltenden gesetzlichen Bestimmungen in dieser Sache ist gerade jetzt, in Nummer 45/62 des „Spiegel", von dem hessischen Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer, einem der aufrechtesten Demokraten in

diesem Lande, dargelegt worden. Diese vage formulierten Bestimmungen lassen eine einseitige taktisch-politische Auslegung und Anwendung zu, d. h. sie lassen sich leicht als politische Waffe zur Ausschaltung unbequemer politischer Gegner mißbrauchen. Nicht zum erstenmal in Deutschland wäre es, daß man, indem man von „Landesverrat" spricht, „Vaterland" sagt — und die eigene unbeschränkte Macht meint. Es kommt hinzu, daß offensichtlich nach Lage der Dinge heute das Bundesverteidigungsministerium über die Anwendbarkeit dieser Bestimmungen entscheidet, dieselbe Behörde, der mit Franz Josef Strauß der Mann vorsteht, dessen Amtsführung, ja dessen Aufrüstungs-Konzeption der „Spiegel" seit langem unnachsichtig bekämpft hat.

Damit ist der p o l i t i s c h e Kern der „Spiegel"-Affäre berührt. Zumal im westlich-demokratischen Ausland ist die Aktion gegen den „Spiegel" gerade auf Grund der unglaublichen Begleitumstände als Versuch des Ministers Strauß verstanden worden, sich eines besonders unbequemen Gegners zu entledigen.

Es geht hier nicht mehr allein um die Pressefreiheit, sondern es geht tatsächlich um die Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik — aber in einem anderen als dem heute von Bonner Seite behaupteten Sinne! Die deutsche Öffentlichkeit hat ein Recht, einen Anspruch auf gründliche und wahrheitsgemäße Unterrichtung über Sicherheits- und Verteidigungsfragen, und zwar gerade auf Grund der besonderen deutschen Situation. Anders gesagt: eine f r e i e Diskussion und Urteilsbildung über diese entscheidenden Fragen ist im Lebensinteresse des deutschen Volkes. Wie wenige andere Zeitungen hat gerade der „Spiegel" diese Aufgabe erfüllt, im Gegensatz zu den Verschleierungs-Praktiken der Bundesregierung. Die Selbstausschaltung der parlamentarischen Opposition hat ihm als Mahner und Warner vor den verhängnisvollen Konsequenzen der Aufrüstungspolitik eine besondere Bedeutung gegeben. Und der inkriminierte Aufsatz über das NATO-Manöver „Fallex 62" hat mit der absoluten Unzulänglichkeit der heutigen, von Franz Josef Strauß zu verantwortenden militärpolitischen Planung in der Bundesrepublik indirekt die ganze Unsinnigkeit einer j e d e n solchen militärischen Vorbereitung auf den „Ernstfall", damit aber die ganze, sachlich, durch die deutsche Situation bedingte, Absurdität der Wiederaufrüstungspolitik aufgezeigt.

Wir fragen: wer gefährdet die innere Sicherheit der Bundesrepublik, ihre freiheitliche Grundordnung: diejenigen, die, wie der „Spiegel", schonungslos die zahllosen Mißstände in diesem Lande, anti-demokratische Machenschaften, Korruption etc. aufdecken — oder diejenigen, die für diese Mißstände verantwortlich sind und ihre Kritiker mundtot zu machen versuchen?

Wer bedroht die äußere Sicherheit, die äußere Freiheit der Bundesrepublik: diejenigen, die auf die Unzulänglichkeit und Unsinnigkeit einer sogenannten Verteidigungspolitik (der „Stärke") hinweisen, das deutsche Volk beschwörend warnen vor den Illusionen und Konsequenzen dieser Politik — oder diejenigen, die für die Aufrüstung und alle ihre Folgen verantwortlich sind?

Die „Aktion Spiegel" ist für alle die nicht überraschend gekommen, die seit Jahren mit wachsender Besorgnis die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik, die fortschreitende Zerrüttung, zum Teil bereits offene Korrumpierung der demokratischen Ordnung von oben, alle die sich häufenden Versuche, die Gegner der Regierungspolitik zum Schweigen zu bringen, verfolgt haben. Die „Aktion Spiegel" ist nur der nun für jedermann erkennbare und unmißverständliche H ö h e p u n k t dieser Entwicklung. Sie hat dem zunehmenden Argwohn aller Demokraten in der Bundesrepublik nur allzusehr recht gegeben. Und die Erfahrungen dieser Wochen verpflichten nun zu einer noch größeren und aktiveren Wachsamkeit. Einmal mehr hat die „Spiegel"-Affäre gezeigt, von welcher

Seite in diesem Lande Sicherheit und Freiheit, unter dem Vorwande sie zu schützen, bedroht werden!

In diesem Zusammenhange ist auch die Notstandsgesetzgebung zu sehen, auf deren Verabschiedung die Bundesregierung z. Z. mehr denn je drängt. Wenn es noch des Beweises für die Gefährdung der demokratischen Ordnung durch dieses Vorhaben bedurft hätte, dann hat die „Aktion Spiegel" ihn drastisch genug gegeben. Wir alle wissen nun, was wir von dieser Regierung, von dieser Ministerialbürokratie zu erwarten haben, wenn sie die Handhabe besitzen, nach der sie jetzt verlangen. Es gibt kein Notstandsgesetz an sich, in einem politisch luftleeren Raum. Das jetzt vorbereitete Gesetz würde ein Instrument in der Hand jener, die abermals demonstriert haben, wie wenig vertrauenswürdig sie sind. Die Notstandsgesetzgebung würde endgültig jede demokratische Diskussion und Meinungsbildung, vor allem über die schicksalsschweren Fragen der Sicherheitspolitik, ersticken, uns alle der Anmaßung, dem machtpolitischen Mutwillen der heute Herrschenden ausliefern.

Daraus ergeben sich die ersten Konsequenzen, die aus der noch unabgeschlossenen „Spiegel"-Affäre zu ziehen sind. Nicht zuletzt am Ausgang der „Aktion Spiegel" wird abzulesen sein, wie es um die Chancen für Frieden und Freiheit in diesem Lande bestellt ist. Wenn es den Verantwortlichen gelingen sollte, die Aktion zu dem von ihnen beabsichtigten Ende zu führen, dann wehe uns allen. Dann wird die „Spiegel"-Affäre nur der Anfang gewesen sein . . .

Zweifellos werden die Gegner des „Spiegel" auch diesmal versuchen, die im Augenblick zahlreichen Kritiker der Aktion einzuschüchtern und mit der Zeit „mürbe" zu machen, sie allmählich auf andere Fragen abzulenken. Um so notwendiger ist es, daß der Widerstand gegen diese Praktiken der Verantwortlichen nicht abnimmt, sondern noch stärker, eindeutiger und geschlossener wird. Nur dann ist dieser Staat noch zu bewahren vor dem Versinken der Willkür, Unsicherheit, Unfreiheit.

Köln, 6. November 1962 Dr. Achim v. Borries · Johannes Weidenheim

## IX

### Stoltenberg bestätigt „Vorgriffe"

Dieser Tage wurde Strauß vom Bundeskabinett beauftragt, verschiedene Maßnahmen für die Verteidigung der Bundesrepublik zu beschleunigen.

In einer Rundfunkansprache faßte als Mitglied des Haushaltausschusses des Parlaments der CDU-Bundestagsabgeordnete Stoltenberg die dadurch gegebene Situation in einigen knappen Strichen zusammen. Seit einigen Monaten, betont Stoltenberg, verzeichnen wir die erfreuliche Tatsache, daß bestimmte Planungen, bestimmte Beschaffungs- und Bauprogramme der NATO schneller vorankommen, als zunächst erwartet werden konnte. So braucht der Verteidigungsminister bereits gegen Ende dieses Jahres wahrscheinlich einen Vorgriff von einigen hundert Millionen DM auf den Etat 1963. Wenn der Aufbau der Bundeswehr so zügig wie möglich vorangehen soll, wird man diesen Betrag — ob er 700, 800 oder 900 Millionen umfaßt, ist noch genau zu prüfen — 1963 zusätzlich zu den 17 Milliarden bewilligen müssen. Eine solche Steigerung des Verteidigungsetats wird vielleicht teilweise durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen werden können, sie dürfte aber doch zu einer begrenzten Ausweitung des Haushalts über die vielzitierte „magische Grenze" von 6,8 Milliarden hinaus führen.

Christ und Welt v. 2. XI. 62.

Rechtsanwalt Heinrich Hannover

# Zum Entwurf eines „Gesetzes über den Zivildienst im Verteidigungsfall"

Rechtzeitig vor der letzten Bundestagswahl waren zwei Gesetzentwürfe aus der öffentlichen Diskussion gezogen worden, mit denen es dem damaligen Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder gelungen war, Opposition auf den Plan zu rufen: Das Notstandsgesetz und das Notdienstgesetz.

Inzwischen liegt einer der beiden Entwürfe unter neuem Namen wieder vor: Aus dem Notdienstgesetz ist ein Zivildienstgesetz geworden (Drucksache IV/450). Das neue Zivildienstgesetz unterscheidet sich vom Entwurf des Ministers Schröder (Drucksache 1806, 3. Wahlperiode) nur durch geringfügige Änderungen, die peinlich wirken, wenn man die Tendenz durchschaut, dem Bundesbürger nach Möglichkeit den Blick für das Wesen dieses Gesetzentwurfs zu verschleiern. Am peinlichsten vielleicht ist der neue Name, der den guten Klang einer traditionsreichen Institution (des von einem Schweizer Kriegsdienstverweigerer nach dem I. Weltkrieg gegründeten „Internationalen Zivildienstes") und das nicht minder ehrwürdige Wort „Zivil" für eine militante obrigkeitsstaatliche Organisierung und Mobilmachung der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung mißbraucht. Auch Verwechslungen mit dem sog. „zivilen Ersatzdienst" für anerkannte Kriegsdienstverweigerer werden durch den neuen Namen des Gesetzes nahegelegt. Es sollte darum rechtzeitig ausgesprochen werden, daß sich unter dem verharmlosenden Titel „Zivildienstgesetz" eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ankündigt, deren Ausmaße bisher noch nicht allgemein erkannt zu sein

scheinen. Während der Regelung des Notstandsproblems ein waches Mißtrauen der parlamentarischen Opposition und der Gewerkschaften entgegenschlägt, das sich an Erinnerungen aus den Tagen der Weimarer Republik knüpft, ist das Wesen des sog. Zivildienstgesetzes bisher offenbar nur für Wenige durchschaubar.

Während man über ein Notstandsgesetz sprechen kann, ja vielleicht sogar sprechen muß, und die wohlfundierten Überlegungen, die Adolf Arndt in seinem Beitrag „Demokratie — Wertsystem des Rechts" (in „Notstandsgesetz — aber wie?", Köln 1962) angestellt hat, als beachtliche Diskussionsgrundlage gelten können, ist bei dem sog. Zivildienstgesetz nicht die Frage des „Wie", sondern schon die Frage des „Ob" dringlich. Bevor man über diesen Gesetzentwurf überhaupt in eine Diskussion eintritt, sollte man sich darüber klar werden, daß mit Zustimmung zur Grundkonzeption dieses Gesetzes das Todesurteil über die Demokratie gesprochen ist.

## Der wesentliche Inhalt des Gesetzentwurfs

Nach § 1 des Entwurfs sind Personen, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes ihren ständigen Aufenthalt haben, nach Maßgabe dieses Gesetzes verpflichtet, Zivildienst zu leisten. Die Zivildienstpflicht erfaßt alle Männer vom 18. bis zum 65. und Frauen vom 18. bis zum 55. Lebensjahr (§ 9).

Befreit sind nach § 15 lediglich Schwerbeschädigte und Schwererwerbsbeschädigte, sowie Geistliche evangelischen und römisch-katholischen Bekenntnisses und anderer Bekenntnisse unter bestimmten näher bezeichneten Voraussetzungen. Frauen vom Beginn der Schwangerschaft an bis 4 Monate nach der Niederkunft sowie Mütter mit einem oder mehreren Kindern bis zu 6 Jahren, die mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft leben, sowie Frauen, die mit einem oder mehreren Kindern unter 15 Jahren in häuslicher Gemeinschaft leben, deren Betreuung während der Zivildienstleistung nicht gewährleistet ist, können vom Zivildienst zurückgestellt werden (§ 16).

Gegenstand des Zivildienstes sollen sein: „Dienstleistungen nichtmilitärischer Art für lebens- und verteidigungswichtige Aufgaben im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Streitkräfte einschließlich der verbündeten Streitkräfte sowie für Aufgaben im nichtöffentlichen Bereich, die dem Schutz und der Versorgung der Zivilbevölkerung oder der Herstellung und Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft dienen" (§ 3 Abs. 1). Derartige Zivildienstleistungen sollen gefordert werden können

a) wenn der Eintritt des Verteidigungsfalles festgestellt ist,
b) durch eine fremde bewaffnete Macht Feindseligkeiten gegen die Bundesrepublik eröffnet sind oder
c) die Bundesregierung festgestellt hat, daß Zivildienstleistungen für die im § 3 Abs. 1 bezeichneten Aufgaben den Umständen nach dringend erforderlich sind (§ 4).

Zivildienst kann nach § 5 gefordert werden

1. innerhalb eines bestehenden Dienstverhältnisses als Beamter oder innerhalb eines bestehenden Arbeitsverhältnisses als Arbeitnehmer,
2. in einem neu zu begründenden Arbeits- oder Beamtenverhältnis,
3. in einem Hilfsdienstverhältnis.

Der Zivildienst in einem Hilfsdienstverhältnis kann als langfristiger oder als kurzfristiger Zivildienst gefordert werden. Unter langfristigem Zivildienst versteht der Gesetzentwurf eine Verpflichtung für einen längeren Zeitraum als zwei Wochen, wenn die bisherige berufliche Tätigkeit wesentlich beeinträchtigt wird oder die Arbeitskraft des Zivildienstpflichtigen erheblich in Anspruch genommen wird.

Schon im „Frieden" kann die Heranziehung zu sog. „Ausbildungsveranstaltun-

gen" bis zur Dauer von jährlich 100 Stunden (oder bei ganztägiger Ausbildung bis zur Dauer von insgesamt 14 Tagen) erfolgen. Die „Erstausbildung" kann bis zu 200 Stunden oder 28 Tagen betragen (§§ 3 Abs. 2 und 7). Der Entwurf des Ministers Schröder hatte auch für die „Erstausbildung" nur eine Höchstdauer von 100 Stunden bzw. 14 Tagen vorgesehen.

Heranziehungsbehörden sind die Arbeitsämter oder in bestimmten Fällen die zuständige Dienststelle des Dienstherrn oder Arbeitgebers (§ 10). Zivildienstberechtigter ist derjenige, dem ein Zivildienstpflichtiger von der Heranziehungsbehörde zugewiesen wird (§ 12).

Die Inhaber oder Leiter von Betrieben sowie die Haushaltungsvorstände haben den Arbeitsämtern auf Verlangen Auskünfte zu erteilen, die erforderlich sind, um über die Heranziehung und Zuweisung von Zivildienstpflichtigen entscheiden zu können (§ 18 Abs. 1). Die Heranziehung zum Zivildienst erfolgt durch einen schriftlichen Bescheid, der „soweit möglich" die voraussichtliche Dauer der Dienstleistung bezeichnen soll (§ 21 Abs. 1). In dringenden Fällen oder zu Ausbildungszwecken kann ein Zivildienstpflichtiger mündlich, fernmündlich, auf dem Funkwege oder durch öffentlichen Aufruf in der Presse, im Rundfunk oder in einer sonstigen geeigneten Weise herangezogen werden (§ 21 Abs. 3). Schon vor der Heranziehung kann ein sog. Bereithaltungsbescheid ergehen, durch den der Zivildienstpflichtige zu einer Dienstleistung eingeteilt wird (§§ 6 und 23).

Die Verpflichtung, sich zur Vorbereitung der Heranziehung vorzustellen oder sich ärztlich untersuchen zu lassen (§ 19 Abs. 1), kann durch polizeiliche Vorführung erzwungen werden (§ 25). Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Verwaltungsakte im Heranziehungsverfahren haben keine aufschiebende Wirkung, die Berufung gegen das Urteil und die Beschwerde gegen eine andere Entscheidung des Verwaltungsgerichts sind ausgeschlossen (§ 28).

In § 29 ist die allgemeine Verpflichtung des Zivildienstpflichtigen wie folgt umschrieben:

> „Der Herangezogene ist verpflichtet, die ihm von dem Zivildienstberechtigten übertragenen Aufgaben nach besten Kräften zu erfüllen und hierbei, soweit zumutbar, auch Gefahren auf sich zu nehmen" (§ 29 Abs. 1).

Sodann enthält das Gesetz Vorschriften über das Rechtsverhältnis der zum Zivildienst Herangezogenen zum Zivildienstberechtigten, wobei der Zivildienst innerhalb eines bestehenden Dienst- oder Arbeitsverhältnisses vom Zivildienst in einem neu zu begründenden Arbeitsverhältnis oder Beamtenverhältnis auf Widerruf und vom Zivildienst in einem Hilfsdienstverhältnis unterschieden wird. Die Heranziehung innerhalb eines bestehenden Dienst- oder Arbeitsverhältnisses bewirkt, daß das Dienst- oder Arbeitsverhältnis nur mit Zustimmung der Heranziehungsbehörde beendet werden kann (§ 30). Der in einem Hilfsdienstverhältnis Herangezogene ist auf Anordnung des Zivildienstberechtigten verpflichtet, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen, an einer Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen oder Arbeitskleidung zu tragen. Der Herangezogene hat Arbeitskleidung und Handwerksgeräte, die zur Ausführung des Zivildienstes erforderlich sind, auf Verlangen des Zivildienstberechtigten mitzubringen und zu verwenden (§ 37). Verletzt ein in einem Hilfsdienst Herangezogener während der Heranziehung seine Dienstpflichten, so hat er dem Zivildienstberechtigten den daraus entstehenden Schaden insoweit zu ersetzen, als ihm Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt. Haben mehrere Herangezogene den Schaden verursacht, so haften sie als Gesamtschuldner (§ 38).

Der Gesetzentwurf enthält weiter Vorschriften über Geld- und Sachbezüge, Heilfürsorge und Reisekosten, die den zum langfristigen Zivildienst Herangezogenen zustehen, wobei die Vorschriften des Wehrsoldgesetzes und andere für

Soldaten geltende Regelungen entsprechend herangezogen werden (§§ 40, 42). Bei kurzfristigem Zivildienst soll das Arbeitsentgelt vom Arbeitgeber weitergezahlt werden, dem unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf Erstattung zustehen soll.

Der 4. Abschnitt des Gesetzentwurfs behandelt Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung und Versorgung während des Zivildienstes.

Im 5. Abschnitt schließlich sind die Strafbestimmungen bei Verletzung der Zivildienstpflicht, der Geheimhaltungspflicht oder für Ordnungswidrigkeiten niedergelegt.

Der „Entfernung von der Truppe" entspricht die Bestimmung des § 63 Abs. 1: „Wer als zum Zivildienst Herangezogener eigenmächtig ohne zwingenden Grund seine Dienst- oder Arbeitsstelle verläßt oder ihr fernbleibt und vorsätzlich oder fahrlässig länger als 3 volle Kalendertage abwesend ist, wird mit Gefängnis oder Einschließung bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft; dasselbe gilt, wenn der Täter vorsätzlich länger als einen vollen Kalendertag abwesend ist, obwohl er auf die Strafbarkeit der Abwesenheit von der Heranziehungsbehörde ausdrücklich hingewiesen worden ist. Ist der Täter vorsätzlich oder fahrlässig länger als einen Monat abwesend, so ist die Strafe Gefängnis oder Einschließung bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe." Auch die „Fahnenflucht" findet ihre Entsprechung: „Wer als zum Zivildienst Herangezogener eigenmächtig seine Dienst- oder Arbeitsstelle verläßt oder ihr fernbleibt, um sich der Zivildienstpflicht dauernd zu entziehen, wird mit Gefängnis oder Einschließung bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft" (§ 63 Abs. 2). Mit Gefängnis oder Einschließung bis zu einem Jahr oder Geldstrafe wird bestraft, wer sich „ohne anerkennenswerten Grund beharrlich weigert, seine ihm aufgetragene Dienstleistung zu erfüllen" (§ 63 Abs. 3). Mit Gefängnis oder Einschließung bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen soll bestraft werden, „wer durch die Tat vorsätzlich oder fahrlässig eine Gefahr für die Durchführung einer der im § 3 Abs. 1 bezeichneten Aufgaben für Leib oder Leben eines anderen oder für fremde Sachen von bedeutendem Wert herbeiführt" (§ 63 Abs. 4).

## Beurteilung des Gesetzentwurfs

### I.

Der ursprüngliche Name „Notdienstgesetz" appellierte durch die Verwendung des Wortes „Not" an den Opfersinn des Staatsbürgers. In der „Not" muß jeder Hand anlegen und mithelfen, eine schwierige Situation für die Gemeinschaft, einen Schicksalsschlag, der die Bevölkerung oder Teile der Gesamtbevölkerung betroffen hat, zu lindern und zu wenden. Das sind Grundsätze, die jeder bejahen wird, wenn er an Naturkatastrophen wie Sturmfluten oder Erdbeben denkt, da die Lasten nicht nur durch die Zufälligkeiten solcher Katastrophen, sondern auch durch den Mangel an Gemeinsinn zu ungleichmäßig verteilt würden, wenn nicht durch zentrale Maßnahmen der Exekutive eine gleichmäßige Belastung aller gewährleistet würde. Aber diese Grundgedanken haben bei dem vom Bundesinnenministerium vorgelegten Gesetzentwurf keinesfalls Pate gestanden. Einmal ist der Gesetzentwurf ausdrücklich zugeschnitten auf den zum „Verteidigungsfall" hinaufgeschönten Fall des Krieges, also eine Situation, die durchaus nicht schicksalhaft ist, zum andern ist die gleichmäßige Belastung aller Bevölkerungsschichten nicht einmal angestrebt, sondern im Gegenteil eine Privilegierung der Unternehmer als „Zivildienstberechtigte" gegenüber den zu „Zivildienstpflichtigen" degradierten Arbeitnehmern vorgesehen, die das Schreckgespenst einer mit Zwangsgewalt aufrechterhaltenen Klassengesellschaft so anschaulich macht, wie es sich die Kommunisten nicht schöner wünschen können.

Nach dem Gesetzentwurf wird — und das ist ein Bedenken, das in gleicher Weise gegen die von der Bundesregierung vorgesehene Notstandsregelung gilt — im sog. Verteidigungs- oder Spannungsfall eben der Stelle diktatorische Zwangsgewalt übertragen, deren oberste politische Verpflichtung in der konkreten Situation, in der wir in Mitteleuropa heute stehen, die sein müßte, eine Politik der Ent-Spannung zu führen. Der Gesetzentwurf bietet also, ebenso wie der Notstandsgesetzentwurf Schröders, der Regierung eine Prämie für eine Politik am Rande des Abgrunds, eine Versuchung, der zu erliegen man nicht Adenauer oder Schröder zu heißen braucht. Die in dem Entwurf vorgesehene Ermächtigung der Bundesregierung, festzustellen, daß Zivildienstleistungen „den Umständen nach dringend erforderlich sind", ist überdies eine Blankovollmacht an die Bundesregierung, die es ihr gestatten würde, die totale Mobilmachung der arbeitenden Zivilbevölkerung schon vor Eintritt des „Verteidigungs"- oder „Spannungsfalles" anzuordnen. Die Fragwürdigkeit einer solchen Blankovollmacht wird auch dadurch kaum gemindert, daß die Feststellung aufgehoben werden soll, „wenn die Voraussetzungen hierfür entfallen oder wenn der Bundestag u n d der Bundesrat dies verlangen" (§ 4).

Im übrigen sollte auch die außenpolitische Wirkung dieses Gesetzentwurfes — der ja nur ein Teilstück der auf den Krieg zugeschnittenen Gesetzesflut ist, bei deren Lektüre man in erschreckender Weise an die Reichsgesetzblätter vom August 1939 erinnert wird — nicht übersehen werden. Je glaubwürdiger die Vorbereitung eines Krieges in der Bundesrepublik betrieben wird, desto größer muß die Sorge vor einem Angriffskrieg bei denen werden, die schon einmal das Opfer eines deutschen Überfalls geworden sind und gegen die sich erklärtermaßen alle Kriegsvorbereitungen richten. Es gibt Leute, die der Meinung sind, die Sowjets könnten ja schon deshalb keine Sorge in dieser Richtung haben, weil nach Art. 26 GG „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten", verfassungswidrig und unter Strafe zu stellen sind. Wenn w i r auch an diesen Artikel noch glauben mögen — obwohl die in Art. 26 GG geforderte Strafvorschrift bis heute vom Bundestag nicht geschaffen worden ist und eine entsprechende Petition Bremer Kriegsdienstverweigerer seit Jahren unbearbeitet dem Bundestag vorliegt —, Herr Chrustschow glaubt an deutsches Papier ebensowenig wie die Bundesregierung an russisches, und angesichts des Geredes von der „Vorwärtsstrategie" wird man ihn mit solchen Palmströmweisheiten („da nicht sein kann, was nicht sein darf") wohl kaum einschlummern können. Es geht also weniger darum, ob die herrschenden Kreise der Bundesrepublik guten Willens sind, als vielmehr darum, ob die Sowjets ihnen diesen guten Willen glauben. Und auf dem Wege zur Zerstörung der letzten Reste von gegenseitigem Vertrauen zwischen der Bundesrepublik und ihren östlichen Nachbarn wird uns das sog. Zivildienstgesetz ein gutes Stück weiterbringen. Auch die übrige Welt wird die Zeichen, die ein seine Kriegsmaschinerie perfektionierendes Deutschland an die Wand wirft, nicht immer so deuten wie wir es gern möchten.

## II.

Aber nicht nur die den Abrüstungs- und Befriedungsbemühungen der Weltmächte entgegenwirkende Tendenz des Gesetzentwurfs, auch und gerade seine innerstaatlichen Konsequenzen sind so gravierend, daß sie ein generelles Nein zu dieser Art von Notdienstgesetzgebung erfordern.

Nach dem Gesetzentwurf soll die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen organisiert werden können, die für alle Be-

troffenen ein — wie der Jurist sagt — besonderes Gewaltverhältnis begründen. Im besonderen Gewaltverhältnis aber gelten die Grundrechte nach herrschender Auffassung nur mit den Beschränkungen, die sich aus dem Wesen des besonderen Gewaltverhältnisses ergeben. Beispiele für besondere Gewaltverhältnisse sind die öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse des Beamten, des Richters und des Soldaten und die öffentlich-rechtlichen Anstaltsverhältnisse des Schülers, des Studenten, des Kranken und des Gefangenen. In allen diesen besonderen Gewaltverhältnissen sind bestimmte Bereiche der grundrechtlich geschützten Betätigungsfreiheit eingeschränkt, in besonders hohem Maße bei dem Insassen einer Strafanstalt, aber auch bei den anderen aufgeführten Beispielen ist die entweder aus dem Treueverhältnis oder aus der notwendigen Anstaltsdisziplin folgende Begrenzung der persönlichen Handlungsfreiheit ohne weiteres deutlich. Für das besondere Gewaltverhältnis des Soldaten etwa heißt es in einer Untersuchung über „Grundrechte und militärisches Statusverhältnis" von Siegfried Mann (Die Öffentliche Verwaltung, 1960, S. 409 f.), nachdem zuvor von der Notwendigkeit einer Einschränkung von Grundrechten gesprochen worden ist:

> „Diese Notwendigkeit folgt aus Wesen und Zweck des besonderen militärischen Lebensverhältnisses. Sein Zweck besteht in der Erfüllung der Aufgaben, die einer bewaffneten Macht herkömmlicherweise obliegen, d. h. vornehmlich darin, Vollzugsorgan aller kriegerischen Auseinandersetzungen des Staates zu sein und sich für diese Aufgabe, die das GG (Grundgesetz) auf reine Verteidigung beschränkt (vgl. Art. 26 Abs. 1 GG), stets bereitzuhalten. Das Wesen des militärischen Lebensverhältnisses wird dementsprechend gekennzeichnet von der Treue- und Gehorsamspflicht des besonders großen Anforderungen unterliegenden Soldaten und von der umfassenden Befehls- und Zwangsgewalt seiner Vorgesetzten ... Unverkennbar ist der personale Bezug dieses Verhältnisses. Die Person des Soldaten wird ergriffen, in den militärischen „Betrieb" eingegliedert und einer nur von der Person her zu verstehende Treuepflicht unterworfen, die ihre Entsprechung in der Fürsorgepflicht des Vorgesetzten und Dienstherrn hat. Die durch das GG umschriebenen Pflichten des so beschaffenen militärischen Statusverhältnisses schränken mithin die Grundrechte des Soldaten ein. Die Einschränkung beruht unmittelbar auf dem durch die Pflichten verkörperten Sinn und Zweck des militärischen Lebensverhältnisses."

Ganz Ähnliches wird man eines Tages von dem besonderen Gewaltverhältnis des Zivildienstpflichtigen sagen können. Die Aufgabe des Zivildienstes ist in der Begründung der Bundesregierung zu ihrem Gesetzentwurf wie folgt umrissen:

> „In einem Verteidigungsfall und auch schon in Zeiten internationaler Spannungen, die den Verteidigungsfall alsbald auszulösen drohen, muß gewährleistet sein, daß der Personalbedarf zur Erfüllung der lebens- und verteidigungswichtigen Aufgaben gedeckt werden kann. Während dieser Bedarf für die militärischen Dienstleistungen durch das Wehrpflichtgesetz gedeckt wird, fehlt für alle zivilen Dienstleistungen im öffentlichen und privaten Bereich bisher eine gesetzliche Grundlage. Die Lücke soll die Einführung einer Zivildienstpflicht schließen. Das Zivildienstgesetz ist somit ein Gegenstück zum Wehrpflichtgesetz" (Drucksache IV/450 S. 17).

Ebenso wie der Soldat mit dem Eintritt in das militärische Statusverhältnis der grundrechtseinschränkenden Befehls- und Zwangsgewalt seiner Vorgesetzten unterworfen wird, kann auch die gesamte männliche Zivilbevölkerung vom 18. bis zum 65. Lebensjahr (Frauen bis zum 55. Lebensjahr) in das durch die Heranziehung zum sog. Zivildienst begründete besondere Gewaltverhältnis eingegliedert werden, durch das ihre Grundrechte automatisch durch Sinn und Zweck des

Zivildienstverhältnisses begrenzt werden. Während man bis heute noch — wenn man sich gegen die schikanösen Auflagen der Polizei durchsetzt und sich durch politische Diffamierung nicht schrecken läßt — gegen eine Politik demonstrieren und protestieren kann, die an Raketen und Soldaten glaubt, soll man als Zivildienstpflichtiger sich nicht einmal mehr dagegen wehren dürfen, aktiv für den Krieg arbeiten zu müssen. Die bereits erwähnten Strafvorschriften gegen „Verletzung der Zivildienstpflicht" setzen bereits voraus, daß die Grundrechte den Staatsbürger nicht davor schützen, auch gegen sein politisches Gewissen zur Arbeit für den Krieg gezwungen zu werden. Der Kunstgriff zur Überspielung der Grundrechte, zur Ausschaltung der politischen Opposition aus dem öffentlichen Leben, zur Verhinderung des politischen Streiks der Arbeiter, aber ist die Einbeziehung der gesamten arbeitsfähigen und politisch relevanten Bevölkerung in besondere Gewaltverhältnisse. Der Gesetzentwurf selbst kennzeichnet das zwischen einem zu Dienstleistungen in einem Hilfsdienstverhältnis Herangezogenen und dem Zivildienstberechtigten entstehende Rechtsverhältnis als „öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis besonderer Art" (§ 36). Bei den anderen Formen des Zivildienstes (innerhalb eines bestehenden oder neu zu begründenden Dienstverhältnisses als Beamter oder Arbeitsverhältnis als Arbeitnehmer) bedurfte der Charakter des Rechtsverhältnisses als besonderes Gewaltverhältnis keiner besonderen Hervorhebung.

Besonders bemerkenswert aber ist die Tatsache, daß die Bundesregierung in diesem Gesetzentwurf den Versuch unternommen hat, eine „privatnützige" Wirtschaft mit Zwangscharakter auszustatten, wobei die Unternehmer als „Zivildienstberechtigte" mit den Rechten staatlicher Funktionsträger belehnt und zum absoluten Herrn über die Arbeitskraft, ja, über Leben und Gesundheit des „zivildienstpflichtigen" Arbeitnehmers eingesetzt werden (§ 29: „Der Herangezogene ist verpflichtet, die ihm von dem Zivildienstberechtigten übertragenen Aufgaben nach besten Kräften zu erfüllen und hierbei, soweit zumutbar, auch Gefahren auf sich zu nehmen"), während andererseits die Arbeitnehmerschaft als „Zivildienstpflichtige" einer mit Gefängnisstrafen erzwingbaren Arbeitspflicht gegenüber dem Arbeitgeber unterworfen wird, und zwar auch — und das ist sogar die Regel - - gegenüber Privatunternehmern. Die Bundesregierung hält sich etwas darauf zugute, daß im § 2 des Entwurfs der Vorrang der Freiwilligkeit verankert sei, indem zum Zivildienst erst herangezogen werden soll, wenn der Bedarf an Arbeitskräften auf andere Weise, insbesondere durch Freiwillige oder mit Hilfe des freien Arbeitsmarktes nicht oder nicht rechtzeitig oder nur mit unverhältnismäßigen Mitteln gedeckt werden kann. Aber gerade der in das Wesen einer freien Wirtschaftsordnung am tiefsten eingreifende Fall, daß nämlich der Zivildienst in einem schon bestehenden Arbeits- oder Dienstverhältnis gefordert wird, ist von diesem Vorrang der Freiwilligkeit ausdrücklich ausgenommen (§ 2 letzter Halbsatz). Es geht hier offensichtlich darum, die privatkapitalistische Wirtschaftsform auch für den Fall zwangsweise aufrechtzuerhalten, daß die organisierte Arbeitnehmerschaft gegen die Vorbereitung eines Krieges in den Generalstreik treten sollte. Prof. Wolfgang Abendroth hat diesen Sachverhalt wie folgt treffend gekennzeichnet:

> „Der Notdienstberechtigte ist durch § 41 der Herr eines öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnisses geworden, eines Arbeitsverhältnisses also nicht nach dem Prinzip der Gleichberechtigung, sondern nach dem Unterwerfungsprinzip eines öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses. Der Notdienstberechtigte kann zwar der Staat oder auch eine Gemeinde sein. Aber der normale Notdienstberechtigte ist n i c h t die öffentliche Gewalt, sondern derjenige, dem ein Notdienstpflichtiger von der Heranziehungsbehörde zugewiesen wird. Der Notdienstpflichtige kann nur einem Dienst-

herren oder Arbeitgeber zugewiesen werden, der Aufgaben nach § 1 Abs. 2 wahrnimmt.

Das Dritte Reich hatte diese Chance, Privatunternehmern zu ihnen als Notdienstverpflichtete unterworfenen Arbeitskräften zu verhelfen, erst in § 2 Abs. 1 der VO vom 15. September 1939 entdeckt. Mit anderen Worten bestünde der normale Fall der Anwendung des Notdienstgesetzes darin, daß der Bundesbürger X., entweder an seinem bisherigen Arbeitsplatz oder an einen neuen Arbeitsplatz kommandiert, nun seinem bisherigen oder einem anderen Arbeitgeber in einem neuen Rechtsverhältnis überwiesen wird; er wird in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis nach dem Kommando und dem Belieben des Arbeitgebers überführt. Das bedeutet also, daß diese totale Mobilmachung der Ware Arbeitskraft, die hier inauguriert ist, zudem noch eine totale Mobilmachung nicht unter der Direktion des Staates oder der Gemeinden der ehemals freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik Deutschland sein wird, sondern eine Zuweisung an die Herren Arbeitgeber, also an diejenigen, die über die Produktionsmittel verfügen, eine allgemeine Feudalisierung der Arbeitsverhältnisse bei Eintritt des ‚drohenden Verteidigungsfalles'.

Von einer Mitgestaltungsbefugnis der Gewerkschaften ist im Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht die Rede. Art. 9 Abs. 3 GG ist darin völlig ausgeschaltet und dessen notwendige Konsequenz, die Streikfreiheit, damit für die Notdienstpflichtigen entfallen. Denn in einem öffentlich-rechtlichen Unterwerfungsverhältnis ist es nach Auffassung der Bundesregierung unvermeidlich, daß vom Recht der Arbeitsverweigerung in keiner Form mehr die Rede sein darf. Die Strafbestimmungen der §§ 60 ff. des Gesetzentwurfes verwandeln den Streik strafrechtlich in ein Vergehen und bedrohen die Notdienstpflichtigen schon wegen geringer Verstöße gegen die Diktaturgewalt der Heranziehungsbehörden und der Notdienstberechtigten mit scharfen Strafen. Wenn es der Regierung einfällt, das Herannahen eines Verteidigungsfalles, den ‚drohenden Verteidigungsfall', zu vermuten, sind also alle Rechtspositionen und die Grundrechte eines jeden Bürgers entfallen und auf dem Umweg über § 9 des Gesetzentwurfes nicht nur der Dispositionsgewalt des Staates, sondern der Diktatur der privaten Arbeitgeber unterworfen, die zu ‚Notdienstberechtigten' bestimmt worden sind. Dieses Ergebnis hat nicht nur mit einem demokratisch-sozialen Rechtsstaat, der die Bundesrepublik nach Art. 20 Abs. 1 GG sein soll, sondern auch mit einem obrigkeitsstaatlichen Verwaltungsstaat nichts mehr zu tun.

Es ist der totalitäre faschistische Staat in voller Konsequenz, wie wir ihn vor 1945 in Deutschland erlebt haben."

(„ZIVIL", Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer, Nr. 10/1961 S. 79 f.)

## III.

Der Versuch, das Streikrecht und die Grundrechte durch Eingliederung der gesamten arbeitsfähigen und politisch relevanten Bevölkerung in besondere Gewaltverhältnisse unauffällig beiseite zu räumen, müßte jedoch, solange sich keine verfassungsändernde Mehrheit im Bundestag findet, am Grundgesetz scheitern. Einmal muß jede Beschränkung von Grundrechten im Grundgesetz selbst ihre Grundlage haben (v. Mangoldt-Klein, Kommentar zum Grundgesetz, 2. Aufl. S. 137), und zwar auch eine Grundrechtseinschränkung, die sich aus dem Wesen eines besonderen Gewaltverhältnisses ergibt. Für das Beamtenverhältnis etwa hat das Grundgesetz in Art. 33 Abs. 5 GG eine Grundlage geschaffen, das besondere Gewaltverhältnis der Schulen und Hochschulen ist durch Art. 7 und Art. 5 Abs. 3 GG institutionalisiert. Die Einschränkung von Grundrechten im militärischen Statusverhältnis ist durch Art. 73 Ziffer 1 und Art. 17 a GG legitimiert. Eine entsprechende Grundlage für das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis des „Zivildienstpflichtigen" gibt es hingegen nicht. Die in § 69 des Entwurfs vorgesehene Einschränkung bestimmter Grundrechte deckt im Hinblick auf den Gleichheitssatz die beabsichtigten Grundrechtseinschränkungen bei „Zivildienstpflichtigen" nicht, solange nicht das Institut des öffentlich-rechtlichen Zivildienstverhältnisses als solches in das Grundgesetz Eingang gefunden hat.

## ZUM ENTWURF EINES „GESETZES ÜBER DEN ZIVILDIENST IM VERTEIDIGUNGSFALL"

Die Bundesregierung hat den Versuch unternommen, die verfassungsändernde Wirkung des Zivildienstgesetzes unter Hinweis darauf zu bestreiten, daß in Art. 12 Abs. 2 Satz 1 bestimmte „herkömmliche" Dienstleistungen vom Verbot des Arbeitszwanges ausgenommen worden seien. Es heißt in Art. 12 Abs. 2 Satz 1: „Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht." In der Begründung der Bundesregierung zum Zivildienstgesetzentwurf heißt es nun:

> „Die Bestimmungen über Gegenstand und Umfang der Zivildienstleistungen wahren die durch Art. 12 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes abgesteckten Grenzen, wonach herkömmliche allgemeine, für alle gleiche öffentliche Dienstleistungspflichten zulässig sind. Als ‚öffentliche' Dienstleistungspflicht ist auch die Verpflichtung zu Zivildienstleistungen im Bereich der privaten Wirtschaft anzusehen, die im öffentlichen Interesse gefordert werden. Bei der Beurteilung, ob die Zivildienstpflicht sich im Rahmen der ‚Herkömmlichkeit' hält, ist auf die Staats- und Verwaltungspraxis in Deutschland und den Demokratien der freien Welt abzustellen. Auch eine organische Weiterentwicklung historischer Vorbilder zur Anpassung an die Verhältnisse der Gegenwart ist dem Gesetzgeber durch Art. 12 Abs. 2 Satz 1 GG nicht verwehrt. In diesem Zusammenhang ist das bereits erwähnte geschichtliche Vorbild des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 von Bedeutung. Dieses Gesetz ging über den im vorliegenden Entwurf verfolgten Grundsatz der Einzelheranziehung noch hinaus und unterstellte alle bei lebens- und verteidigungswichtigen Arbeiten Beschäftigten global der Verpflichtung zum Hilfsdienst. Die ebenfalls schon erwähnten Gesetze und Verordnungen, die in der Zeit zwischen 1933 und 1945 öffentliche Dienstpflichten begründeten, können bei der Prüfung der ‚Herkömmlichkeit' insoweit herangezogen werden, als vergleichbare demokratische Staaten zu dieser Zeit ähnliche Regelungen getroffen haben. Ein Vergleich bestätigt, daß eine Reihe solcher Staaten damals entsprechende Dienstpflichten einführte."
>
> (Drucksache IV/450 S. 19.)

Es verdient Beachtung, daß die Bundesregierung die angebliche „Herkömmlichkeit" der öffentlichen Dienstleistungspflicht unter Berufung auf ein von Kaiser Wilhelm II. mitten im Kriege verkündetes Gesetz und Verordnungen Hitlers, Görings und Fricks, die der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges dienten, begründen will. Sieht man sich diese Gesetze und Verordnungen an, so erkennt man, daß der Gesetzentwurf der Bundesregierung nichts als eine perfektionierte Zusammenfassung dessen ist, was der deutschen Bevölkerung in zwei Kriegen von einer autoritären obrigkeitlichen Regierung an Dienstleistungspflichten zugemutet worden ist. Ja, es muß — so traurig das ist — ausgesprochen werden, daß von Wilhelms Gesetz über Hitlers Verordnungen zu Schröders und Höcherls Entwürfen ein deutliches demokratisches Gefälle erkennbar wird. Während Wilhelm von Gottes Gnaden den im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen noch ausdrücklich die Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Vereins- und Versammlungsrechts zusicherte (§ 14 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst) ist in Schröders und in Höcherls Entwurf von einer solchen Gewährleistung nicht mehr die Rede. Während Hitler die totale Mobilmachung der Zivilbevölkerung für den Krieg noch in mehreren Verordnungen und in der Zuständigkeit mehrerer Ministerien bewerkstelligte, obwohl auch er der Meinung war, daß „die Verwirklichung des von mir auf dem Parteitag der Ehre verkündeten Vier-Jahres-Planes ... eine einheitliche Lenkung aller Kräfte des deutschen Volkes und die straffe Zusammenfassung aller einschlägigen Zuständigkeiten in Partei und Staat (erfordert)" (VO zur Durchführung des Vier-Jahres-Planes vom 18. Oktober 1936, RGBl. I S. 887), ist das Hitlersche Kriegsverordnungswerk der Bundesregierung noch lange nicht zentralistisch und total genug:

„Im zweiten Weltkrieg gab es für die Sicherung des Bedarfs an zivilen Kräften unterschiedliche Regelungen. Neben der Luftschutzdienstpflicht nach dem Luftschutzgesetz vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 827) bestand eine Notdienstpflicht zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben auf Grund der Notdienstverordnung vom 15. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1441) und eine Dienstpflicht zur Erfüllung wirtschaftlicher Aufgaben auf Grund der Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung (kurz Dienstpflichtverordnung genannt) vom 13. Februar 1939 (RGBl. I S. 206). Diese Aufspaltung der Rechtsgrundlagen hat bei der verwaltungsmäßigen Durchführung unangenehme Überschneidungen zur Folge gehabt und eine befriedigende Abstimmung der verschiedenen Personalanforderungen erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht".

(Begründung des Entwurfs der Bundesregierung, Drucksache IV/450, S. 17.)

Man ist versucht zu sagen: Kein Wunder, daß wir den Krieg verloren haben, wenn der Hitler die Zivilbevölkerung so schlecht in den Griff bekommen hat.

Die unter Berufung auf Hitler behauptete „Herkömmlichkeit" der allgemeinen Dienstleistungspflicht verliert ihre Anrüchigkeit auch nicht dadurch, daß auf ähnliche Regelungen anderer Staaten mit demokratischer Tradition Bezug genommen wird. Abgesehen davon, daß man aus der Begründung der Bundesregierung zu ihrem Gesetzentwurf nicht erfährt, um welche Staaten und um welche Gesetze es sich handeln soll, ist der Begriff der Herkömmlichkeit bisher immer in örtlicher (gemeindlicher) Begrenztheit verstanden worden und hat auch in diesem Sinne bei den Beratungen des Parlamentarischen Rates zu Art. 12 GG seine Erörterung gefunden. Auch das Bundesverwaltungsgericht ist in seinem Urteil vom 9. 11. 1955 („Neue Juristische Wochenschrift" 1956 S. 396) von einer engen örtlichen und zeitlichen Begrenztheit des Herkömmlichkeitsbegriffs ausgegangen und hat insoweit die volle Zustimmung der Literatur gefunden. Als solche herkömmliche Pflichten gelten daher z. B. die Pflicht zur ehrenamtlichen Tätigkeit nach den Gemeindeordnungen, die Nothilfepflicht des § 330 c StGB, bestimmte Hand- und Spanndienste in solchen Landgemeinden, bei denen die Erwerbspersonen in ihrer Mehrzahl in der Landwirtschaft tätig sind (Hamann, Kommentar zum Grundgesetz, 2. Auflage, Art. 12 Anmerkung B 10 S. 153; BVerwG a.a.O.). Die im Zivildienstgesetz vorgesehenen Dienstleistungspflichten sind daher nicht deshalb „herkömmliche" im Sinne des Art. 12 GG, weil schon Hitler sie verfügt hat. Selbst die Kühnheit, sich auf Hitler zu berufen, um die Verfassungsmäßigkeit des Zivildienstgesetzes zu begründen, wird der Bundesregierung daher nicht die Notwendigkeit ersparen, eine verfassungsändernde Mehrheit aufzubieten, wenn ihr Entwurf Gesetz werden soll. Und auch wenn ihr das gelingen sollte, würde das Bundesverfassungsgericht noch das letzte Wort zu sprechen haben, weil es sich hier um einen Eingriff in die Grundstruktur unserer freiheitlichen Staatsordnung handeln würde, den auch eine Zweidrittel-Mehrheit nicht wirksam beschließen könnte.

### Möglichkeiten des Widerstandes

Es ist zu hoffen, daß die SPD und die Gewerkschaften den Bestrebungen der Bundesregierung zur Schaffung einer allgemeinen öffentlichen Dienstleistungspflicht sich mit Entschiedenheit widersetzen werden. Der Beschluß des 6. Bundeskongresses des deutschen Gewerkschaftsbundes vom 24. 10. 1962 zeugt davon, daß man sich jedenfalls in Gewerkschaftskreisen der Gefahr bewußt ist.[1]) Immerhin wird man aus der Vergangenheit die Lehre ziehen müssen, daß man sich auf die Dauerhaftigkeit der Opposition großer Verbände und Parteien nicht unbe-

[1]) Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen" in diesem Heft.

dingt verlassen kann. Schon heute wächst daher jedem Staatsbürger, dem die freiheitliche demokratische Ordnung unseres Staates am Herzen liegt, die Verpflichtung zu, gegen den Geist in Opposition zu treten, aus dem ein solcher Gesetzentwurf, der der Bundesregierung eine Blankovollmacht zur Ausrufung des totalen Staates geben soll, überhaupt erwachsen konnte. Der in der Bundesrepublik organisierte Teil des deutschen Volkes scheint sich bisher zu wenig der Gefahr bewußt geworden zu sein, daß man eine Demokratie auch dadurch verspielen kann, daß man nicht den Mut hat, sie zu praktizieren. Wenn wir nicht rechtzeitig das „normale Instrument des Widerstandes", nämlich „eine unerschrockene öffentliche Meinung, politische, soziale und kulturelle Kritik und eine wache Opposition" (Fritz Bauer, „Widerstandsrecht und Widerstandspflicht des Staatsbürgers", Stimme-Verlag Frankfurt/Main, 1962, S. 57), gebrauchen, wird auch der Widerstand gegen das Zivildienstgesetz sich eines Tages — ähnlich wie das Kriegsdienstverweigerungsrecht — auf einen kleinen Kreis von Staatsbürgern beschränken, der bereit ist, jedenfalls für die eigene Person, die sich aus dem Gewissen ergebenden Konsequenzen zu ziehen. Anders als beim Kriegsdienstverweigerer wird allerdings die Verweigerung des Zivildienstes wohl erst erkämpft werden müssen, da es eine dem Art. 4 Abs. 3 GG (Kriegsdienstverweigerungsrecht) entsprechende ausdrückliche Regelung bisher nicht gibt. Mit der Gewährleistung der Gewissensfreiheit in Art. 4 Abs. 1 GG ist jedoch auch das Recht umfaßt, jede andere Anforderung des Staates zu verweigern, die dem Gewissen des einzelnen zuwiderläuft. In einem Staate, dessen Mehrheit eine Regierung trägt, die ein Zivildienstgesetz in Vorschlag bringen konnte, ist die Effektivität des Grundrechts der Gewissensfreiheit aber nicht selbstverständlich.

Wolfgang Baranowsky

# Demokratie — ein Lügenmärchen? (I)

## Ein sozialpsychologischer Versuch

Unter den Kuriosa, die das Frankfurter DIVO-Institut für Meinungsforschung zum Gaudium seiner Geschäftsfreunde publizierte, befand sich die Erkundigung einer biederen Frau anläßlich einer Umfrage über den Nationalsozialismus: „Nu sagen Sie mal wirklich, Fräulein, isset dat, wat wir habt hem oder wat wir nu ham?"

Demokratie heißt bekanntlich „Volksherrschaft"; wo aber tritt die Herrschaft dieser Frau aus dem Volke zutage? Der Wechsel von Diktatur zu Demokratie scheint spurlos an ihr vorübergegangen zu sein. Unter Hitler hat sie die Wäsche ihrer Kinder gewaschen; unter Adenauer wäscht sie die ihrer Enkel. Ihr Mann hat im nationalsozialistisch und im christlichdemokratisch regierten Staat Steuern gezahlt. Ihr ältester Sohn wurde vom „Führer", ihr jüngster vom Bundesverteidigungsminister zu den Waffen gerufen. Was hat sich für die Frau geändert?

Wer gewöhnt ist, sich mit politischen Fragen auseinanderzusetzen, wird mir empört einen Katalog von Unterschieden zwischen Knechtschaft und Freiheit entgegenhalten. Ich aber möchte bitten, nicht mir, sondern jener Frau zu antworten. Dann erweisen sich Vorzüge wie „Meinungsfreiheit" als schwache Argumente. Oder hat ein „unpolitischer" Leser 1937 die Pressefreiheit vermißt, da er damals in seinem Blatt nichts anderes als die Sportberichte und Witze suchte, um deret-

willen er auch heute die Zeitung kauft? Wer sich politisch gar nicht zu äußern wünscht, dem ist die Redefreiheit so gleichgültig wie armen Leuten das Recht, eine Million in Silber zu horten.

Die Sorgen der „kleinen Leute" drehen sich nicht um hehre Ideale, sondern vorwiegend ums Materielle. Ihr Urteil, ob es heute besser sei als damals, hängt in der Regel davon ab, ob es ihnen persönlich besser oder schlechter geht, und das ist oft genug einzig das Resultat des Zufalls. Die Ausrottungskampagne gegen die Juden hat in der Ära des Faschismus viele einfache Menschen nicht belastet; teils wußten sie wirklich nichts davon, teils wollten sie es eben nicht hören oder gar glauben, teils hielten sie Himmler für eine Art Reichskammerjäger, mithin das Mordprogramm der SS für legitim. Volkes Stimme ist nicht einmal so objektiv, den Krieg als ein Stück Nazizeit mitzurechnen; man betrachtet ihn vielmehr als ein Naturereignis, das man dem Regime nicht anlastet.

## Die Politik ist das Schicksal

Die unpolitische Frau, die nicht weiß, was wir „gestern habt hem und was wir heute ham", würde es im anderen Teile Deutschlands gewiß ganz normal finden, daß ihre Enkel in der FDJ sind, wie ja ihre Kinder einst in der HJ waren.

In der Bundesrepublik wurde unlängst die Einführung eines Pflichtjahrs für Mädchen diskutiert. Dabei konnte man hören, der demokratische Arbeitsdienst würde sich natürlich grundlegend von dem nazistischen Vorgänger unterscheiden. Eine überflüssige Versicherung, denn der Durchschnittsbürger pflegt die Beschränkungen seiner Freiheit ohnehin widerspruchslos zu akzeptieren, vorausgesetzt, daß es auch die „Drückeberger" trifft!

Eine Dame aus Ostberlin, die dem Kommunismus ohne Begeisterung und ohne Einwände gegenübersteht, äußerte auf meine Frage, ob ihr der freiwillige Zwang, am 1. Mai auf dem Marx-Engels-Platz anzutreten, nicht widerstrebe: „Mein Gott, unter Hitler mußte ich auch marschieren!" So macht Gleichgültigkeit Konformisten.

In der Regel unterwirft sich der unpolitische Bürger der Staatsmacht ohne Zähneknirschen. Er wird sogar den Vollzug von Anordnungen, die er selbst für blödsinnig hält, noch bei seinem Nachbarn überwachen, damit die Gleichheit nicht leide. Denn Befehl ist Befehl und die jeweilige Behörde eine Gottheit. Der Ahnungslose heiligt die Exekutive, weil er ihre Funktionen nicht begreift und seine eigenen Rechte nicht kennt. Daher ist es ihm im Grunde wurscht, ob ein Kanzler, Kaiser, Führer oder Präsident das Kommando hat und ob das Instrument des Potzöbersten nun Regierung, Elferrat, Bundes- oder Reichstag heißt.

Das Bielefelder EMNID-Institut ermittelte kürzlich durch eine Umfrage, daß 42 % der bundesrepublikanischen Wähler den Bundestag für die Regierung halten. Nichtwissen über einen Sachverhalt zu konservieren, über den auf Hunderten von Zeitungsseiten täglich aufgeklärt wird, das bringt nur abgrundtiefe Interesselosigkeit fertig. Die verhältnismäßig hohe Wahlbeteiligung spricht keineswegs dagegen. Mit Sprüchen wie „Wahlrecht ist Wahlpflicht" wird der Gang zur Urne zu einer Ehrensache hochgespielt, während es sonst als weise gilt, die Finger von Dingen zu lassen, von denen man nichts versteht.

Ohne Begreifen der öffentlichen Angelegenheiten ist Volksherrschaft natürlich illusorisch. Warum mangelt es so sehr an politischen Kenntnissen? Warum wissen soviel mehr Menschen über den Sport Bescheid als über die Politik, von der ihr Wohl und Wehe abhängt? Eine Erklärung gibt die Psychologie: Der Mensch lernt, was ihm Vergnügen macht. Was ihn ekelt oder gruselt, wird „verdrängt", prägt sich ihm also auch in den Grundbegriffen nicht ein. Was man aber nicht versteht, langweilt einen wiederum — ein circulus vitiosus.

Das Unbehagen in der Politik

Der Appell „Die Politik geht jeden an!" wird in der öffentlichen Meinung gleichgestellt mit den tausend anderen Aufforderungen, die auf uns einströmen und allein durch den Werbefunk täglich weiter inflationieren: „Das geht jeden Raucher an!" — „Das müssen Sie einfach mal probieren!" — „Niemand kann sich der Notwendigkeit entziehen ..." Dagegen hilft ja nun wirklich nur eine Elefantenhaut. Und um zwischen der Notwendigkeit, den neuen Katalog der Firma Kurz & Klein oder das Grundgesetz gelesen zu haben, differenzieren zu können, brauchte man wiederum bestimmte geistige Bedürfnisse. In deren Fehlen liegt die Ur-Ursache des politischen Desinteresses.

Ein weiterer Grund ist die Assoziation alles Widerwärtigen mit der an sich wertfreien Politik. Es fehlt die Einsicht, daß es auch keinen Zweck hat, dem Holz böse zu sein, weil man sich daran Splitter einreißen kann oder weil Särge und Galgen daraus gefertigt werden. Politik ist die Koordination gesellschaftlicher Interessen und daher unabschaffbar. „Politisch Lied — garstig Lied" ist deshalb der Singsang von Einfaltspinseln. Garstig sind die hemmungslose Selbstsucht, die brutale Machtgier, die propagandistische Heuchelei. Auch ist der Krieg nicht „die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln", sondern die Abwesenheit von Politik, Stigma politischen Versagens, Beweis einer schlechten Politik also, doch nicht unbedingt Beweis für die Schuftigkeit der Politik an sich.

Diplomatie verdirbt den Charakter

Politiker sind Interessenvertreter (womit ich nicht Lobbyisten meine, sondern Vertreter einer Weltanschauung, eines Systems, einer Klasse, einer Nation, einer ökonomischen oder philosophischen Richtung). Leider lassen sich keinerlei Interessen fördern, ohne konkurrierende Interessen zu beeinträchtigen. Das ist das unabänderliche Dilemma der Politik. Daher rühren wohl Sprüche wie „Politik verdirbt den Charakter". Nun gehen zwar Schacher und Engherzigkeit oft im Gleichschritt, und Verhandeln ist auch ein Handeln (im Sinne von Feilschen). Wäre dies gemeint, trügen Rechtsanwälte und Kaufleute den gleichen Makel. Das aber hieße, den Existenzkampf, ja, schlechthin das Leben in menschlicher Gemeinschaft verurteilen — eine vielleicht weise, jedoch für die Bedingungen der Zivilisation gänzlich unbrauchbare Ansicht.

Der Horror vor der Politik erweist sich also als ein Unbehagen an der Diplomatie, ausgelöst durch den „Kuhhandel" der Konferenzen, die sich öde dahinschleppen, ohne greifbare Resultate zu zeitigen, und dadurch die stinkigen Propagandalügen von hüben und drüben. Wird ein Motiv zur Erhöhung des Rüstungsetats benötigt, greinen die Regierungen: „Der böse, böse Feind hat so furchtbar viele Waffen!" Scheint es geraten, das Selbstbewußtsein der Steuerzahler wieder ein bißchen aufzublasen, so tönen die Verteidigungsminister: „Wir sind jedem Angreifer überlegen und können ihn vernichtend schlagen!" Wenn solche Widersprüche, wie es oft vorkommt, während einer einzigen Nachrichtensendung des Rundfunks zu hören sind, drehen „unpolitische" Menschen, eben im Begriff, sich ein wenig über die Vorgänge in der Welt zu informieren, in ehrlicher Empörung ab: „Alles Betrug!"

Ein anderes Hindernis, das dem Interesse an der Politik im Wege steht, ist die Langweiligkeit des obwaltenden Konformismus. So unpolitisch kann ein Mensch, der die erste Seite einer durchschnittlichen Tageszeitung zu lesen vermag, gar nicht sein, als daß er nicht merkte, wie gequält mancher Leitartikel darüber hinwegzutäuschen versucht, daß sein Verfasser noch nicht in der Lage war, sich über die betreffende Angelegenheit ein Urteil zu bilden.

### Im Namen der Namenlosen

„Unpolitische" Leser sind aber durchaus nicht ohne weiteres gutgläubig — im Gegenteil! Mißtrauisch wie der Schwerhörige ist auch der Schwerbegreifende, zumal ihn die Regierung zwar nie fragt, jedoch ständig in seinem Namen handelt. Dieses „Im Namen des Volkes" — einst als Huldigung gegenüber dem republikanisch-demokratischen Souverän gedacht — klingt in der pluralistischen Massengesellschaft lächerlich. So zum Beispiel, wenn sich die Staatsmänner in Höflichkeitsadressen, die von routinierten Referenten erklügelt werden, versichern, „das ganze Volk" freue sich oder trauere mit ihnen über Ereignisse, von denen es teils nicht gehört hat, die ihm völlig gleichgültig sind und die es schon wegen ihrer Häufigkeit absolut überfordern.

Wollte man genau sein, dürfte nicht einmal angesichts parlamentarischer Mehrheitsentscheidungen vom „Willen des Volkes" gesprochen werden. Vierzig Prozent der Bevölkerung, deren Abgeordnete überstimmt worden sind, gehören ja auch zum Volk; und selbst ob die stärkere Fraktion dem Willen ihrer Wähler gemäß handelte, läßt sich nur vag vermuten. Hat ein Teil des Volkes beim letzten Mal traditionsgemäß die „fortschrittliche" und ein anderer Teil bekenntnistreu die „konservative" Partei gewählt, dann brauchen die Meinungen der Abgeordneten und der Wähler beileibe nicht übereinzustimmen, wenn im vierten Jahr der Legislaturperiode eine Entscheidung getroffen werden muß, deren Fälligkeit nicht vorauszusehen war.

### Der entmachtete Wähler

Der Staatsbürger gleicht einem König, der unter Kuratel steht und seine Herrscherrechte an ein paar Vormünder abtreten mußte. Zwar katzbuckeln diese besoldeten Knechte vor ihrem nominellen Gebieter, da er die Möglichkeit hat, seine Macht alle vier Jahre neu zu verteilen — nur selber regieren darf er nicht. Die wahren Regenten sind also seine Stellvertreter; er selbst hat keine Befugnisse. Von dieser Art ist die „Souveränität" des kraft demokratischer Verfassung herrschenden Volkes.

Alle Appelle an sein Verantwortungsbewußtsein beweisen nur seine Ohnmacht: „Unterrichten Sie Ihren Abgeordneten über Ihre Wünsche!" — „Schreiben Sie an den Minister!" — „Protestieren Sie!" Darauf reagiert der Wähler mit demselben Phlegma wie auf die theoretisch vernünftige, doch in der Praxis alberne Empfehlung, durch Gepäckmärsche von Laden zu Laden und den Kauf eines um drei Pfennig billigeren Kohlkopfes preisregulierend zu wirken! Weil Einzelversuche von Mitbestimmung schon im kleinen fruchtlos sind, fragt sich der einfache Mann erst recht, wie er denn die großen Probleme — Krieg und Frieden, Neutralität oder Atomrüstung — beeinflussen könnte.

Wer nicht den Glauben an eine politische Idee, wer nicht einen übermächtigen Trieb, sich mit gesellschaftlichen Zusammenhängen zu beschäftigen, besitzt, wird eben resignieren, wenn er sieht, daß er an dem, was ihm die Obrigkeit einbrockt, nichts ändern kann. Wer nicht von Natur in gleichgültiger Nabelbeschau dahinlebt, sondern erst aus „Enttäuschung" unpolitisch geworden ist, muß sich früher über die Einflußverteilung im Staate falsche Vorstellungen gemacht haben. Er hat vielleicht geglaubt, in der Demokratie brauche man nur an einer Strippe zu ziehen, damit die Minister nach Wunsch hampeln. Nun ist er enttäuscht, da er weiß, daß es keinen direkten Draht zur vollziehenden Gewalt gibt und daß nicht die überragende Qualität, sondern die große Zahl regiert.

### Neunzig Prozent werden geschoben

In grober Schätzung würde ich 45% der Bevölkerung zu denen rechnen, die an sich festumrissene politische Ansichten haben, aber auf dem Standpunkt

stehen, es lohne sich nicht oder habe keinen Zweck, den Gang der Ereignisse lenken zu wollen. Diesen 45 % steht eine gleich große Gruppe zur Seite, die von vornherein politisch uninteressiert und unwissend ist. Übrig bleiben nur 10 %, die irgendwie öffentlich tätig sind und die man als bewußte „Einflußnehmer" bezeichnen könnte, mögen sie Mitglieder einer Handwerkskammer, Betriebsräte, Kreistagsabgeordnete, Staatsbeamte oder Publizisten sein.

Die Mittelgruppe der völlig Gleichgültigen entbehrt keinen gesellschaftlichen Einfluß; die zuletzt genannte Gruppe glaubt ihn zu haben. Die Unzufriedenen sind in Gruppe 1 versammelt. Und auf ihre grollende Frage, „was man denn eigentlich tun" könne, gibt es nur eine Antwort, die fast metaphysisch klingt: „Bist Du Westdeutscher, so konnte sich Dein Wählerwille bei der Wahl zum 4. Bundestag, im September 1961, genau als 37 412 354. Teil der Stimmberechtigten ausdrücken! Deine Macht ist entsprechend größer, wenn ein neuer Stadtrat gewählt wird, sie wäre weit geringer, wenn Du den Präsidenten der Vereinigten Staaten mitzubestimmen hättest; es hängt eben davon ab, mit wievielen Wählern Du Deine Entscheidungsbefugnis jeweils zu teilen hast!"

### Gewogen und zu leicht befunden

Ist es ein Mißstand, daß in der Demokratie die Stimmen gezählt statt gewogen werden? Das Gleichheitsprinzip — im Sinne von „Chancengleichheit" der Stützpfeiler der Freiheit — muß oft als Prügelknabe des Parlamentarismus herhalten. Zum Beweis der Ungerechtigkeit dieser „Nivellierung" wird z. B. ein Straßenkehrer, der sich nur für Fußball und Wildwestfilme interessiert, gegen einen Hochschullehrer ausgespielt; das Votum beider hat den gleichen Wert. Die Klage über diesen Umstand läßt jedoch außer acht, daß der Professor allein kraft seines Amtes die Meinungen vieler Wähler nachhaltiger beeinflussen kann als der Stadtreiniger. Nur an der Urne gilt ein Kreuz soviel wie das andere.

Man muß sich also damit abfinden, daß die politische Potenz des einzelnen minimal ist; doch ihm bleibt die Möglichkeit, in seinem privaten Umkreis für die Politik zu werben, die er für richtig hält. Dabei sind seine Aussichten ungleich größer als bei den Wahlen; denn während immerhin 70—90 % westdeutscher Wähler bei Bundes-, Land- oder Kreistagswahlen ihr Stimmrecht benutzen, denkt nur ein Bruchteil von ihnen daran, sich darüber hinaus politisch zu engagieren. Zwangsläufig erhöht sich im Verhältnis zur verbreiteten Saumseligkeit das Gewicht der selteneren Aktivität.

Jeder Geschäftsmann weiß, daß er in die Reklame erst etwas hineinstecken muß, bevor sie sich bezahlt machen kann. Auch die politische Anregung oder Kritik braucht einige Zeit, ehe ihre Anhängerschaft so groß ist, daß sie einen Wandel einzuleiten vermag (vorausgesetzt natürlich, daß der Vorschlag bei der — prinzipiell konservativ wirkenden — Masse überhaupt ein Echo findet). Darum ist das Schulterzucken, mit dem mancher Bürger eine Demonstration abtut, deren Ziele ihm eigentlich sympathisch sind, ein Zeichen gräßlicher Sterilität; aber dem Beschränkten fehlt einfach der Blick für Initialzündungen. Bei einem Protestmarsch „kommt nichts heraus", gewiß; aber er kann — wie ein in stehendes Gewässer geworfener Stein konzentrische Kreise, also Wellen in alle Richtungen verursacht — Anstoß zum Nachdenken und damit Startsignal eines Stimmungsumschwungs sein.

Natürlich muß nicht immer erst die Mehrheit der gesamten Bevölkerung von der Trefflichkeit eines Vorschlags überzeugt werden, bevor er in die Tat umgesetzt werden kann. Oft liegt der Vorteil oder die Notwendigkeit einer Sache so klar auf der Hand, daß die Exekutive, falls sie nicht schon von sich aus die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet hat, nicht lange gebeten werden muß, bis

sie es tut. Außerdem ist das, was man „öffentliche Meinung" nennt, sowieso meist nur die Ansicht einer Minderheit; eben deshalb, weil die tatsächliche Meinung üblicherweise in allgemeiner Ratlosigkeit, in Phlegma und Unwissen besteht, in dunklen, vorurteilsbehafteten Gefühlen, von denen sich jeder zielbewußte Wille strahlend abhebt.

Der Verzicht auf politische Betätigung wird häufig damit begründet, daß „die da oben ja doch machen, was sie wollen". Dabei wird übersehen, daß die Regierungen zwar die Machtausübenden sind, daß sie aber nur tun können, was vom Volke, wenn schon nicht gebilligt, so zumindest geduldet wird. Die Notwendigkeit, die „Volksseele" abzuhorchen, besteht sogar ebenso für Diktatoren wie für rechtmäßig gewählte Demokraten; beide müssen die immer vorhandene Konkurrenz fürchten, die durch Revolution bzw. Neuwahl die Oberhand gewinnen könnte.

II. Teil folgt

Prof. Dr. Ragnar Frisch, Oslo:

# Warum ich den Gemeinsamen Markt ablehne

*Der bedeutende und weltbekannte norwegische Nationalökonom, Prof. Dr. Ragnar Frisch, Direktor des Forschungsinstituts für Volkswirtschaft an der Universität Oslo, hat den „Blättern" den Wortlaut einer Rede zur Verfügung gestellt, die er am 9. September in London zum Thema „EWG" gehalten hat. Angesichts der intensiven EWG-Diskussion in der Bundesrepublik und in ganz Westeuropa halten wir es für wichtig, diese maßgebliche skandinavische Stimme in den „Blättern" zu Wort kommen zu lassen, gerade weil die Auffassung Prof. Frischs in vieler Hinsicht von der in der Bundesrepublik verbreiteten abweicht.* *D. Red.*

Ich möchte zunächst etwas über die norwegische öffentliche Meinung im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt sagen. Der norwegische Premierminister und der Außenminister haben bei verschiedenen Gelegenheiten im Ausland über dieses Thema Erklärungen abgegeben. Einige dieser Erklärungen stehen im Widerspruch zu den Tatsachen, andere sind von der Weltpresse auf das Gröbste entstellt worden. Dies ist eine sehr ernste Angelegenheit, und ich möchte deshalb jetzt hier einiges zum wahren Stand der Dinge sagen.

Durch eine Reihe von Gallup-Umfragen in Norwegen wurden zwei Dinge zweifelsfrei festgestellt. Erstens ist der Prozentsatz derer, die gegen Norwegens Beitritt als ordentliches Mitglied sind, wesentlich höher als der Prozentsatz derer, die für einen Beitritt sind. Zweitens hat die Zahl derer, die für einen Beitritt Norwegens als ordentliches Mitglied sind, von einer Gallup-Umfrage zur nächsten ständig abgenommen. Würde heute eine Gallup-Umfrage abgehalten, so würden nach meiner Schätzung wenig mehr als ein Fünftel der Befragten für eine ordentliche Mitgliedschaft sein. In einer internationalen Publikation hat unser Außenminister kürzlich Erklärungen veröffentlicht, die in deutlichem Widerspruch zu diesen Tatsachen stehen. Ich habe diese ernste Angelegenheit im einzelnen untersucht in einem Artikel, der von etwa zehn norwegischen Zeitungen gleichzeitig veröffentlicht wurde.

Ich habe mich ein Leben lang mit wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigt und mich lange in hochentwickelten und auch weniger entwickelten Ländern aufgehalten. Diese Erfahrungen haben mir einen Einblick in die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungstendenzen in

der heutigen Welt gegeben. Hierauf gründet sich meine Auffassung, daß weder Norwegen noch irgendein anderes Mitglied der EFTA dem Gemeinsamen Markt beitreten dürfen. Meine Ansichten werden im wesentlichen von der überwiegenden Mehrzahl der norwegischen Nationalökonomen geteilt, die eine akademische Stellung innehaben und deshalb ihre wahre Meinung frei äußern können. Diejenigen Volkswirtschaftler, die eine Stellung in der Verwaltung innehaben oder auf andere Weise mit der Regierung liiert sind, sind natürlich de facto, wenn nicht sogar gesetzlich, daran gehindert, deutlich gegen die offizielle Regierungspolitik Stellung zu nehmen. Ein Mitglied der norwegischen Regierung, mein alter Freund und Kollege Professor Gunnar Boe, ist vor kurzem von seinem Amt zurückgetreten, weil er dagegen ist, daß die Regierung die Aufnahme Norwegens als offizielles Mitglied beantragt.

Meine eigenen Ansichten sind ausführlich in schriftlichen Publikationen in mehreren Sprachen niedergelegt sowie auch in einem deutschen Fernsehinterview, das in Kürze gesendet wird. An dieser Stelle möchte ich mich auf eine kurze Zusammenfassung in zehn Punkten beschränken. In diesen Punkten wird einerseits der Unterschied zwischen kurzfristigen und langfristigen Aspekten und andererseits der Unterschied zwischen den wirtschaftlichen und den noch wichtigeren politischen Aspekten herausgestellt.

Punkt 1: Jede Einzelperson kann natürlich ihren Konsum für eine kurze Zeit erhöhen, wenn sie bereit ist, ihr Haus, ihr Feld oder andere wirkliche Werte an einen großen Finanzkonzern zu verkaufen und damit das Recht auf Selbstbestimmung aufzugeben. Eine solche Handlungsweise wäre aber äußerst kurzsichtig. Dies gilt in noch höherem Maße für eine Nation, denn die Nation soll ja ewig leben. Deshalb muß die Nation die langfristigen Gesichtspunkte besonders betonen, ohne dabei natürlich die kurzfristigen Probleme ganz aus den Augen zu verlieren.

Punkt 2: In Norwegen sind Berechnungen veröffentlicht worden, in denen die wirtschaftlichen Konsequenzen dargestellt sind, welche für Norwegen entstehen werden, wenn es nicht dem Gemeinsamen Markt beitritt. Einige dieser Berechnungen sind im höchsten Maße irreführend und haben nur den Zweck, uns in Furcht zu versetzen. Dies hat viele oberflächlich denkende Menschen dazu veranlaßt, die dümmsten und defaitistischsten Argumente hinzunehmen. Sie sagen: „Natürlich mögen wir den Gemeinsamen Markt nicht, aber wir haben ja keine andere Wahl. Wir müssen beitreten." Ich habe den Verdacht, daß dieses dumme Argument auch in anderen Ländern eine Rolle gespielt hat.

Punkt 3: Auf lange Sicht wird der Beitritt als Vollmitglied für ein Land wie Norwegen oder England einen eindeutigen und unmittelbaren wirtschaftlichen Verlust bedeuten. Wenn ein solches Land sich heraushält und auf eine entschlossene und tatkräftige Weise die so erlangte wirtschaftliche Manövrierfähigkeit ausnutzt, wird es auf lange Sicht ein sehr viel höheres Maß an wirtschaftlichem Wachstum erreichen können, als wenn es ein Mitglied des Gemeinsamen Marktes wird.

Punkt 4: Dieser langfristige Verlust, der sich aus einem Beitritt zum Gemeinsamen Markt ergibt, liegt in der Struktur des Gemeinsamen Marktes begründet. Der Vertrag von Rom geht von einer Konzeption aus, die man als nichtaufgeklärten Finanzkapitalismus (unenlightened financialism) bezeichnen könnte. Dies ist das System des offenen Marktes mit unbeschränkter Vollmacht für die Hochfinanz sowohl in dem betreffenden Lande selbst als im Verkehr der Länder untereinander, Freiheit der Unternehmensgründung, und dem Motiv des privaten finanziellen Gewinns als einzigem Kriterium für die Beurteilung der Frage, welches die „besten" Investitionen seien. Die Möglichkeit, Ausnahmen zu dieser

Regel zuzulassen, ist nur innerhalb bestimmter Bereiche vorgesehen, zum Beispiel in der Landwirtschaft. Und ob von dieser Möglichkeit in einem konkreten Fall tatsächlich Gebrauch gemacht werden soll, wird von den Behörden in Brüssel entschieden. Die schönklingenden Ziele raschen wirtschaftlichen Wachstums und sozialer Gerechtigkeit, die in bestimmten Punkten des Vertrages zum Ausdruck gebracht wurden, sind lediglich Phantasiegebilde, denn viele andere Punkte des Vertrages schließen den Gebrauch eben der Mittel aus, die notwendig wären, um diese Ziele zu erreichen.

Punkt 5: Das rasche wirtschaftliche Wachstum, das in den letzten Jahren in einigen Ländern des Gemeinsamen Marktes stattgefunden hat, ist weder auf die Gründung des Gemeinsamen Marktes zurückzuführen noch ist sie Ausdruck dynamischer Kräfte, die auch auf lange Sicht eine schnelle Steigerung des Sozialprodukts zu gewährleisten imstande wären. Diejenigen, die das glauben, erliegen einer optischen Täuschung. Dies gilt z. B. für die konservative englische Regierung.

Punkt 6: Die Größe des Marktes als solche trägt noch nicht zu einer Steigerung des Sozialprodukts bei. Man denke an die Vereinigten Staaten. Sie sind ein großer gemeinsamer Markt. Trotzdem besteht dort große und anhaltende Arbeitslosigkeit, und die Wachstumsrate der amerikanischen Volkswirtschaft ist nicht auffallend viel höher als in vielen kleineren Ländern.

Punkt 7: Was die Natur von Sondervereinbarungen und -bedingungen angeht, die ein um Mitgliedschaft nachsuchendes Land im Auge haben könnte, so muß eine jede solche Vereinbarung, wenn sie von einem Lande, welches an seine Zukunft denkt, ernst genommen werden soll, zwei Grundzüge aufweisen. Erstens muß die Vereinbarung dem Land ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf dem betreffenden Gebiet nach eigenem Ermessen seine eigenen Entscheidungen zu treffen. Zweitens darf dieses Recht nicht zeitlich begrenzt sein. Nur Phantasten können der Meinung sein, daß Vereinbarungen dieser Art im Rahmen des Vertrages von Rom möglich sind.

Punkt 8: Natürlich handelt es sich bei dem Gemeinsamen Markt um eine vollendete Tatsache, die bestehen bleiben wird. Aber nur ein sehr naiver Mensch kann in diesem Umstand als solchem einen Grund zum Beitritt sehen. Einer jeden vollendeten Tatsache muß mit kühlem Kopf begegnet werden. Es besteht kein Anlaß, die Nerven zu verlieren, einfach weil etwas eine vollendete Tatsache ist.

Punkt 9: Wenn man den Gemeinsamen Markt als eine Vorstufe des Internationalismus bezeichnet, so ist das nur ein Trick. Der Gemeinsame Markt bedeutet nicht Internationalismus, sondern Separatismus. Die Auffassung, daß ein kleines Land wie Norwegen oder auch ein größeres wie England diese Situation durch seinen Beitritt ändern könnte, ist genau so naiv wie das Verhalten der westlichen Politiker Deutschland gegenüber nach dem Ersten Weltkrieg.

Punkt 10: Frieden ist das Hauptanliegen in der heutigen Welt. Wir alle müssen zutiefst dankbar sein für die Aussicht auf einen dauerhaften Frieden zwischen Frankreich und Deutschland. Dabei dürfen wir aber nicht den Maßstab für die Wirklichkeit verlieren. Das Problem des Weltfriedens ist völlig anderer Natur und stellt sich auch in einer viel gewaltigeren Dimension. Die Lösung für dieses größere Problem, die für uns alle Sein oder Nichtsein bedeutet, wird durch den Gemeinsamen Markt gefährdet. Der Weltfrieden muß gesichert werden durch echten Internationalismus, über die Organisation der Vereinten Nationen und in Zusammenarbeit mit den unterentwickelten Ländern und ihrem gewaltigen Bevölkerungspotential.

Hier liegt unsere Hoffnung, und zwar unsere einzige Hoffnung, für die Zukunft.

(Dt. Übersetzung „Blätter für deutsche und internationale Politik".)

# *Anmerkungen, Glossen, Zuschriften*

**Das Wirtschaftswachstum läßt nach**

Seit Monaten beschuldigen sich in der Bundesrepublik die Unternehmerverbände und die Gewerkschaften gegenseitig, für das Nachlassen der Wirtschaftskonjunktur verantwortlich zu sein. Bekannt sind auch die Maßhalteappelle des Bundeswirtschaftsministers, der von Zeit zu Zeit daran erinnern zu müssen glaubt, daß die westdeutsche Bevölkerung angeblich über ihre Verhältnisse lebt. In München wurde gar seitens einiger Industrieller eine neue Organisation gegründet, die sich die Aufgabe gestellt hat, dem Bundesvolk das „Maßhalten" beizubringen. Und schließlich wurde eine neue Theorie aus der Taufe gehoben, deren wesentlicher Inhalt die „Bewältigung des Wohlstandes" ist.

Will man die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik real einschätzen, so ist es notwendig, sich zunächst aller propagandistischen Schlagwörter zu entledigen. Tatsache ist, daß die Industrie aus Gründen der Lohnpolitik auf Zweckpessimismus schaltet, während andererseits die Gewerkschaften aus denselben Gründen die Lage in einem wesentlich günstigeren Licht erscheinen lassen, als sie wirklich ist. Auch einige Wirtschaftstheoretiker kommen nicht umhin, umzudenken. Im Schatten des überdurchschnittlichen wirtschaftlichen Wachstums in den Jahren zwischen 1955 und 1960 entstand die Theorie von der „kontinuierlichen Wachstumsdynamik", die den hergebrachten Konjunkturzyklus (Konjunktur, Depression, Stagnation, Krise, Aufschwung) als überholt betrachtete, ja als antiquierte Vorstellung verwarf. Stattdessen wurde das „stetige Wachstum" als neuer Maßstab der Betrachtung des wirtschaftlichen Ablaufs zugrunde gelegt. Auch die vier Rezessionen, die die Wirtschaft der USA nach 1945 erlebte, werden nicht mehr als „Resterscheinungen" des „zyklischen Verlaufs" der Vorkriegszeit gewertet. Sowohl westdeutsche als auch amerikanische Wirtschaftstheoretiker glaubten, wegen eines wenige Jahre anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs objektiv wirkende ökonomische Gesetzmäßigkeiten außer Kraft setzen und sie durch eine neue Theorie der „Wachstumsdynamik" ersetzen zu können.

Einer der Verfechter der „Wachstumsdynamik" ist Milton Gilbert von der „Bank für Internationalen Zahlungsvergleich", der nach einer „grundlegenden Untersuchung" der wirtschaftlichen Verhältnisse Europas, vor allem der Bundesrepublik, zu der Erkenntnis kam, daß die Vorstellungen von konjunkturellen Gesamtschwankungen überholt seien. Er vertritt die Ansicht, und sie wird von einer großen Zahl der Unternehmer und Wirtschaftstheoretiker des Westens geteilt, daß sich nach konjunkturellen Schwankungen die Wachstumsdynamik schnell wieder einstelle. Die Theorie Gilberts wird in erster Linie von Prof. Dr. Hans Langelütke, Leiter des IFO-Wirtschaftsinstituts in München, gestützt. Prof. Langelütke sprach sich im „Heft der Braunschweiger Industrie- und Handelskammer" (Dezember 1961) entschieden dagegen aus, daß auf einen wirtschaftlichen Aufschwung zwangsläufig eine Depression folgen müsse und daß deshalb nach dem bisher ungewöhnlich langen Anstieg ein Rückgang unvermeidlich sei. Langelütke meinte dazu: „Diese Argumentation beruht auf einer veralteten theoretischen Vorstellung, auf dem falschen Leitbild von ‚Zyklizität' der Konjunktur, dem — zumindest in Westeuropa — kein Realitätsgehalt mehr zukommt . . . Es ist eine unbegründete Behauptung, daß diese Wellendynamik ein für alle Länder und Zeiten gültiges Gesetz sei."

Warum dem so sein soll, darüber vermögen diese Wirtschaftstheoretiker keine erschöpfende, wissenschaftlich begründete Antwort zu geben. Man spricht von einer „Kugel" der Wirtschaft, die immerwährend nach „oben" gestoßen wird, ähnlich einer Kugel auf dem Wasserstrahl. Damit stehe die Wirtschaft unter dem Anstoß einer dauernden Neuerung. Diese Theorien und Probleme sind für das gegenwärtige und künftige innenpolitische Klima der Bundesrepublik von entscheidender praktisch-politischer Bedeutung, was bereits die geführten Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden deutlich zeigen. Da durch die merkliche Konjunkturabschwächung die Theorie von der „permanenten Wachstumsdynamik" offensichtlich einen harten Schlag versetzt be-

kam, werden die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften dafür verantwortlich gemacht, daß das wirtschaftliche Wachstum wesentlich mäßiger wurde. Nicht objektiv wirkende Faktoren und Gesetzmäßigkeiten sind nach der Ansicht der Wirtschaftstheoretiker der Unternehmerverbände die Ursachen des Konjunkturschwunds, sondern subjektive Momente. Hier werden bekanntlich vor allem die Lohnbewegungen und das „Leben über die Verhältnisse" herausgestellt. Als einzige Therapie, mit der die Unternehmerverbände und der Wirtschaftsminister den Konjunkturschwund glauben eindämmen zu können, wird das „Maßhalten" und die „Bewältigung des Wohlstandes" empfohlen.

Wie ist die reale ökonomische Lage in der Bundesrepublik einzuschätzen? Die Wirtschaft Westdeutschlands steckt noch in keiner Krise, doch das wirtschaftliche Wachstum hat sich seit Ende 1960 wesentlich verlangsamt. In einigen Branchen, vor allem in der Textil- und der Papierindustrie u. a., machen sich jedoch bereits die ersten Anzeichen einer Krise bemerkbar. Die kritische Konjunktursituation, die von Branche zu Branche differiert, drückt sich vornehmlich im Außenhandel, den Produktionsziffern und auch in den Kurswerten der Aktien aus. Die die Konjunktur bremsenden Faktoren sind nicht subjektiver (angeblich zu hohe Lohnforderungen und übersteigerte Bedürfnisse), sondern objektiver Natur. Der Konjunkturschwund ist keine nur westdeutsche Erscheinung, sondern das wirtschaftliche Wachstum sank in allen westlichen Industrieländern, voran in den USA. Hinzu kommt, daß auf den Weltmärkten der Wettbewerb wesentlich schärfer geworden ist. Doch die wichtigste den internationalen Handel beeinflussende Erscheinung auf dem Weltmarkt ist die Veränderung der politischen Struktur in großen Wirtschaftsgebieten. Aus einer Vielzahl ehemaliger Kolonien wurden in den letzten Jahren souveräne Nationalstaaten, die nunmehr über ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse selbst entscheiden. Sie kaufen ihre Maschinen und Einrichtungen dort, wo sie diese am günstigsten bekommen, oftmals im Ostblock, der seit 1957 einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung verbuchen konnte. Resigniert stellte deshalb Heinz Pentzlin in der „Welt" (Nr. 180/62) fest: „In den meisten Überseeländern ist die Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft für europäische Industrieerzeugnisse geringer geworden."

Die Bundesrepublik ist mit ihrer hochentwickelten Industrie ein exportintensives Land, das — will die Wirtschaft florieren — auf die Ausfuhr von industriellen Fertigwaren angewiesen ist. Westdeutschland nimmt entsprechend seiner Wirtschaftsstruktur im Welthandel einen Spitzenplatz ein. Wie aus dem vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen jüngsten Jahrbuch hervorgeht, war die Bundesrepublik 1961 an der Welteinfuhr von 500 Milliarden Mark mit 9 Prozent beteiligt und nahm damit nach den USA (13 Prozent) und Großbritannien (10 Prozent) die dritte Stelle im Welthandel ein. Bei der Weltausfuhr (477 Milliarden DM) belegte Westdeutschland mit rund 11 Prozent nach den USA (17 Prozent) sogar den zweiten Platz. Sobald also die Ausfuhrziffern der Bundesrepublik sinken, wird hierzulande automatisch eine Konjunkturabschwächung eintreten. Das Außenhandelsgeschäft Westdeutschlands unterliegt seit etwa einem Jahr einem durchgreifenden Tendenzwandel; während die Einfuhren sprunghaft ansteigen, vermindern sich die Ausfuhren in besorgniserregender Weise. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres, so wußte das „Handelsblatt" vom 19. August 1962 zu berichten, stellte sich der Wert der Einfuhren der Bundesrepublik (einschließlich Westberlins) auf 28,5 Milliarden DM und übertraf damit das entsprechende Vorjahrsergebnis um 13,3%. Die Ausfuhr hingegen wuchs im gleichen Vergleichszeitraum nur um 3,6% auf 30,3 Milliarden DM. Der Aktivsaldo der Außenhandelsbilanz für die ersten 7 Monate 1962 betrug noch 1,8 Milliarden gegenüber 4,1 Milliarden DM in der gleichen Zeit 1961.

Diese Verringerung der Ausfuhren sowie der Importdruck — der nicht zuletzt durch die EWG und die freizügige Handelspolitik Bonns gegenüber den USA hervorgerufen wird — haben ihre Auswirkungen auf die Produktionsziffern in der Bundesrepublik. Im ersten Vierteljahr 1962 nahm — nach Angaben des „Mitarbeiterbriefes" des Deutschen Industrieinstituts vom 1. August 1962 — die Bundesrepublik mit einem Produktionszuwachs von nur 1 Prozent die letzte Stelle der EWG-Staaten ein. Die Produktion der italienischen Industrie wuchs im gleichen Zeitraum um 13 Prozent, die Frankreichs um 8 Prozent. Die gesamte Jahreswachstumsrate im industriellen Bereich der Bundesrepublik betrug für den Zeitabschnitt

Januar bis Juli 1962 3,6 Prozent gegenüber 8,3 Prozent im vergleichbaren Vorjahrszeitraum.

Auch über der Metallindustrie Westdeutschlands hält sich nach wie vor der Konjunkturschatten. Nach dem Konjunkturbarometer des Bundes der Deutschen Industrie vom Juli d. J. betrug die Schrumpfungsrate in der eisenschaffenden Industrie von Januar 1961 bis Mai 1962 6,2 Prozent. Ein ziemlich exaktes Bild der Konjunkturlage vermittelt auch der Aktienindex Westdeutschlands. Der von der Commerzbank berechnete Aktienindex wurde am 5. September 1960 mit 1032 angegeben, am 7. August d. J. wurde der tiefste Stand der Aktienkurse mit 555 Punkten erreicht. Obwohl die Börsen oftmals aus taktischen Gründen zu Übertreibungen neigen — das nach oben und auch nach unten —, drücken die Börsenkurse dennoch im großen und ganzen die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Nervosität in den maßgeblichen westlichen Industriestaaten aus. Früher galten die Börsenkurse als das sicherste Konjunkturbarometer.

Dieser abgeschwächte wirtschaftliche Entwicklungsstand besagt aber noch lange nicht, daß die großen Unternehmungen nicht noch märchenhaft verdienten und daß die Löhne in der Bundesrepublik zu hoch seien, daß der „Wohlstand" Formen angenommen haben könnte, die zu einer „Gefahr" werden. 1961 vermochte z. B. die Industrie der Bundesrepublik Rekordsummen zu investieren, nämlich 77,8 Milliarden DM (1960 = 66,4 Milliarden DM), das waren rund 26 Prozent des Bruttosozialproduktes Westdeutschlands, das 1961 310,8 Milliarden DM betrug. Während das Bruttosozialprodukt sich 1961 gegenüber dem Vorjahr um 9,9 Prozent erhöhte, erreichten die Bruttoanlageinvestitionen mit einer 15prozentigen Zunahme die expansivste Wirkung auf das Sozialprodukt. Von 1960 bis einschließlich 1961 konnte die Industrie 517,8 Milliarden DM für die Anschaffung neuer Anlagen ausgeben. In keiner Phase der Geschichte Deutschlands war die Wirtschaft jemals in der Lage, in einer derart kurzen Zeitspanne soviel Gewinne zu erzielen und einen derart großen Reichtum anzuhäufen. Hinzu kommt noch, daß ca. 65 Prozent dieser Riesensummen dank der Bonner Gesetzgebung von der Steuer abgeschrieben werden konnten. Es handelt sich faktisch um Steuergeschenke. Und trotz der Konjunkturabschwächung konnten 1961 auch die persönlichen, die direkten Gewinne der Großunternehmer erheblich gesteigert werden. Die Dividendenausschüttung stieg von 1960 bis 1961 von 1,8 Milliarden DM auf 2,2 Milliarden DM oder um 25 Prozent. Auch in diesem Jahr setzt sich die Tendenz höherer Durchschnittsdividenden fort. Die Durchschnittsdividende der an der Börse notierten Aktien der Gesellschaften mit Sitz im Bundesgebiet hat sich nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes von 13,61 Prozent Ende Juli d. J. auf 13,65 Prozent Ende August 1962 erhöht; am 31. Juli 1961 hatte sie 13,18 Prozent betragen. 1961 wurden außerdem noch 1 Milliarde DM in Form von Gratisaktien ausgegeben. Allein in den beiden Jahren 1960 und 1961 gaben 511 Aktiengesellschaften (von 2325 existierenden Gesellschaften) ihren Aktionären für 2,12 Milliarden DM steuerfreie Gratisaktien aus. Diese Gratisaktien wurden zusätzlich zu den Dividenden gewährt.

Die Gewinne der industriellen Großunternehmungen sind unvorstellbar hoch, während der Mittelstand und die Arbeitnehmer in ihrem Einkommen weit hinter der Entwicklung zurückblieben. Die Theorien von der „Maßlosigkeit" und vom „unbewältigten Wohlstand" als konjunkturhemmende Faktoren können also nicht auf die Masse des Volkes, höchstens auf eine verschwindende Minderheit von Großverdienern Anwendung finden. Nach Angaben der „Welt der Arbeit", dem Organ des DGB, vom 7. 9. 62 verdienten in Westdeutschland 1961 alle Arbeitnehmer zusammen (Beamte, Angestellte, Arbeiter usw.) im Durchschnitt je 560 DM brutto. Die männlichen Beschäftigten bekamen je 586 DM Bruttolohn, während der Brutto-Durchschnittsverdienst der beschäftigten Frauen mit je 350 DM angegeben wird. Der relativ hohe Lebensstandard in der Bundesrepublik läßt sich nur dadurch erklären, daß es in 59 Prozent aller Haushaltungen Mitverdiener gibt. In den 14,1 Millionen Mehrpersonen-Haushaltungen Westdeutschlands trat 1961 in 8,3 Millionen neben das Einkommen des „Ernährers" mindestens ein weiteres Einkommen, meist der Ehefrau. Auch die Löhne der Bundesrepublik nehmen in der westlichen Welt nicht die Spitzenposition ein, in die die Unternehmerverbände sie künstlich einzuordnen bemüht sind. Die „Welt der Arbeit" (Nr. 19/62) gibt an, daß die Stahlarbeiter 1960 (umgerechnet in

Schweizer Franken) in den einzelnen Staaten verdienen: USA 13,29, Schweden 5,03, Norwegen 4,44, Luxemburg 4,39, Dänemark 4,34, England 4,10 und Bundesrepublik 3,36 Schweizer Franken. Bis heute hat sich an der Reihenfolge nichts geändert. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Löhne der Stahlarbeiter in Westdeutschland hinter denen im Druckereigewerbe den zweiten Platz einnehmen.

Die Lohnbewegungen können also die Konjunkturabschwächung nicht herbeigeführt haben, wie der Vergleich zeigt. Vielmehr sind die Gewinne der Großindustrie und die Preise für die Industrieerzeugnisse zu hoch. Im „Wirtschaftsbericht" der Bayerischen Staatsbank vom Juni 1962 heißt es, daß die industriellen Erzeugerpreise seit dem Herbst des letzten Jahres erheblich in Bewegung gekommen seien. „Besonders stark haben sich dabei", wird betont, „die industriellen Enderzeugnisse im ersten Quartal 1962 verteuert". Diese Preissteigerungen dürften, wird hervorgehoben, „keinesfalls auf die leichte Schulter genommen werden. Sie bringen insbesondere Gefahren für die Exportwirtschaft mit sich." Um von dieser nüchternen Sachlage abzulenken, werden die abwegigsten Ideen verbreitet, denen allen der eine Gedanke zugrunde liegt, die Bundesbürger lebten über ihre Verhältnisse, sie verdienten zuviel. Der Wirtschaftstheoretiker Gernot Gather fragt gar in der „Offenen Welt" (Juni 1962), dem Organ der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947": „Ist der Mensch geistig-sittlich, ja selbst physisch-psychisch überhaupt imstande, all jene Güter und Dienste zu verkraften, die ihm die Gesellschaft in Überfluß anbietet?" Auch er empfiehlt den westdeutschen Bürgern, maßzuhalten, auch er scheint in den Maßhalteparolen den einzigen Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten der westdeutschen Wirtschaft zu sehen, ohne freilich konkret den Beweis zu erbringen, daß die Bevölkerung Westdeutschlands tatsächlich ein „Leben über die Verhältnisse" führt. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Problemen ist im heutigen Bundesdeutschland leider einer zweckdienlichen Propaganda gewichen.

Ernst Heinrich

# *Buchbesprechungen*

**Neuerscheinungen historisch-politischer Literatur (II)**

**Soziologie und Geschichte**

Alexis de Tocqueville, Werke und Briefe. Band II: Über die Demokratie in Amerika, 2. Teil. Nach der französischen historisch-kritischen Gesamtausgabe, herausgegeben von J. P. Mayer, Paris, in Gemeinschaft mit Theodor Eschenburg, Tübingen, und Hans Zbinden, Bern. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 368 S., Ln. 30,— DM.

C. Wright Mills, Die amerikanische Elite. Gesellschaft und Macht in den Vereinigten Staaten. Holsten Verlag, Hamburg, 447 S, Ln. 23,80 DM.

Jean-Paul Sartre, Das Sein und das Nichts. Versuch einer phänomenologischen Ontologie. Erste vollständige deutsche Ausgabe. Rowohlt Verlag, Hamburg, 788 S., Ln. 40,— DM.

Wilhelm Sandfuchs, Die Außenminister der Päpste. Olzog Verlag, München, 180 S. mit 20 Abb., Ln. 14,80 DM. — Mit biographischen Skizzen der Kardinalstaatssekretäre und einer synoptischen Übersicht für die Jahre 1644 bis 1962.

Enno Meyer, Juden und Judenfeinde in der christlichen Welt. Ein Abriß der jüdischen Geschichte von den Anfängen bis auf unsere Zeit. Joseph Melzer Verlag, Köln, 123 S., engl. brosch. 9,80 DM. — Das inhaltsreiche Büchlein, dessen Autor es als den Versuch bezeichnet, „aus der wissenschaftlichen Literatur grundrißartig das zusammenzutragen, was den deutschen Leser, der sich mit den genannten Dingen befassen möchte, zunächst einmal interessieren

# *Dokumente zum Zeitgeschehen*

**Aus der Rede des Präsidenten der Republik Kuba, Dr. Osvaldo D o r t i c o s , vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York am 8. Oktober 1962:**

... Wir wenden uns heute an die Vereinten Nationen insbesondere deshalb, weil um das sogenannte Kuba-Problem oder die Kuba-Frage eine Reihe von Umständen und überhaupt eine Atmosphäre geschaffen worden sind, die gegen unseren Willen und gegen unseren Entschluß diese Frage oder die Bemühungen zu ihrer Beilegung in einen Fall verwandelt haben, der die Drohung des Krieges in sich birgt. Ich glaube deshalb, daß es angemessen ist, wenn ich aus meiner eigenen auf den Tatsachen beruhenden Kenntnis heraus und ohne Randspekulationen über die Ereignisse der jüngsten Geschichte und der Gegenwart Ihnen sage, wie die Situation Kubas wirklich ist und was die genaue Einstellung der Revolutionsregierung von Kuba ist. Vor allem anderen lassen Sie mich an folgendes erinnern:

Es wird heute behauptet, daß Kuba eine Bedrohung des Friedens auf dem amerikanischen Kontinent sei, weil es aus seiner marxistisch-leninistischen Orientierung heraus den Umsturz fördere. Und dies wird aufgegriffen und zum Kern des Problems erklärt.

Ich wiederhole, daß es gut ist, sich daran zu erinnern, daß die gespannte Situation, welche in bezug auf mein Lande besteht — das heißt, die gespannte Situation zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba — bereits lange vor der Zeit entstand, zu der unsere Revolutionsbewegung die sozialistischen Züge annahm, die sie heute aufweist.

Die Verkündung unserer Gesetze im Hinblick auf die Interessen der nordamerikanischen Monopole in unserem Lande und die Verkündung des Agrarreform-Gesetzes in einem Stadium unserer revolutionären Entwicklung, das noch nicht den Prinzipien des Sozialismus entsprach — diese Maßnahmen genügten, um die Regierung der Vereinigten Staaten zu aggressiven Handlungen gegen unser Land zu veranlassen. Damals begann man mit der Serie anmaßender diplomatischer Noten und räuberischer Verletzungen des Luftraumes über unserem Lande. Hierauf folgte bald die Herabsetzung des Zucker-Kontingents auf dem nordamerikanischen Markt und die Einstellung der Öllieferungen an unser Land, zusammen mit diplomatischen Schritten, die auf eine Isolierung Kubas innerhalb des amerikanischen Kontinents hinzielten. Mit einem Wort, es kam zu einer ganzen Serie eindeutig aggressiver Handlungen, die zu dem gegenwärtigen Spannungszustand führten, und zwar — ich wiederhole — lange bevor wir den sozialistischen Charakter unserr Revolution proklamierten.

Und was geschah danach?

Ich glaube, ich würde Ihre Geduld ungebührlich strapazieren, wenn ich die Liste nordamerikanischer Agressionen gegen Kuba hier aufzählen wollte. Ich glaube, es wird genügen, wenn ich all die Versuche erwähne, die gemacht wurden, um einen Umsturz in unserem Lande herbeizuführen, die Sabotageakte, die Angriffe auf Einzelpersonen und die Spionagetätigkeit auf unserem Boden. Und endlich dürfte es genügen, wenn ich diese Versammlung an die bewaffnete Invasion unseres Landes durch Söldnerstreitkräfte erinnere, die von der Regierung der Vereinigten Staaten finanziert, militärisch ausgebildet und militärisch geschützt und dirigiert wurden — die Invasion in Playa Girón.

Und nach Playa Girón, nach diesem Fiasko, nach dieser lächerlichen Episode, was geschah nun? Lernten sie vielleicht die große Geschichtslektion? Zeigten sie ein Bewußtsein und Wissen von der gewaltigen Macht eines Volkes, das fest entschlossen ist, seine Freiheit und Unabhängigkeit zu erringen? Nein, nichts dergleichen. Wir wurden sogleich wieder die Opfer neuer Aggressionen, neuer Infiltrationen, entlang unserer Küste, durch Agenten, ausgebildet von der Central Intelligence Agency. Es kam zu neuen Sabotage-

versuchen; es kam zur militärischen Ausbildung von Gruppen, die den Umsturz in unserem Lande herbeiführen sollten, der bisher noch nicht gelungen war; es kam zu einer Intensivierung des wirtschaftlichen Druckes auf unser Land — eine Waffe, derer man sich wieder hartnäckig bedient hat in der Hoffnung, daß wirtschaftlicher Druck die Revolution in unserem Lande zum Scheitern bringen könnte und somit zur Erreichung des einzigen angestrebten Zieles führen würde, nämlich dem Sturz der Revolutionsregierung von Kuba.

Trotz der Tatsache, daß sie uns von der Teilnahme am nordamerikanischen Zuckermarkt ausschlossen, trotz der Tatsache, daß sie unsere Ölzufuhr stoppten, trotz der Tatsache, daß sie die Handelsbeziehungen zwischen unserem Lande und den Vereinigten Staaten schließlich völlig lösten in der Hoffnung, so den Zusammenbruch unserer Wirtschaft herbeizuführen, können wir heute dennoch vor dieser Versammlung der Vereinten Nationen erscheinen und mit Stolz auf eine lange Liste wirtschaftlicher Errungenschaften hinweisen.

... Wir können auf eine Industrie verweisen, die, obwohl in verbrecherischer Weise ihrer Ersatzteillieferungen beraubt, heute dennoch innerhalb so kurzer Zeit und trotz aller Schwierigkeiten eine Wachstumsrate von 7 Prozent aufweist, mit Ausnahme der Zuckerindustrie. Wir können auf unsere landwirtschaftliche Entwicklung hinweisen und die Organisation und Planung unserer Volkswirtschaft, die für die nahe Zukunft ein ausgeglichenes und beschleunigtes Wachstum verspricht und im wesentlichen auf die Erreichung wirtschaftlicher Unabhängigkeit gerichtet ist.

Die Schaffung ausführbarer Reserven, die in unsere Landwirtschaft gesteckt werden können, die Entwicklung unseres Außenhandels und die offensichtlich notwendigen Vorstufen, die zu einer späteren industriellen Entwicklung führen werden, werden die Wesenszüge und die Struktur unserer unterentwickelten Industrien vollkommen verwandeln. Damit einher gehen Maßnahmen der Gesundheitsförderung, die auf diesem Kontinent einzig dastehen, sowie fundamentale Leistungen in unserer Erziehungspolitik. Gerade diese sind es, unter anderen Erfolgen, die es uns heute gestatten, mit Stolz und tiefer Befriedigung zu sagen, daß auf diesem Erdteil, der so voll von ungebildeten Menschen ist, diesem Kontinent von Ländern mit alarmierenden Analphabetenziffern, Kuba heute durch seine Revolution ohne Analphabeten dasteht. Aber wir haben dies schaffen müssen, während wir bei jedem Schritt von mehrfacher Aggression bedrängt waren, und gerade der Feldzug gegen das Analphabetentum in unserem Lande als solcher, in seiner Entwicklung, in seinem Wachsen, hatte einige schmerzliche und dramatische Momente zu überwinden, weil konterrevolutionäre Banden, organisiert und ausgerüstet von der Regierung der Vereinigten Staaten, soweit gingen, Lehrer zu ermorden, junge Männer oder Studenten, die unterrichten und die hinaus auf unsere Felder gegangen sind, um die Geißel des Analphabetentums unter unseren Bauern auszurotten.

All diese Fortschritte, — die, wie ich glaube, auch die Unterstützung und den Beifall derer rechtfertigen, die unsere ideologischen Auffassungen nicht teilen — all diese Erfolge und die Fehlschläge unserer Feinde haben sie immer noch nicht die große Lektion gelehrt. Die Aggressionen gingen weiter; die Provokationen gingen weiter; die Ausbildung konterrevolutionärer Gruppen auf nordamerikanischem Boden und auf dem Boden der karibischen Länder ging weiter; die von dem immer noch in unserem Lande befindlichen amerikanischen Flottenstützpunkt ausgehenden Provokationen gingen weiter, und die Verletzung unserer Hoheitsgewässer und des Luftraumes über unserem Lande ging weiter. Der Mangel an Zeit macht es mir unmöglich, alle diese Verletzungen aufzuzählen. Eine ausführliche Darstellung soll jedoch an die Mitglieder der Vollversammlung verteilt werden. Aber diese Aggressionen dauern an, und die amerikanischen Kriegsschiffe befinden sich weiter an der Küste unserer Häfen, und diejenigen von uns, die täglich in Havanna sind, müssen mit eigenen Augen diese um unsere Insel lauernden Schiffe mit ihrem kriegerischen Anblick sehen, die, wenn sie jetzt auch noch nicht kriegerisch sind, so doch aussehen, als ob sie einen Krieg vorbereiteten.

Dies ist das heutige Bild. Aber wir können hinzufügen, daß die gegenwärtige Situation sich qualitativ von der unterscheidet, die vor der Invasion unseres Landes in Playa Girón bestand. Ich sage, daß sie qualitativ gesehen anders ist, und zwar aus dem folgenden Grunde: Vor Playa Girón hat die Regierung der Vereinigten Staaten mehr als einmal erklärt, daß sie keinerlei aggressive Absichten gegen mein Land habe. Nach Playa Girón mußte der Präsident der Vereinigten Staaten selbst öffentlich und offiziell zugeben, daß

er die Verantwortung trug; er mußte sich zu seiner Teilnahme an dieser Invasion bekennen. Und heute ist die Situation anders, weil, wenn man uns auch immer wieder versichert — der Chefdelegierte der Vereinigten Staaten in dieser Versammlung hat es selbst bestätigt —, daß kein Angriff auf mein Land beabsichtigt ist, es doch andererseits einen Präzedenzfall gibt; es gibt Veröffentlichungen, offizielle Erklärungen und offizielle Resolutionen, die eine bewaffnete Aggression gegen Kuba autorisieren und im voraus legitimieren. Und das Ziel, wie wir es dem Text einer Erklärung des amerikanischen Außenministeriums entnehmen, der Leitgedanke der amerikanischen Außenpolitik in bezug auf Kuba besteht klar und eindeutig darin, die Revolutionsregierung von Kuba zu stürzen und unsere glorreiche Revolution und ihre Früchte zu zerstören.

Dies findet statt inmitten und umgeben von einer Presse-, Rundfunk- und Fernseh-Kampagne, die die politische Bühne der Vereinigten Staaten mit kriegsähnlicher Hysterie erfüllt. Dazu kommen die sich ständig wiederholenden anmaßenden und beleidigenden Erklärungen von Senatoren und Mitgliedern des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten. Auf die absurdeste Weise macht man sich einen jeden Umstand zunutze, der diese Kampagne aggressiver Hysterie gegen unser Land nähren könnte, was dann zum Beispiel zu der lächerlichen Behauptung führt, daß die Errichtung eines Fischereihafens auf unserem Gebiet im Zuge freundlicher und freundschaftlicher Beziehungen mit der Sowjetunion ebenfalls eine Drohung bewaffneter Aggression darstellt, die die Sicherheit der Vereinigten Staaten selbst gefährdet. Dies heißt, daß man das Fischen von Kabeljau und Hering zu einer Kriegsdrohung erhebt.

Wir wissen, daß diese Atmosphäre der Hysterie, diese Kampagne, diese endlose Serie von Schmähungen und Verleumdungen ein wesentlicher Bestandteil des Druckes ist, der von der amerikanischen Regierung und auch auf diese selbst ausgeübt wird, so daß man sich ein für allemal für bewaffnete Aggression, direkte bewaffnete Aggression gegen mein Land entscheidet. Wir wissen, daß dieser Druck besteht. Wir glauben aber auch, daß es letzten Endes die amerikanische Regierung selbst ist, die für die Existenz dieses Druckes verantwortlich ist, der eine natürliche Folge, ein unvermeidliches Ergebnis der Politik ständiger Aggression und Beunruhigung ist, die die Vereinigten Staaten verfolgt haben, seitdem die neue Regierung in diesem Lande im Amte ist.

Jedermann kann die Manöver und Maßnahmen sehen und beobachten, die unter dem Schutze dieses Klimas antikubanischer Hysterie und Aggression durchgeführt werden ...

Außerhalb der Organisation amerikanischer Staaten und ohne eines der internationalen Gremien zu konsultieren, unter Mißachtung aller, trifft die amerikanische Regierung einseitige Entscheidungen und ergreift Maßnahmen, welche die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen flagrant verhöhnen und verletzen. Auf der einen Seite gibt es die Politik der „Allianz für den Fortschritt", eine Politik des Opportunismus, zu der es auf diesem Kontinent lediglich angesichts des Beispiels der kubanischen Revolution kam. Auf der einen Seite wird eine Entscheidung verkündet, die Entwicklung der rückständigen Länder zu fördern, und zwar ebenfalls angesichts Kubas, das eine unterentwickelte Wirtschaft besitzt, dessen Bevölkerung jedoch beseelt ist von dem Streben nach wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung. Auf der anderen Seite gibt es eine Politik, die einzig und allein darauf ausgerichtet ist, wirtschaftliche Schwierigkeiten zu schaffen und versucht, die Kräfte der Revolutionsregierung von Kuba im Keime zu ersticken. Und all dem, was schon geschehen ist, hat man dann noch diese offiziellen Entscheidungen hinzugefügt — offiziell verkündet —, Zwang und Repressalien gegen alle Schiffahrtsgesellschaften anzuwenden, deren Schiffe eine Ladung zur Versorgung und Ernährung der kubanischen Bevölkerung mitführen: Rohstoffe für unsere Industrie, Düngemittel und Geräte für unsere Landwirtschaft. Repressalien und Zwang werden angewendet, um eine Seeblockade über unser Land zu verhängen. Am hellichten Tag, in aller Offenheit wird auf die Länder der NATO Druck ausgeübt, damit sie ihre Schiffe davon abhalten, noch Ladungen in unser Land zu befördern.

Und wenn das nicht hilft, dann gibt es immer noch ein weiteres Mittel: Repressalien gegen Schiffe, die dennoch Frachten in mein Land befördern, sogar zum Schaden der Interessen von Schiffahrtsgesellschaften, die unter der Flagge von mit den Vereinigten Staaten befreundeten Ländern fahren ...

Dieses Drängen auf Blockademaßnahmen, diese Ausführung von einseitigen Handlungen zur Durchsetzung dieser Blockademaßnahmen, sind sie nicht zu Zeiten des Friedens

kriegerische Handlungen? Ich frage Sie, meine Herren, ob die Vereinigten Staaten das Recht oder die Vollmacht besitzen, außerhalb und unter Mißachtung dieser internationalen Organisation einseitige Maßnahmen von solcher Tragweite zu treffen?

. . . Ich sagte zu Beginn meiner Ausführungen, daß der Zustand der amerikanisch-kubanischen Beziehungen vor der Invasion in Playa Girón qualitativ gesehen ein anderer war als heute. Und ich sagte dies, weil inzwischen offizielle Erklärungen und Resolutionen bekannt geworden sind, die schon im voraus einen vergeblichen Versuch darstellen, eine direkte bewaffnete Aggression gegen mein Land zu rechtfertigen. Ihnen allen liegt die gemeinsame Entschließung des amerikanischen Kongresses vor. Um zu verstehen, was ich meine, brauchen Sie nur flüchtig den bereits wirksam gewordenen Teil dieser gemeinsamen Entschließung durchzusehen, wie er vom Kongreß der Vereinigten Staaten gebilligt wurde. Ich zitiere das Dokument: „Vom im Kongreß versammelten Senat und Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten wird beschlossen, daß die Vereinigten Staaten entschlossen sind, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einschließlich Waffengewalt, zu verhindern, daß das marxistisch-leninistische Regime auf Kuba seine aggressive oder subversive Tätigkeit auf irgendeinen Teil dieser Hemisphäre durch Gewalt oder Gewaltandrohung ausdehnt."

Dies ist einfach grotesk. Wir brauchen uns nur der jüngsten Geschichte zuzuwenden. War es vielleicht Kuba, das sich aggressiver oder subversiver Handlungen gegen andere Länder dieser Hemisphäre schuldig gemacht hat? Nein, ganz im Gegenteil. Lassen Sie Ihre Gedanken für einen Augenblick zurückschweifen und erinnern Sie sich an die Invasion von Playa Girón, die, wie Präsident Kennedy selbst zugegeben hat, von der Regierung der Vereinigten Staaten unterstützt und organisiert wurde. Die Söldnertruppen wurden in einem mittelamerikanischen Land ausgebildet, und diese Truppen gingen dann daran, in ein anderes amerikanisches Land einzufallen. War es Kuba, das subversive Handlungen in dieser Hemisphäre durchführte, oder waren es nicht vielmehr jene anderen Regierungen, welche auf die eine oder andere Weise diese Invasion unterstützt haben? Indem sie es taten, indem sie dieses internationale Verbrechen begingen, wurden sie daran schuldig. Kuba hat schon in der Vergangenheit gesagt und wiederholt es hier, daß wir nicht die Absicht haben, irgendwelche Schritte zu unternehmen und auch niemals Schritte unternehmen werden, um die Ideologie unseres eigenen revolutionären Prozesses auf irgendwelche anderen Länder oder Teile dieser Hemisphäre auszudehnen.

Aber lassen Sie uns auf diese gemeinsame Entschließung des amerikanischen Kongresses zurückkommen. In ihrem dritten wirksam gewordenen Paragraphen steht: „Mit der Organisation amerikanischer Staaten und allen friedliebenden Kubanern — (und ich darf hier wohl ergänzen kubanischen Konterrevolutionären) — zusammenzuarbeiten und das Streben des kubanischen Volkes nach Selbstbestimmung zu unterstützen." Nun wollen wir uns fragen, was das heißt. Heißt es: weiterhin die gegen unser Land gerichtete subversive und aggressive Tätigkeit zu unterstützen; neue räuberische Einfälle in unsere Küsten zu finanzieren, zu schützen und zu decken; eine neue bewaffnete Aggression gegen unser Land zu finanzieren und militärisch zu decken und zu schützen?

Dieser Paragraph der vom Kongreß der Vereinigten Staaten angenommenen Entschließung ist die offizielle, kategorische, offene Erklärung der Entscheidung dieses Landes, sich in die inneren Angelegenheiten meines Landes einzumischen, die hier in aller Öffentlichkeit offiziell durch den Konoreß der Vereinigten Staaten verkündet wird, und zwar, was für ein absurder Widerspruch!, innerhalb derselben Resolution, in welcher Kuba beschuldigt wird, den Frieden auf diesem Kontinent gestört zu haben.

In Unterparagraph b dieser gemeinsamen Entschließung stellt der Kongreß der Vereinigten Staaten fest, daß er entschlossen ist, „auf Kuba die Schaffung oder Anwendung einer von außen geförderten militärischen Fähigkeit, die Sicherheit der Vereinigten Staaten zu gefährden, zu verhindern."

Mit anderen Worten, der Kongreß der Vereinigten rechtfertigt a priori den Gebrauch von Waffen, rechtfertigt die bewaffnete Aggression gegen mein Land, um in Kuba die Schaffung einer militärischen Kapazität zu verhindern, die die Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährden könnte. Kuba, das die Sicherheit einer Großmacht gefährdet — Kuba, das Opfer der Aggression — Kuba, das überfallene Land. Dieses Land, Kuba, erfüllt die Führer dieser Großmacht mit Panik, und ihre Herzen zittern vor Angst. Ich

glaube, ich brauche Ihnen gegenüber, meine Herren, nicht die Lächerlichkeit einer solchen Erklärung zu betonen.

Wegen dieser vom Kongreß der Vereinigten Staaten verabschiedeten gemeinsamen Entschließung — ich habe gehört, wie ein Mitglied des Repräsentantenhauses sie als eine Antwort auf das Kuba-Problem bezeichnete — beruft die Regierung der Vereinigten Staaten Reservisten ein und beabsichtigt, innerhalb der regulären amerikanischen Armee Kuba-Kontingente auszubilden, die gegen die kubanische Regierung eingesetzt werden sollen. Dies geschieht, nach der gemeinsamen Entschließung, wegen der Gefahr, die Kuba darstellt, weil Kuba militärisch in die Lage versetzt werden könnte, das friedliche Alltagsleben des amerikanischen Volkes zu gefährden und zu stören und die Sicherheit dieser Großmacht zu gefährden.

Was können wir dazu sagen? Wir können sagen, daß Kuba sich bewaffnet hat. Wir haben ein Recht, uns zu bewaffnen, uns zu verteidigen, und die Frage, die gestellt werden muß, ist: Warum hat Kuba sich bewaffnet? Es läßt sich nicht bestreiten, daß wir es vorgezogen hätten, all diese menschlichen und materiellen Hilfsquellen und all die Energien, die wir für die Stärkung unserer militärischen Verteidigung aufwenden mußten, für die Entwicklung unserer Wirtschaft und die Hebung unseres kulturellen Niveaus aufzuwenden. Wir haben uns gegen unseren Willen bewaffnet, gegen unsere bessere Natur, weil wir dazu gezwungen waren. Wir waren gezwungen, unsere Verteidigungskraft zu erhöhen. Andersfalls hätten wir die Souveränität unseres Landes und seine Unabhängigkeit gefährdet und untergraben. Wir haben uns bewaffnet, weil das kubanische Volk ein ihm von der Geschichte selbst verliehenes legitimes Recht besitzt, die aufgrund seiner Souveränität getroffenen Entscheidungen zu verteidigen und sein Land auf die von ihm selbst gewählten geschichtlichen Pfade zu führen . . .

Deshalb haben wir gerüstet. Wir hoffen immer noch, daß es uns möglich sein wird, alle diese Waffen über Bord zu werfen. Wir sind eine friedliebende Nation; wir wollen Frieden; wir wollen keinen Krieg. Das kubanische Volk hat nur einen Wunsch — große Taten zu vollbringen in der Entwicklung der Zukunft seiner Nation, und zwar durch friedliche und schöpferische Arbeit.

Wir wurden gezwungen uns zu rüsten — nicht um irgendjemand anzugreifen, nicht um über irgendeine andere Nation herzufallen, sondern um uns zu verteidigen. Und wir haben die gemeinsame Entschließung des amerikanischen Kongresses zu passender Zeit mit einer von unserem Ministerrat gebilligten Erklärung beantwortet, in der es hierzu heißt: Wenn die Vereinigten Staaten imstande wären, Kuba wirksame Garantien und zufriedenstellende Beweise in bezug auf die Integrität kubanischen Gebiets zu geben, und sollten sie ihre subversive und konterrevolutionäre Tätigkeit gegen unser Volk einstellen, so brauchte Kuba seine Verteidigungskraft nicht zu erhöhen. Kuba brauchte dann noch nicht einmal eine Armee, und alle Mittel, die diesem Zweck zugeführt werden, würden von uns mit Freude und Dankbarkeit für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung unseres Landes angelegt werden.

Sollten die Vereinigten Staaten uns in Wort und Tat beweisen, daß sie keine Invasion gegen unser Land durchführen werden, so erklären wir schon jetzt an dieser Stelle auf das feierlichste, daß unsere Rüstung damit unnötig und unsere Armee überflüssig würde. Wir glauben von uns, daß wir fähig sind, Frieden zu schaffen . . .

Der offensichtlich wichtigste Punkt in dieser Entschließung des amerikanischen Kongresses ist, daß die Vereinigten Staaten sich das sogenannte Recht vorbehalten, einseitig zu entscheiden, wann nach ihrer Meinung die in der gemeinsamen Entschließung dargelegten Bedingungen eingetreten sind, zu welchem Zeitpunkt die Vereinigten Staaten dann imstande wären, die bereits im voraus für gesetzmäßig erklärte Aggression gegen mein Land durchzuführen. Und dies gibt zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß, denn nach der Entschließung genügt es für die amerikanische Regierung zu erklären, daß eine dieser Bedingungen erfüllt ist, um unser Land direkt durch bewaffnete Aggression angreifen zu können . . .

Wo stehen wir angesichts dieses aggressiven Verhaltens? Von Anbeginn der Verschlechterung der kubanisch-amerikanischen Beziehungen ist Kuba stets zu Verhandlungen bereit gewesen, zu Verhandlungen auf normalem diplomatischem Wege oder auf jede andere angemessene Weise, um die Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba zu beseitigen. Wie unser Ministerrat in seiner Erklärung festgestellt hat, wäre Kuba

sogar bereit gewesen, amerikanische Bürger und amerikanische Interessen zu entschädigen, die möglicherweise durch die im Zuge der Revolution erlassenen Gesetze betroffen wurden, wenn die wirtschaftliche Aggression nicht gewesen wäre, und wenn die amerikanische Regierung bereit gewesen wäre, auf einer der Souveränität, Würde und Unabhängigkeit unseres Volkes angemesenen Ebene zu verhandeln. Unsere Bereitwilligkeit, eine friedliche Regelung auszuhandeln, wurde bei vielen Gelegenheiten öffentlich bekundet; sie kam auch in offiziellen Noten an die amerikanische Regierung zum Ausdruck . . . Die wiederholten Weigerungen der amerikanischen Regierung zu verhandeln, sind ein überzeugender Beweis dafür, daß sie nur ein einziges Ziel hatte, nämlich den Sturz der Revolutionsregierung meines Landes, die Niederschlagung der kubanischen Revolution und Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes . . .

Kuba, und ich sage das ganz deutlich, ist immer bereit gewesen und auch heute noch bereit, die Spannungen zu mildern, die die kubanisch-amerikanischen Beziehungen umgeben und den Weltfrieden bedrohen. Da Kuba bereit ist, dies zu tun, haben wir auch ein moralisches Recht darauf, von der Delegation der amerikanischen Regierung zu verlangen, daß sie uns sagt, ob ihre Regierung ebenfalls bereit ist, notwendige und nützliche Schritte zu ergreifen, um die gegenwärtige internationale Spannung zu überwinden, die Kuba umgibt. Leider sind wir pessimistisch, und wir sehen bereits voraus, was für eine Antwort uns zuteil werden wird im Hinblick auf diese Schritte zum Frieden, diese Schritte, die wir zu unternehmen bereit sind und die zu unternehmen wir die amerikanische Regierung ersuchen; d. h., wir fragen die amerikanische Regierung, ob sie bereit ist, diese Schritte zu unternehmen. Leider, und Sie sind dabei Zeugen, werden diese Schritte nicht unternommen werden . . .

Es ist an dieser Stelle oft hervorgehoben worden, daß Kuba nicht ein Zankapfel zwischen Osten und Westen ist. Kuba ist ein Problem der Souveränität und der Unabhängigkeit. Das Kuba-Problem ist eine Frage der souveränen Entscheidungsgewalt eines Volkes und des Rechts dieses Volkes auf Selbstbestimmung. Kuba wünscht nicht, daß sein Name mit auf der Liste derer erscheint, die in den Kalten Krieg verwickelt sind. Kuba möchte lediglich seine Wirtschaft entwickeln und sein kulturelles Niveau heben und Pläne für eine gute und friedliche Zukunft machen und in die Tat umsetzen . . .

Als die Invasion stattfand, hörten viele von Ihnen hier mit, wie der Vertreter der amerikanischen Regierung erklärte, daß eine solche Invasion nicht stattgefunden hätte, daß sie nicht existierte und daß seine Regierung diese Invasion nicht gefördert hätte. Und doch erklärte sich einige Tage später der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika selbst öffentlich und offiziell für diese Invasion verantwortlich. Was in der Vergangenheit geschehen ist, gibt uns deshalb ein Recht darauf, vor den Vereinten Nationen Garantien dafür zu verlangen, daß es zu keiner Aggression kommen wird, aber, wie ich bereits sagte, nicht Garantien, die in Worten bestehen, sondern vor allem Garantien, die durch Taten untermauert sind.

Man sage uns nicht, daß das Kuba-Problem nicht eine zweiseitige Differenz zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten, sondern in Wirklichkeit ein Problem dieser Hemisphäre sei. Wir haben bereits gesagt und wir haben es wiederholt, und wir wiederholen es noch einmal, daß wir den Grundsatz der Nichteinmischung achten. Wir haben immer erklärt, daß wir die Souveränität und Unabhängigkeit der übrigen Länder Lateinamerikas respektieren. Kuba ist nicht ein Problem dieses Kontinents oder dieser Hemisphäre. Die Unterentwicklung ist ein Problem der Hemisphäre, wir dagegen sind kein Problem der Hemisphäre. Hunger, Mangel, Not sind Probleme dieser Hemisphäre, doch nicht Kuba. Unwissenheit und Analphabetentum sind Probleme der Hemisphäre, aber nicht Kuba. Die amerikanische Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder dieses Kontinents ist ein Hemisphäre-Problem, nicht Kuba. Die Ausbildung und Vorbereitung bewaffneter Streitkräfte, insbesondere von seiten der Regierung der Vereinigten Staaten, in verschiedenen Ländern dieses Kontinents zum Einsatz gegen Volksbewegungen auf diesem Kontinent, bis der Gefahr eines neuen Kolonialkrieges auf dem amerikanischen Kontinent gesteuert ist — dies ist ebenfalls ein Problem der Hemisphäre, aber nicht Kuba.

Kuba ist kein Problem der Hemisphäre, aber die Vereinigten Staaten sind es wegen ihres Mangels an Achtung vor der Souveränität anderer Staaten. Kuba ist kein Problem für die Länder, die es respektieren. Kuba kann nur für die Regierungen ein Problem sein,

die es fürchten — nicht wegen unserer Fähigkeit zur Subversion oder wegen etwaiger aggressiver Absichten, sondern nur wegen des Vorbildes der kubanischen Revolution . . .
(Dt. Übersetzung „Blätter f. dt. u. int. Politik")

## Der Appell des UNO-Generalsekretärs an Kennedy und Chrustschow

UNO-Generalsekretär U Thant gab den Inhalt seiner Botschaften an Präsident Kennedy und den sowjetischen Regierungschef Chrustschow in der Nacht zum Donnerstag in einer Rede im Sicherheitsrat bekannt Die Botschaften sind identisch. Der Text der Botschaft an Chrustschow hat folgenden Wortlaut:

„Ich bin von den ständigen Vertretern einer großen Anzahl von Mitgliedsregierungen der Vereinten Nationen aufgefordert worden, angesichts der gegenwärtigen kritischen Situation einen dringenden Appell an Sie zu richten. Diese Vertreter sind der Ansicht, daß im Interesse des internationalen Friedens und der Sicherheit alle Beteiligten von allen Aktionen Abstand nehmen sollten, die die Situation verschärfen und das Risiko eines Krieges mit sich bringen könnten.

Nach Ansicht dieser Länder ist es wichtig, daß Zeit gefunden wird, um die beteiligten Parteien in die Lage zu versetzen zusammenzukommen, um die gegenwärtige Krise friedlich zu lösen und die Situation im karibischen Raum zu normalisieren.

Das macht einerseits die freiwillige Unterbrechung aller Waffenlieferungen per Schiff nach Kuba und andererseits die freiwillige Aufhebung der militärischen Blockademaßnahmen notwendig, welche die Durchsuchung von Schiffen auf der Fahrt nach Kuba vorsehen.

Ich glaube, daß eine derartige freiwillige Zurückstellung dieser Maßnahmen für eine Zeit von zwei bis drei Wochen die Situation weitgehend entspannen und den beteiligten Parteien Zeit lassen wird, sich zu treffen und Diskussionen aufzunehmen, um eine friedliche Lösung des Problems zu finden.

In diesem Zusammenhang bin ich gern bereit, mich selbst für alle Parteien und für alle Dienste bereit zu halten, die ich vielleicht leisten kann. Ich appelliere dringend an Eure Exellenz, dieser Botschaft sofortige Beachtung zu schenken. An den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika habe ich eine gleichlautende Botschaft gerichtet."

Nach: Süddeutsche Zeitung v. 26. X. 62.

## Der Ökumenische Rat der Kirchen zur Kuba-Krise

Auf Grund von Verlautbarungen der Vollversammlungen des Ökumenischen Rates der Kirchen haben Ausschüsse und Amtsträger des Ökumenischen Rates wiederholt ihre Besorgnis und ihr Bedauern zum Ausdruck gebracht, wenn Regierungen unilaterale militärische Aktionen gegen andere Regierungen unternahmen Die Amtsträger des Ökumenischen Rates der Kirchen fühlen sich verpflichtet, ihre tiefe Sorge und ihr Bedauern über die Aktion auszusprechen, die die Regierung der Vereinigten Staaten gegenüber Kuba durchführen zu müssen glaubt, und hoffen dringend, daß jede der betroffenen Regierungen die größtmögliche Zurückhaltung üben wird, um eine Verschlimmerung der internationalen Spannung zu vermeiden.

Gez. Dr. Franklin Clark Fry, Vorsitzender des Zentralausschusses; Dr. Ernest A. Payne, stellvertretender Vorsitzender; Dr. W. A. Visser t' Hooft, Generalsekretär.

Nach: Neue Zürcher Zeitung v. 3. XI. 62.

## Die Antwort Chrustschows an Bertrand Russell

Die Antwort des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Sergewitsch Chrustschow auf den Friedensappell des britischen Philosophen und Pazifisten Lord Bertrand Russell hat folgenden Wortlaut:

Ich habe Ihr Telegramm erhalten und spreche Ihnen meinen aufrichtigen Dank für die Besorgnis aus, die Sie im Zusammenhang mit den aggressiven Handlungen der USA, die die Welt an den Rand eines Krieges bringen, bekunden.

Ihre Erregung und Beunruhigung sind mir verständlich. Ich möchte Ihnen versichern, daß die Sowjetregierung keinerlei unbesonnene Entscheidungen treffen und sich durch die

ungerechtfertigten Handlungen der Vereinigten Staaten von Amerika nicht provozieren lassen, sondern alles unternehmen wird, um die Situation zu beseitigen, die durch die aggressiven Handlungen der USA-Regierung entstanden ist und die nicht wiedergutzumachende Folgen haben kann. Wir werden alles in unserer Kraft Stehende tun, um die Entfesselung eines Krieges zu verhindern. Wir sind uns völlig darüber im klaren, daß dieser Krieg, wenn er entfesselt werden sollte, von der ersten Stunde an ein thermonuklearer und weltumspannender Krieg sein würde.

Das ist uns völlig klar, aber nicht klar scheint dies der Regierung der USA zu sein, die diese Krise ausgelöst hat.

Man sagt, die amerikanische Regierung hätte diesen unvernünftigen Weg nicht nur aus Haß gegen das kubanische Volk und seine Regierung, sondern auch aus Wahlrücksichten, in der Hitze des Wahlkampfes zwischen den Parteien, eingeschlagen. Das ist aber doch ein Wahnwitz, der die Welt in die Katastrophe eines Kernwaffenkrieges stürzen kann. Diejenigen Personen, die für die Politik der USA verantwortlich sind, sollten darüber nachdenken, wohin ihre sinnlosen Aktionen führen können, wenn ein thermonuklearer Krieg entfesselt wird. Wenn der aggressiven Politik der amerikanischen Regierung nicht der Weg versperrt wird, so wird das Volk der Vereinigten Staaten, wie auch andere Völker für diese Politik mit dem Leben von Millionen Menschen bezahlen müssen.

Ich bitte Sie, Herr Russell, für unsere Haltung und unsere Handlungsweise Verständnis zu haben. Wir, die wir die ganze Kompliziertheit der durch die Piratenakte der amerikanischen Regierung entstandenen Lage erkennen, können uns in keiner Form mit diesen Akten einverstanden erklären. Wenn wir die Piraterie und das Banditenunwesen in den Beziehungen zwischen den Staaten unterstützen, trägt das nicht zur Festigung der Normen des Völkerrechts und folglich der Rechtsordnung bei, auf der die normalen Beziehungen sowohl zwischen den Staaten als auch zwischen den Völkern und Menschen beruhen.

Wenn daher die Regierung der USA das Völkerrecht weiterhin grob verletzt und mit Füßen tritt, wenn sie sich in ihrer Handlungsweise nicht an die Gebote der Vernunft hält, so kann die bis aufs äußerste verschärfte Lage der Kontrolle entgleiten, und dies kann sich zu einem Weltkrieg mit allen seinen traurigen Folgen für die Völker aller Länder entwickeln.

Daher bedarf es jetzt nicht nur der Bemühungen der Sowjetunion, der sozialistischen Länder und Kubas, das gewissermaßen zum Hauptbrennpunkt der internationalen Krise geworden ist, sondern auch der Bemühungen aller Staaten, aller Völker und aller Schichten der Gesellschaft, um eine Kriegskatastrophe zu verhindern. Wenn nämlich diese Katastrophe eintritt, wird sie für die Menschheit sehr schlimme Folgen haben, wird sie weder die Rechten noch die Linken verschonen, weder jene, die für die Sache des Friedens kämpfen, noch jene, die abseits stehen wollen.

Ich möchte noch einmal sagen: Wir werden alles Menschenmögliche tun, um eine solche Katastrophe zu verhindern. Man muß aber daran denken, daß unsere Anstrengungen nicht ausreichen können. Denn unsere Anstrengungen und Möglichkeiten sind die Anstrengungen und Möglichkeiten einer Seite.

Wenn die amerikanische Regierung das von ihr entworfene Programm der Piratenakte ausführen wird, so werden wir zum Schutz unserer Rechte und Völkerrechte, die in internationalen Abkommen und in der UNO-Charta verankert sind, Mittel zum Schutz gegen den Aggressor anwenden. Einen anderen Ausweg haben wir nicht. Wenn man versucht, den Räuber dadurch zu besänftigen, daß man ihm erst die Geldtasche, dann den Mantel und schließlich alles übrige gibt, wird er nicht barmherziger werden und aufhören, seinem Räuberhandwerk nachzugehen. Das ist wohlbekannt. Im Gegenteil, er wird immer frecher werden. Daher muß man den Räuber bändigen, damit die Dschungelgesetze nicht zu Gesetzen in den Beziehungen zwischen zivilisierten Menschen und Staaten werden.

Die Sowjetregierung ist der Auffassung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Zurückhaltung üben und davon absehen muß, ihre Piratendrohungen, die die schlimmsten Folgen nach sich ziehen können, zu verwirklichen.

Die Frage von Krieg und Frieden ist eine so lebenswichtige Frage, daß wir ein Treffen auf höchster Ebene für nützlich halten, um alle entstandenen Fragen zu erörtern und nichts unversucht zu lassen, damit die Gefahr eines thermonuklearen Krieges abgewendet wird. Solange die Raketen- und Kernwaffen noch nicht zum Einsatz gekommen sind, besteht

noch die Möglichkeit, den Krieg zu verhindern. Wenn die Amerikaner eine Aggression entfesselt haben, wird ein solches Treffen nicht mehr möglich und nutzlos sein.

Ich spreche Ihnen noch einmal meinen Dank für Ihr Schreiben aus, das von der Sorge um das Schicksal der Welt diktiert war.

Nach: Süddeutsche Zeitung v. 26. X. 62.

## Die Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow an Präsident Kennedy vom 28. Oktober 1962

Werter Herr Präsident, ich habe Ihre Botschaft vom 27. Oktober 1962 erhalten. Ich gebe meiner Befriedigung und Dankbarkeit für den Sinn für das rechte Maß und für das von Ihnen gezeigte Verständnis der Verantwortung Ausdruck, die Sie gegenwärtig für die Erhaltung des Friedens in aller Welt tragen. Ich verstehe sehr wohl Ihre Befürchtung und die Befürchtung des Volkes der USA im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Waffen, die Sie als Angriffswaffen bezeichnen, tatsächlich furchtbare Waffen sind. Sowohl Sie als auch ich wissen, welche Art von Waffen es sind.

Um den gefährlichen Konflikt schneller zu liquidieren, der Sache des Friedens zu dienen, allen mit Sehnsucht nach dem Frieden erfüllten Völkern mehr Vertrauen zu geben und das Volk Amerikas zu beruhigen, das, dessen bin ich sicher, den Frieden ebenso wünscht wie die Völker der Sowjetunion, hat die sowjetische Regierung, in Ergänzung früher ergangener Anweisungen zur Einstellung der weiteren Arbeiten an den Waffenbaustellen, eine neue Anordnung der Demontage der Waffen, die Sie als Angriffswaffen bezeichnen, ihrer Verpackung und ihrer Rückführung in die Sowjetunion erlassen.

Herr Präsident! Ich möchte noch einmal wiederholen, was ich Ihnen in meinen vorausgegangenen Briefen geschrieben habe, daß die sowjetische Regierung der Regierung Kubas wirtschaftliche Hilfe ebenso zur Verfügung gestellt hat wie Waffen, da Kuba und das kubanische Volk unter der ständigen Gefahr einer Invasion Kubas gestanden haben.

W e r g a b d i e W a f f e n ?

Von einem Piratenschiff aus wurde Havanna beschossen. Es heißt, daß unverantwortliche kubanische Emigranten die Beschießung unternommen haben. Das ist möglicherweise der Fall. Aber es erhebt sich die Frage: Von wo schossen sie? Alle diese Kubaner haben kein Territorium, keine privaten Mittel, keine Mittel, um eine militärische Aktion unternehmen zu können. Also hat jemand ihnen die Waffen in die Hand gegeben, um Havanna zu beschießen und ihre Piratenaktionen in der Karibischen See, in kubanischen Territorialgewässern auszuführen.

Es ist undenkbar in unserer Zeit, daß ein Piratenschiff unerkannt bleiben soll, besonders wenn man die Überfüllung der Karibischen See mit amerikanischen Schiffen berücksichtigt, von denen alles das gesehen und beobachtet wird. Und unter solchen Umständen fahren Piratenschiffe frei um Kuba herum, beschießen Kuba und unternehmen Piratenangriffe auf friedliche Transportschiffe. Es ist schließlich bekannt, daß sie sogar einen britischen Frachter beschossen.

Kurzum, Kuba stand unter der ständigen Bedrohung durch aggressive Kräfte, die ihre Absichten nicht verhehlten, auf kubanischem Gebiet zu landen.

Das kubanische Volk will sein Leben nach seinen eigenen Interessen und ohne Einmischung von außen aufbauen. Es hat damit recht, und man kann ihm keinen Vorwurf daraus machen, wenn es Herr in seinem eigenen Lande sein und die Früchte seiner Arbeit genießen will. Die Drohung mit der Invasion Kubas und alle anderen Unternehmen, die darauf abzielten, Spannung um Kuba zu erzeugen, sind darauf abgestellt, Unsicherheit beim kubanischen Volk zu erzeugen, es einzuschüchtern, es daran zu hindern, ungestört sein neues Leben aufzubauen.

Herr Präsident, ich möchte noch einmal klar sagen, daß wir demgegenüber nicht indifferent bleiben konnten. Die sowjetische Regierung entschloß sich, Kuba mit Verteidigungsmitteln gegen die Aggression zu helfen — mit Mitteln nur für den Zweck der Verteidigung.

Wir stationierten dort Verteidigungsmittel, die Sie Angriffswaffen nennen, und wir stationierten sie dort, damit gegen Kuba kein Angriff unternommen und damit nicht zugelassen werde, daß unbesonnene Aktionen erfolgten.

Ich betrachte mit Achtung und Vertrauen Ihre Erklärung, die Sie in Ihrer Botschaft vom 27. Oktober 1962 abgegeben haben, daß kein Angriff auf Kuba unternommen wird, daß keine Invasion stattfinden wird, nicht nur von seiten der USA, sondern auch von seiten anderer Länder der westlichen Hemisphäre, wie in Ihrer Botschaft hervorgehoben wird. In Anbetracht dessen sind die Motive, die uns veranlaßten, Kuba Hilfe dieser Natur zu gewähren, nicht länger anwendbar.

Deshalb haben wir unsere Offiziere angewiesen — und diese Mittel, wie ich bereits erklärt habe, sind in den Händen sowjetischer Offiziere —, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den Bau der besagten Objekte einzustellen, sie zu demontieren und sie in die Sowjetunion zurückzuführen.

Wie ich Ihnen bereits in meinem Brief vom 27. Oktober mitgeteilt habe, sind wir beide bereit, zu einem Übereinkommen zu gelangen, daß Vertreter der UN sich von der Demontage dieser Mittel überzeugen können.

Auf diese Weise, auf der Grundlage der Zusicherung und unserer Demontagebefehle, scheinen zunächst alle notwendigen Bedingungen für die Liquidierung des entstandenen Konflikts gegeben zu sein. Ich bemerke mit Befriedigung, daß Sie auf meinen Wunsch eingegangen sind, daß die besagte gefährliche Situation beseitigt wird und auch Bedingungen für eine überlegte Untersuchung der internationalen Lage geschaffen werden, die in unserer Zeit der thermo-nuklearen Waffen, der Raketentechnik, der Raumschiffe und globalen Raketen und anderer tödlicher Waffen mit großen Gefahren belastet ist. Alle Menschen sind an der Erhaltung des Friedens interessiert.

Darum dürfen wir, auf denen das Vertrauen und die große Verantwortung ruht, keine Verschlimmerung der Lage zulassen, müssen die Brutstätte, in der eine gefährliche Situation mit ernsten Folgen für den Frieden geschaffen worden ist, liquidieren. Und wenn es uns im Verein mit Ihnen und mit der Hilfe anderer gutwilliger Menschen gelingt, diese gespannte Situation zu liquidieren, müssen wir uns damit befassen, daß andere gefährliche Konflikte, die zu einer thermo-nuklearen Weltkatastrophe führen können, nicht entstehen.

## NATO und Warschauer Pakt

Zum Abschluß möchte ich auf die Regelung der Beziehungen zwischen der NATO und den Staaten des Warschauer Paktes eingehen, die Sie erwähnen. Wir haben vor nicht langer Zeit davon gesprochen, und wir sind bereit, mit Ihnen den Meinungsaustausch über diese Frage fortzusetzen und eine vernünftige Lösung zu finden. Ich möchte außerdem einen Meinungsaustausch über das Verbot von atomaren und thermo-nuklearen Waffen und über die allgemeine Abrüstung und andere Fragen im Zusammenhang mit der Verminderung der internationalen Spannung fortsetzen.

Herr Präsident, ich vertraue Ihrer Erklärung. Aber es gibt andererseits unverantwortliche Menschen, die zur Zeit eine Invasion Kubas unternehmen und auf diese Weise einen Krieg auslösen möchten. Wenn wir praktische Schritte unternehmen und die Demontage und den Abzug der besagten Geräte aus Kuba bekanntgeben, dann wünschen wir dabei gleichzeitig dem kubanischen Volk zu versichern, daß wir auf seiner Seite stehen und uns nicht der Verantwortung entziehen, dem kubanischen Volk Hilfe zu gewähren.

Wir sind überzeugt, daß die Menschen aller Länder, ebenso wie Sie selbst, Herr Präsident, mich richtig verstehen werden. Wir sind keine Leute, die drohen. Wir wünschen nur den Frieden. Unser Land ist jetzt im Aufschwung. Unser Volk erfreut sich der Früchte seiner friedlichen Arbeit. Es hat seit der Oktoberrevolution enorme Erfolge erzielt, hat überragende materielle und geistig-kulturelle Werte geschaffen. Unser Land macht Gebrauch von diesen Werten und möchte seine Erfolge weiter ausbauen, möchte seine weitere Entwicklung auf dem Wege zum Frieden und zum sozialen Fortschritt durch beharrliche Arbeit sichern.

Ich möchte Sie, Herr Präsident, daran erinnern, daß Militärflugzeuge eines Aufklärertyps die Grenzen der Sowjetunion verletzt haben — eine Angelegenheit, über die wir eine Auseinandersetzung mit Ihnen hatten. Ein Notenaustausch fand statt.

1960 schossen wir Ihr U-2-Flugzeug ab, dessen Aufklärungsflug über der UdSSR zur Sprengung der Pariser Mächtekonferenz geführt hat. Sie nahmen damals die richtige Haltung ein, indem sie die verbrecherische Aktion der früheren Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika verurteilten.

Aber in ihrer Amtszeit als Präsident hat sich ein zweiter Fall der Verletzung unserer Grenze durch ein amerikanisches U-2-Flugzeug im Gebiet von Sachalin ereignet. Wir unterrichteten Sie von dieser Verletzung am 30. August. Sie erwiderten damals, daß diese Verletzung infolge schlechten Wetters stattgefunden habe, und gaben die Versicherung, daß sie sich nicht wiederholen werde. Wir glaubten Ihrer Versicherung, weil zu dieser Zeit in diesem Gebiet tatsächlich schlechtes Wetter herrschte. Wenn jedoch Ihre Flugzeuge nicht den Auftrag hätten, in der Nähe unseres Gebietes zu fliegen, würde nicht einmal schlechtes Wetter ein amerikanisches Flugzeug in unseren Luftraum geführt haben können.

Daraus ergibt sich der Schluß, daß dies mit Kenntnis des Pentagons geschieht, das die internationalen Gepflogenheiten mit Füßen tritt und die Grenzen anderer Staaten verletzt.

Ein noch gefährlicherer Fall ereignete sich am 28. Oktober, als Ihr Aufklärungsflugzeug im Norden, im Gebiet der Tschuktschen-Halbinsel, über das Territorium der Sowjetunion vordrang und unser Gebiet überflog. Man fragt sich, Herr Präsident, wie wir das betrachten sollen? Was ist das? Eine Provokation? Ihr Flugzeug verletzt unsere Grenze, und das in so gespannten Zeiten, wie wir sie jetzt erleben, und wo alles in den Zustand der Kampfbereitschaft versetzt worden ist. Denn ein eindringendes US-Flugzeug kann leicht für einen Bomber mit Kernwaffen gehalten werden, und das kann uns zu einem tödlichen Schritt veranlassen. Um so mehr, als sowohl die amerikanische Regierung als auch das Pentagon seit langem erklären, daß sie Bomber mit Atomwaffen ständig in der Luft haben.

Darum können Sie sich vorstellen, welche Art von Verantwortung Sie übernehmen, besonders jetzt, in dieser gespannten Zeit, die wir durchleben.

Ich möchte Sie bitten, dies richtig zu überlegen und entsprechende Schritte zu tun, damit das nicht als Provokation zur Entfesselung eines Krieges dient.

Ich möchte auch den folgenden Wunsch ausdrücken: Natürlich ist es eine Angelegenheit des kubanischen Volkes, aber da Sie gegenwärtig keine diplomatischen Beziehungen unterhalten: Durch meine Offiziere habe ich Berichte darüber, daß Flüge amerikanischer Flugzeuge über Kuba durchgeführt werden. Wir sind interessiert daran, überhaupt keinen Krieg in der Welt zu haben und daran, daß das kubanische Volk ruhig leben kann.

Außerdem, Herr Präsident, es ist kein Geheimnis, daß wir unsere Leute auf Kuba haben. In Übereinstimmung mit einem Vertrag mit der kubanischen Regierung haben wir dort Offiziere und Lehrer, die die Kubaner, meist einfache Leute, ausbilden, Experten, Agronomen, Zoo-Techniker, Bewässerungs- und Bodenbewässerungsexperten, einfache Arbeiter, Traktorfahrer und andere. Wir sind um sie besorgt. Ich möchte Sie bitten, Herr Präsident, zu berücksichtigen, daß eine Verletzung des kubanischen Luftraumes durch amerikanische Flugzeuge auch gefährliche Folgen haben kann. Und selbst, wenn Sie das nicht wollen, könnte der Grund für das Entstehen einer gefährlichen Situation gegeben sein.

Wir müssen jetzt sehr vorsichtig sein und keine Schritte unternehmen, die keinen Wert für die Verteidigung der in den Konflikt verwickelten Staaten haben würden, die aber sehr wahrscheinlich nur reizen und sich als Provokation erweisen würden, die zu dem verderblichen Schritt führt Wir müssen deshalb Nüchternheit und Klugheit an den Tag legen und von Schritten dieser Art Abstand nehmen.

### „Wir schätzen den Frieden"

Wir schätzen den Frieden vielleicht höher als andere Völker ein, weil wir den schrecklichen Krieg gegen Hitler erleben mußten, aber unser Volk wird vor einer schweren Prüfung nicht zurückschrecken. Unser Volk vertraut seiner Regierung, und wir versichern unserem eigen Volk wie auch der Weltöffentlichkeit, daß die sowjetische Regierung sich nicht provozieren lassen wird.

Wenn aber die Provokateure einen Krieg auslösen sollten, würden sie sich der Verantwortung für die ernsten Folgen eines Krieges nicht entziehen können. Wir vertrauen aber darauf, daß die Vernunft siegen wird, der Krieg wird nicht ausbrechen und Frieden und Sicherheit der Völker werden gesichert sein.

In Zusammenhang mit den gegenwärtigen Verhandlungen des amtierenden UN-Generalsekretärs U Thant mit Vertretern der Sowjetunion, der USA und der Republik Kuba hat die sowjetische Regierung den ersten stellvertretenden Außenminister der Sowjetunion, Kusnetzow, mit dem Ziel nach New York entsandt, Herrn U Thant in seinen vortrefflichen Bemühungen um die Beseitigung der gegenwärtigen gefährlichen Lage zu unterstützen.

Hochachtungsvoll Chrustschow.

Nach: Frankfurter Rundschau v. 30. X. 62.

## Kennedys Antwort auf Chrustschows Botschaft vom 28. X. 62

Lieber Herr Vorsitzender,
obwohl ich den offiziellen Text noch nicht erhalten habe, beantworte ich sofort ihre durch den Rundfunk verbreitete Botschaft vom 28. Oktober wegen der großen Bedeutung, die ich darin sehe, prompt an die Regelung der Kuba-Krise zu gehen. Ich glaube, daß Sie und ich, mit unserer schweren Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens, uns bewußt waren, daß die Entwicklung sich einem Punkt näherte, an dem die Ereignisse hätten unkontrollierbar werden können. So begrüße ich diese Botschaft und halte sie für einen wichtigen Beitrag zum Frieden.

Die hervorragenden Bemühungen des amtierenden Generalsekretärs U Thant haben unsere Aufgaben wesentlich erleichtert. Ich betrachte meinen Brief an Sie vom 27. Oktober und Ihre Antwort von heute als feste Verpflichtungen unserer beiden Regierungen, die prompt verwirklicht werden sollten. Ich hoffe, daß die erforderlichen Maßnahmen, wie es in Ihrer Botschaft heißt, sofort über die Vereinten Nationen getroffen werden können, so daß die Vereinigten Staaten ihrerseits in der Lage sein werden, die jetzt in Kraft befindlichen Quarantänemaßnahmen aufzuheben. Ich habe bereits Vorsorge getroffen, über all diese Dinge der Organisation der amerikanischen Staaten zu berichten, deren Mitglieder ein tiefes Interesse an einem aufrichtigen Frieden im karibischen Raum teilen.

Sie bezogen sich in Ihrem Brief auf eine Verletzung ihrer Grenze durch ein amerikanisches Flugzeug im Gebiet der Tschuktschen-Halbinsel. Ich habe erfahren, daß dieses Flugzeug unbewaffnet und ohne photographische Ausrüstung war und sich im Zusammenhang mit ihren Atomversuchen auf einem Erkundungsflug zur Untersuchung der Luftverhältnisse befand. Der Kurs ging direkt vom Luftwaffenstützpunkt Edelson in Alaska zum Nordpol und zurück. Als er nach Süden abdrehte, machte der Pilot einen schweren navigatorischen Fehler, der ihn über sowjetisches Gebiet brachte. Er forderte in einem unverschlüsselten Funknotruf sofort Navigationshilfe an und wurde auf direkter Route zu seinem Heimatstützpunkt zurückgeleitet. Ich bedaure diesen Zwischenfall und werde dafür sorgen, daß alles geschieht, um eine Wiederholung zu verhindern.

Herr Vorsitzender, unsere beiden Länder haben noch große Verhandlungen vor sich und ich weiß, daß Ihrem Volk genau wie dem der Vereinigten Staaten viel daran gelegen ist, sie von der Furcht vor einem Krieg zu befreien. Die moderne Wissenschaft und Technik haben uns die Möglichkeit gegeben, die menschliche Arbeitskraft so fruchtbar zu machen, wie es noch vor wenigen Jahrzehnten nicht erträumt werden konnte.

Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß wir den Problemen der Abrüstung äußerste Aufmerksamkeit widmen müssen, sowohl in bezug auf die ganze Welt wie auf kritische Gebiete. Vielleicht können wir jetzt, da wir uns von der Gefahr entfernen, zusammen einen wirklichen Fortschritt auf diesem lebenswichtigen Gebiet erzielen. Ich glaube, wir sollten den Fragen Vorrang geben, die sich auf die Ausbreitung von Atomwaffen auf der Erde und im Weltraum beziehen und uns auch mit Vorrang um einen Atomwaffenversuchsstop bemühen. Aber wir sollten auch hart daran arbeiten, herauszufinden, ob die Abrüstung in einem größeren Bereich vereinbart und zu einem frühen Zeitpunkt verwirklicht werden kann.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist bereit, diese Fragen vordringlich und in einem konstruktiven Geist in Genf oder anderswo zu besprechen.

John F. Kennedy

Nach: Süddeutsche Zeitung v. 30. X. 62.

## Erklärung zur Kuba-Krise

*Die Entwicklung um Kuba und die von Bundesminister Erhard vor Präsident Kennedy und Außenminister Rusk abgegebene Erklärung, „daß die Bundesrepublik sich voll und ganz an allen Maßnahmen gegen das Castro-Regime beteiligen würde", veranlaßt die Unterzeichner zu der folgenden Stellungnahme:*

Die Welt ist über Nacht an den Abgrund des Atomkriegs geraten. Der um Kuba ausgebrochene Konflikt bedroht das Leben jedes einzelnen. In dieser ernsten Situation kann es für alle Menschen — wie immer sie denken mögen — nur eine einzige Forderung an die verantwortlichen Politiker und Staatsmänner der Völker geben: Schöpft alle Möglichkeiten zur Verhinderung des Krieges und zur Entspannung aus! Es gibt nicht ein einziges Argument für den alles vernichtenden Atomkrieg, in dem keiner auch nur die geringste Chance hat. Es gibt im Atomzeitalter keine „Politik mit anderen Mitteln". Die logische Konsequenz des Wettrüstens unter Vernachlässigung der Bemühungen um politische Lösungen ist die Konfliktgefahr, wie sie zur Zeit so ernst wie noch nie seit 1945 vom Zaune gebrochen worden ist.

Jeder einzelne von uns bestimmt durch sein Handeln oder Nichthandeln die weitere Entwicklung mit. Eine Weltöffentlichkeit, die entschlossen und gemeinsam ihre Stimme gegen den Krieg und für den Frieden erhebt, ist eine unüberhörbare Macht. Die öffentliche Meinung verlangt jetzt gebieterisch die Einstellung aller riskanten Maßnahmen und fordert Verhandlungen. Dafür, daß diese Meinung zu Gehör kommt, sind wir in Deutschland verantwortlich, wie die Menschen der anderen Völker in ihren Ländern.

Die Bundesregierung hat als erste westeuropäische Regierung den Schritt auf das letzte Risiko hin begrüßt und ohne Vorbehalte eine verpflichtende Erklärung abgegeben. Eine so weitgehende Zusage gegenüber den Vereinigten Staaten, sich an allen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Maßnahmen gegen Kuba zu beteiligen, kann folgenschwere Konsequenzen für uns heraufbeschwören. In dieser Stunde der Gewaltpolitik das Wort zu reden, ist dem ganzen Volk gegenüber in höchstem Maße verantwortungslos.

Die Aufgabe der vom Volk berufenen deutschen Regierung kann es jetzt einzig und allein sein, zur Vernunft zu mahnen, jede Einmischung zu vermeiden und mit allen Mitteln auf die friedliche Beilegung des Konflikts durch Verhandlungen hinzuwirken. Von Deutschland aus darf in dieser Stunde weder amerikanische, noch sowjetische, noch kubanische Politik betrieben werden, sondern einzig und allein deutsche Politik. Das ist eine Politik, die alles aufbietet, um in unserer ohnehin schwierigen Situation eine Katastrophe für unser Volk zu verhindern.

Die Unterzeichner erwarten, daß der Bundestag sich unverzüglich mit der Bindungs-Zusage der Bundesregierung an die USA befaßt und sie in allen jenen Punkten aufhebt, die uns möglicherweise in kriegerische Abenteuer verwickeln können und die sich völkerrechtswidrig auswirken. Daß eine so schwerwiegende Zusage ohne Befragen der zuständigen demokratischen Instanzen gegeben wurde, muß auf das äußerste befremden.

Nach allen Vorkommnissen in diesem Jahrhundert ist unsere Politik gut beraten, wenn sie sich an die Prinzipien des Internationalen Völkerrechts hält, „Toleranz zu üben und im Frieden als gute Nachbarn miteinander zu leben", wie die Charta der Vereinten Nationen es verlangt.

In diesem Sinne rufen wir alle verantwortlich denkenden Mitbürger auf, sich unseren Forderungen anzuschließen.

gez.: Hilde Bentele, Stuttgart; Professor Gerhard Gollwitzer, Stuttgart;
Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Innenminister a. D. Viktor Renner,
Tübingen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München.

28. Oktober 1962.

## Österreichische Intellektuelle fordern aktive Neutralitätspolitik

Namhafte österreichische Intellektuelle wandten sich am 30. X. 62 mit der folgenden Erklärung an die österreichische Bundesregierung:

In den letzten Tagen hat der Gegensatz zwischen Ost und West die Welt an den Rand der Atomvernichtung geführt. Wenn auch staatsmännische Einsicht diesmal die Katastrophe verhindert hat, so hat sich klar gezeigt, daß der kleinste Zufall auch gegen den Willen der beteiligten Mächte den zündenden Funken bedeuten kann. Österreich hat sich zur

immerwährenden Neutralität bekannt und die Absicht zu deren strikter Einhaltung durch den Mund des Bundeskanzlers und Außenministers neuerdings entschieden ausgedrückt. Unser Land wäre jedoch darüber hinaus befähigt und verpflichtet, einen aktiven Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens zu leisten. Schließlich würde einem Atomkrieg zwischen den Weltmächten die ganze Welt und damit auch das neutrale Österreich zum Opfer fallen.

Die unterzeichneten Österreicher appellieren daher an die Bundesregierung, mit allen Kräften im Sinne einer Verständigung zwischen Ost und West zu vermitteln. Es wäre nicht bescheiden, sondern verantwortungslos, wenn sich Österreich auf eine passive Neutralität beschränkte. Der Herr Bundespräsident hat dankenswerterweise in seiner Rede vom 26. Oktober die Bereitschaft Österreichs bekundet, zwischen Ost und West zu vermitteln und damit den Weg zu einer aktiven Neutralitätspolitik gewiesen.

Wien war schon vor Jahresfrist der Treffpunkt des amerikanischen und des sowjetischen Regierungschefs. Nichts steht einer ebenso freundlichen wie dringlichen Einladung der österreichischen Bundesregierung an Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chrustschow im Wege, einander zur Lösung der offenen Fragen abermals in der Bundeshauptstadt zu treffen. Eine solche Einladung käme der gegenwärtigen Initiative des Generalsekretärs der UNO U Thant entgegen.

Die unterzeichneten Österreicher bitten die Bundesregierung, unverzüglich alle für das Zustandekommen eines Gipfeltreffens notwendigen Schritte zu tun.

Unterzeichnet:

Dr. Günther Anders, Paul Blau, Karl Bruckner, Dr. Wilfried Daim, Lea Furtmüller, Dr. Friedrich Heer, Dr. Werner Hofmann, Dr. Robert Jungk, Dr. Karl Kammel, DDr. Johannes Kleinhappel, Tilly Kretschmer-Dorninger, Fritz Klenner, Dr. August Maria Knoll, Dr. Eduard März, Dr. Albert Massiczek, Dr. Karl Przibram, Kurt Schmid, Ernst Schwarcz, Franz Senghofer, Doktor Richard Bamberger, Dr. Hans Thirring.

**Aus der Rede des Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner, zur Frage der Notstandsgesetzgebung auf dem DGB-Kongreß in Hannover:**

Die Tendenz der Bundesregierung geht doch dahin, das Grundgesetz durch Einfügung neuer Notstandsbestimmungen zu durchlöchern und seine demokratische Struktur durch Formulierungen aufzuweichen, die gesetzestechnisch autoritären Bestrebungen Vorschub leisten.

Der Parlamentarische Rat — ich muß ihn hier noch einmal erwähnen, ob das manchem paßt oder nicht —, der das Grundgesetz beriet, hat es seinerzeit mit voller Absicht und in Erinnerung an die traurigen Erfahrungen während der Weimarer Republik abgelehnt, eine dem berüchtigten Artikel 48 der Reichsverfassung entsprechende Regelung in das Grundgesetz aufzunehmen.

Er hat sich vielmehr bemüht, ein System von Sicherungen gegen wirkliche Notstandsfälle in das Grundgesetz einzubauen, das seine Zwecke erfüllt, ohne daß es die demokratische Ordnung selbst gefährdet oder gar aufhebt. Dieses System war nach Ansicht der Väter des Grundgesetzes völlig ausreichend, und nichts deutet darauf hin, daß es gegenwärtig oder zukünftig nicht ebenso ausreichend wäre.

Auch die oft gehörte Begründung, daß die in Artikel 5 Abs. 2 des sogenannten Generalvertrages den Westmächten eingeräumten Vorbehaltsrechte zum Schutz ihrer heute in der Bundesrepublik stationierten Truppen durch eine Notstandsgesetzgebung abgelöst werden müßten, ist nicht stichhaltig. Weder verleiht der Generalvertrag den Westmächten ein globales Notstandsrecht, wie immer wieder behauptet wird — das geht schon aus dem Text hervor —, noch bedarf es einer besonderen Ablösung; denn die Bundesrepublik hat nach außen ihre Wehrhoheit wiedererlangt, und nach innen besitzt sie in dem bereits dargelegten Sicherungssystem des Grundgesetzes die verfassungsrechtliche Handhabe gegen jede Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Wie wenig zutreffend all diese Argumente sind, wird durch die Tatsache beleuchtet, daß gerade jetzt aus alliierten Kreisen zu hören war, die Bundesregierung habe sich ja 13 Jahre Zeit gelassen, um die Westmächte über die Situation zu befragen. Warum also, so möchte ich fragen, hat sie es jetzt auf einmal so eilig? Nein, welche Ziele die Bundesregierung tatsächlich mit den Notstandsplänen verfolgt, das zeigt sich deutlich an dem ganzen Drum und Dran und, ich möchte das auch hier sagen, besonders an dem Gerede von Höcherl. Zuerst war nur von einem Notstandsgesetz die Rede und einem Zivildienst-

oder, wie es früher hieß, einem Notdienstgesetz. Jetzt wird nun noch ein ganzer Rattenschwanz — das kann nicht klar genug und oft genug gesagt werden — von anderen Gesetzen drangehängt. Die totale Erfassung der Bevölkerung für einen totalen Krieg schaut aus alledem hervor, und die Demokratie soll dabei das Nachsehen haben.

Der Schutz der Demokratie und der demokratischen Ordnung ist für uns eine Lebensfrage. Er kann nicht durch Ausschaltung der demokratischen Organisationen erreicht werden, sondern im Gegenteil nur durch ihre Stärkung und ihr aktives Eingreifen in der Stunde der Gefahr, so wie das 1920 beim Kapp-Putsch die Gewerkschaften getan haben. Die Gewerkschaften sind und bleiben ein wesentliches Element unserer demokratischen Ordnung und der Sicherung unserer demokratischen Ordnung gegen alle Anschläge antidemokratischer Kräfte von rechts und von links.

Nach: Welt der Arbeit v. 25. X. 62.

## DGB-Kongreß lehnt Notstandsgesetzgebung ab

*Auf dem Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hannover ist am 24. X. 1962 folgende Entschließung mit 276 zu 138 Stimmen angenommen worden:*

Die Pläne der Bundesregierung über Notstands- und Zivildienstgesetze erfüllen den Bundeskongreß mit größter Sorge. Als demokratische Organisationen der Arbeitnehmer sind die Gewerkschaften Garanten der demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie bekennen sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat, wie ihn unser Grundgesetz in den Artikeln 20, Abs. 1 und 28, Abs. 1, vorsieht.

Wo die Gewerkschaften schwach sind oder unterdrückt werden, stirbt auch die Demokratie. Wo sie stark und in der Stunde der Gefahr zum Handeln entschlossen sind, können die Anschläge aller antidemokratischen, totalitären Kräfte gegen den demokratischen und sozialen Rechtsstaat erfolgreich abgewehrt werden.

Der Bundeskongreß lehnt jede zusätzliche gesetzliche Regelung des Notstandes und Notdienstes ab, weil beide Vorhaben geeignet sind, elementare Grundrechte, besonders das Koalitions- und Streikrecht sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung, einzuschränken und die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zu schwächen.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die anderen einschlägigen Gesetze enthalten bereits ein System von Sicherungen, die genügen, um jeden wirklichen Notstand zu überwinden, ohne die freiheitliche und demokratische Substanz unserer staatlichen Ordnung zu gefährden oder gar zu beseitigen. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß die Demokratie von den Anschlägen ihrer Gegner nicht dadurch geschützt wird, wenn die wesentlichen Grundrechte aufgegeben und die Handlungsfreiheit der demokratischen Institutionen zugunsten einer autoritären Exekutivgewalt eingeschränkt werden. Auch die militärische Erfassung der Arbeitnehmer im Arbeitsprozeß durch ihre Zwangsverpflichtung ist für die Verteidigung unserer demokratischen Freiheit nicht erforderlich und für die Gewerkschaften untragbar.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages tragen in dieser Frage eine große Verantwortung. Deshalb fordert der Bundeskongreß, daß die gesetzgebenden Körperschaften im Zusammenwirken mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften sowie allen anderen verantwortungsbewußten demokratischen Kräften unseres Volkes mit aller Entschiedenheit diesen Versuchen der Bundesregierung entgegentreten.

Nach: Welt der Arbeit v. 25. X. 62.

**Bemerkungen:**

Heinrich Hannover, Rechtsanwalt in Bremen, ist der Verfasser der vor kurzem im Verlag Pläne, Dortmund-Barop, erschienenen, im Hinblick auf die „Spiegel"-Affäre ganz besonders aktuellen Schrift „politische diffamierung der opposition im freiheitlich-demokratischen rechtsstaat", auf die hier nachdrücklich hingewiesen sei. — Eine Besprechung dieser überaus wichtigen Publikation ist für eines der nächsten Hefte vorgesehen.

An unsere Leser:

Wir bitten unsere Leser um Verständnis dafür, daß das November-Heft etwas später als üblich erscheint. Die jüngsten außen- und innenpolitischen Entwicklungen haben Redaktion und Verlag vor besondere Anforderungen gestellt.

Gleichzeitig danken wir allen Lesern herzlich, die uns alte, von uns dringend gesuchte Nummern der „Blätter" zur Verfügung gestellt haben (vgl. Heft 10/62) und wiederholen noch einmal unsere Bitte um die Hefte 1 und 2/56; 2/57; 3, 8 und 9/58; 1/59; 1, 4, 9, 10, 12/60; 1, 2, 4/61.

**Wir bitten unsere Leser**

von der neuen, von nun an jedem Heft der „Blätter" beiliegenden blauen Antwortkarte Gebrauch zu machen.

## Es schrieben bisher u. a.:

*Heinz Abosch*
*Frank Allaun, M. P.*
*Dr. Walther Ammann*
*Dr. Günther Anders*
*Stefan Andres*
*Prof. Manfred v. Ardenne*
*Prof. Dr. Geoffrey Barraclough*
*Wolfgang Baranowsky*
*Vikar Albrecht Bausch*
*Prof. Dr. Dr. Hans Bayer*
*Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1*)*
*Arno Behrisch*
*Schalom Ben-Chorin*
*General a. D. Dr. Franz Beyer*
*Lucie Beyer, MdB, III/5*)*
*Dr. Wilhelm R. Beyer*
*Dr. Achim v. Borries*
*Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.*
*Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner*
*Klemens Brockmöller S. J.*
*Fenner Brockway, M. P.*
*Dr. Hildegard Brücher, MdL*
*Dr. Gerhard Caemmerer †*
*Dr. Gustavo Davidson San Juan*
*Harold Davies, M. P.*
*Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann*
*Dr. Wolf Donner*
*Dr. Ulrich W. Döring*
*Dr. Helmut Dörr*
*Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1*)*
*Klaus Ehrler, M. A.*
*Prof. Dr. Fritz Eichholtz*
*Otto Eisenmann*
*Dr. Hans Magnus Enzensberger*
*Dr. Hermann Etzel*
*Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick*
*Dr. Erwin Flaschberger*
*RA Erwin Fischer*
*Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.*
*Dr. Hildegard Forres*
*Gertrud von le Fort*
*Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)*
*Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz*
*Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund*
*Prof. Dr. Wolfgang Friedmann*
*Prof. Dr. Erich Fromm*
*Prof. D. Emil Fuchs*
*Christian Geißler*
*Dr. Werner Gerth*
*Albrecht Goes*
*Prof. Gerhard Gollwitzer*
*Prof. D. Helmut Gollwitzer*
*Dr. Dr. Georg Groeninger*
*Kurt R. Grossmann*
*Propst D. Dr. Heinrich Grüber*
*Prof. Dr. Walter Hagemann*
*Prof. Dr. Werner Hahlweg*
*Prof. Joh. Harder*
*Prof. Dr. Wilhelm Hasenack*
*Esther Sophia Hayiron*
*Dr. Friedrich Heer*
*Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5*)*
*Dr. Elsa Hennings*
*Dr. Hans Henrich, III/12*)*
*Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig*
*Dr. Walther Herbst*
*Prof. D. Dr. Johannes Hessen*
*Dr. Rudolf Hilf*
*Dr. Irene Hilgers-Hesse*
*Kurt Hirsch*
*Hans Heinz Holz*
*Prof. D. J. L. Hromádka*
*Regierungsrat Rudolf Ismayr*
*Prof. Rolf Italiaander*
*Prof. D. Hans Joach. Iwand †*
*Hans Henny Jahnn †*
*Mervyn Jones*
*Dr. Victor Kadalie*
*Prof. Dr. Erich Kahler*
*Alexander Karev*
*Hans Hellmut Kirst*
*Prof. Dr. Friedrich Klein*
*Wilhelm von Kleist*
*Dr. Arno Klönne*
*D. D. Heinz Kloppenburg*
*Lorenz Knorr*
*Dr. Eugen Koller*
*Prof. J. Korowin*
*Dr. Erich Küchenhoff*
*Prof. Dr. Karl Kupisch*
*Dr. Horst Lademacher*
*Prof. Dr. Bernard Lavergne*
*Dr. Jonas Lesser*
*Dr. Carlo Levi*
*Prof. Dr. Hanns Linhardt*
*Pfr. Dieter Linz*
*Hans Lipinsky-Gottersdorf*
*Peter J. Loewenberg*
*Peter Lust*
*Albert J. Luthuli*
*Prof. Dr. Walther Maas*
*Dr. Bodo Manstein*
*Wladimir Massitsch*
*Dr. Basil Mathiopoulos*
*Prof. Dr. L. L. Matthias*
*Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May*
*Mathias Joseph Mehs*
*Prof. Dr. med. Heinrich Meng*
*Dr. Wilhelm Ritter v. Meng*
*Prof. Dr. Eberhard Menzel*
*Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2*)*
*Herbert Mochalski*
*Dr. Girya K. Mookerjee*
*Prof. Dr. Wilhelm Müller*
*Hans Nätscher, V/1*)*
*Peter Nellen, MdB, III/1*)*
*Prof. Dr. Anton Neuhäusler*
*Anna Nieklewicz*
*Prof. Hermann Oberth*
*Prof. Dr. László Márton von Pákozdy*
*Prof. Dr. Linus Pauling*
*Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen*
*Bürgermeister Rudolf Pikola*
*Kurt Pritzkoleit*
*Außenminister Dr. Adam Rapacki*
*Prof. Dr. Harold Rasch*
*Prof. Dr. A. J. Rasker*
*Prof. Dr. Franz Rauhut*
*Dr. Hermann Rauschning*
*Prof. Dr. Gerhard Reintanz*
*Prof. Dr. Hans Rheinfelder*
*Prof. Dr. Helmut Ridder*
*Prof. Dr. Renate Riemeck*
*Prof. Dr. Karl Rode*
*Oreste Rosenfeld*
*Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.*
*E. S. Sachs*
*Paul Schallück*
*Adolf Schmidt*
*Prof. Dr. Franz Paul Schneider*
*Rolf von Schoen*
*Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl*
*Prof. Dr. Rud. Schottlaender*
*Prof. Dr. L. Schücking*
*Hermann Schwann*
*Dr. Ernst Schwarz*
*Prof. Dr. Dr. H. Schweigart*
*Prof. Dr. Michael Seidlmayer †*
*Dr. Seiei Shinohara*
*Julius Silverman, M. P.*
*Richard E. Sperber*
*Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg*
*Heinrich Steege*
*Prof. Dr. Karl Stoevesandt*
*Prof. D. Herm. Strathmann*
*Herbert Stubenrauch*
*Bertil Svahnström*
*Stephen Swingler, M. P.*
*Dr. Ruth Tangemann*
*Dr. Hans-Joachim Tepe*
*Reinhard Tietz*
*P. A. Timberlake*
*Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies*
*Hellmut Traub*
*Prof. Dr. Gregori Tunkin*
*Prof. D. Heinrich Vogel*
*Pfr. Peter Walter*
*William Warbey, M. P.*
*James P. Warburg*
*Studentenpfarrer Rudolf Weckerling*
*Philipp Wehr, MdB †*
*Dr. med. Joseph Weill*
*Johannes Weidenheim*
*Günther Weisenborn*
*Prof. Dr. Leo Weismantel*
*Prof. Dr. Aloys Wenzl*
*Max Winiger*
*Hans Wirtz*
*Botschafter Dr. Zairin Zain*
*Konni Zilliacus, M. P.*
*Prof. Dr. Ernst Zinner*
*Anton Zischka*
*Abdelkader Zouari*

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

E Rechtsanwalt Dr. Heinrich Bock
Ernst 24/86

**Bemerkungen:**

Heinrich Hannover, Rechtsanwalt in Bremen, ist der Verfasser der vor kurzem im Verlag Pläne, Dortmund-Barop, erschienenen, im Hinblick auf die „Spiegel"-Affäre ganz besonders aktuellen Schrift „politische diffamierung der opposition im freiheitlich-demokratischen rechtsstaat", auf die hier nachdrücklich hingewiesen sei. — Eine Besprechung dieser überaus wichtigen Publikation ist für eines der nächsten Hefte vorgesehen.

An unsere Leser:

Wir bitten unsere Leser um Verständnis dafür, daß das November-Heft etwas später als üblich erscheint. Die jüngsten außen- und innenpolitischen Entwicklungen haben Redaktion und Verlag vor besondere Anforderungen gestellt.

Gleichzeitig danken wir allen Lesern herzlich, die uns alte, von uns dringend gesuchte Nummern der „Blätter" zur Verfügung gestellt haben (vgl. Heft 10/62) und wiederholen noch einmal unsere Bitte um die Hefte 1 und 2/56; 2/57; 3, 8 und 9/58; 1/59; 1, 4, 9, 10, 12/60; 1, 2, 4/61.

**Wir bitten unsere Leser**

von der neuen, von nun an jedem Heft der „Blätter" beiliegenden blauen Antwortkarte Gebrauch zu machen.